OKTOBER

09 I 2,50 EURO

INCIPITO

MAGAZIN FÜR KETTENRAUCHER

Der Inhalt dieses Heftes kann Ihre gesellschaftliche Anpassungsfähigkeit töten

Leipziger versus Berliner Verhältnisse I Argentinische Verhältnisse
Das Grenzcamp in rückblickender Analyse I Der Volkstrauertag in Halle
Kritik an der WKL I Kritik am BgR I Kritk an Susan Sontag usw.

INHALT

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: H. Lauterbusch
Abonnement: incipito-abonnement@left-action.de
Druck: Eigendruck
Auflage: 525.000
Kontakt: incipito-kontakt@left-action.de oder c/o incipito | Bornaische Str. 3d | 04277 Leipzig

EDITORIAL

So, der Sommer ist vorbei. Und mit ihm die Zeit, in der Ihr auf der faulen Haut in der Sonne liegen konntet, während wir uns im Keller eingeschlossen haben, vorm Fernseher saßen, und uns bei einem gut gekühlten Cocktail einen riesen Kopf gemacht haben, womit wir Euch im neuen Heft beglücken können. Rausgekommenist dies: Um die besinnliche Herbstzeit einzuläuten, halten wir Rückschau auf den heißen Sommer, um Euch dann mit voller Power den Herbstabend vor dem Kamin oder Ofen zu Nichte zu machen. Ein gewagter Spagat zwischen gestern und morgen. Wie immer ist er uns vortrefflich gelungen und unsere Layouter haben ihn für Euch meisterlich arrangiert.

Das wichtigste zuerst: Olympia wird abgesagt werden müssen! Scheint zumindest so, wenn wir uns die Debatte um Thärichens Wachdienst bei der Stasi auf dem Zunge zergehen lassen.

Aber auch ansonsten scheint die Stimmung zu kippen: Wenn Büchereien, die den arbeitslosen Zoni und die arbeitsscheue Zecke in der zum Totschlagen viel zu reichhaltig bemessenen Freizeit mit Lektüre versorgen könnten, geschlossen werden, zusammen mit Schulen, Hallenbädern und der Kneipe um die Ecke, dann fragt der gesunde Menschenverstand natürlich nach dem Warum... Der Grund erschließt sich jedem LVZ-Leser auf Anhieb, liest sie/er den Lokalteil nur aufmerksam genug, sofort: Hier, da und dort wird gekürzt, stattdessen werden 32,5 Millionen für die Olympia-Bewerbung ausgegeben. Der „Albatros“ Michael Groß, der dankenswerterweise schon die Berliner Olympiabewerbung an die Wand gefahren hat, wollte davon, so wird gemunkelt, satte 300.000 haben, um der Stadt zu ihrem verdienten Sieg in der Vorauswahl zu verhelfen. Ob sich daraus nicht eine gute Portion Sozialneid schüren lässt oder ob sich hier gar die „soziale Frage“ exemplarisch stellen lässt, wer weiß? Vielleicht weiß es das BgR, dessen einschlägiges Referat zur Jungle-World-Veranstaltungsreihe „Work hard – die young“ wir hier exklusiv für Euch, unsere geschätzten LeserInnen, abdrucken.

Oder wissen es die Wertkritischen Kommunisten Leipzig? Roman jedenfalls glaubt das nicht, denn ihr Papier „Kommunismus ist machbar!“ muss in diesem Heft seiner Kritik standhalten. Es wird sich erweisen müssen, ob wir es bei ihnen mit „Schrebergarten-kommunismus“ zu tun haben. Das ist auch gleich eine schöne Überleitung zu unserem nächsten Thema...

Es gibt nämlich auch Leute, die es vorziehen, nicht mit den WKL'ern zusammen im Schrebergarten zu sitzen und über die Machbarkeit des Kommunismus nachzudenken, sondern sich stattdessen lieber z.B. auf dem Grenzcamp vor dem Zelt die Sonne auf den Bauch scheinen lassen. Wie das war, ob ihnen die Incipito gefehlt hat, und warum sie mit dem Camp trotz des überaus sommerlichen Wetters eher unzufrieden waren, erklärt Euch die Antira-Gruppe in ihrem Auswertungspapier.

Wenn ihr noch ein bisschen mehr Rückschau auf den Sommer wollt, blättert einfach in unserem Heft herum. Dabei werdet ihr feststellen, dass wir nicht nur an der Vergangenheit hängen, sondern Euch auch einen Ausblick auf den Herbst bieten, der wettermäßig zwar nass und kalt, ansonsten aber heiß zu werden verspricht. Die WKL hat ihren Schrebergartenurlaub gut überstanden und lädt zur Veranstaltung über Antisemitismus. Der schon zigmal tot gesagt Kommunismus hält in Frankfurt einen Kongress ab. Bei uns erfahrt ihr, was es damit auf sich hat. Ansonsten hoffen einige Demos auf Eure Teilnahme. Ob Ihr dahin fahren wollt, oder den Regen lieber auf der trockenen Seite des Fensters erleben wollt, laden wir Euch ein, anhand der veröffentlichten Aufrufe zu entscheiden.



Thomas Goertz (incipito)

(h)interprovinziell

Nudisten sind Mörder

„Anwalt Volkmar Schöneburg hat im Potzlow-Prozess den schwierigsten Part. Welche Strafe soll er für seinen Mandanten Marcel S. fordern, der sein Opfer mit kaum vorstellbarer Brutalität getötet hat? (...) Der 18 Jahre alte Angeklagte, blass wie immer, hörte reglos zu. Auch die beiden anderen Schläger, Marcels Bruder Marco (24) und Sebastian F. (18), die in jener Nacht Marinus Schöberl kaum weniger gequält hatten, zeigten wie an allen anderen Prozesstagen eine maskenhafte Mimik. Dennoch gab sich Schöneburg Mühe, zumindest Marcel vom Stigma des seelenlosen Monsters zu befreien. Sein Mandant habe darunter gelitten, dass die Eltern arbeitslos waren und seine Mutter obendrein ihre Krankheit nicht loswurde, sagte Schöneburg. Es habe Marcel frustriert, dass er und Sebastian F. wegen rechtsextremer Parolen nicht an einer Klassenfahrt ihrer Bildungseinrichtung teilnehmen durften. Marcel sei von seinem älteren Bruder abhängig gewesen, auch habe der psychiatrische Gutachter eine Reifeverzögerung diagnostiziert. Und in der Tatnacht habe Marcel reichlich Alkohol genossen, außerdem hätten sich alle drei Angeklagten „gegenseitig hochgeschaukelt". Nach Ansicht Schöneburgs ist ein spezieller niederer Beweggrund als Mordmerkmal zu erkennen: „Wir haben hier eine Tötung aus frustbedingter Aggression." (...) Schöneburg meint, Marcel habe sich wie ein „Chamäleon" verhalten und die „rechtsradikalen Sachen" erst im Juni 2002 hervorgeholt, kurz bevor Bruder Marco aus mehrjähriger Haft entlassen wurde. Marcel habe versucht, Anerkennung bei der rechten Clique zu finden. Und der Verteidiger präsentierte ein makaberes Gleichnis: „Wenn es Nudisten gewesen wären, hätte er sich denen angeschlossen." (Tagesspiegel, 04.10.03)

Und wenn der Deutschen Führer Adolf Hitler Nudist gewesen wäre, dann wäre aus den Deutschen ein Haufen Nackiger geworden. So einfach ist die Welt.

Noch drei verhinderte Nudisten

„Im Frankfurter Mordprozess gegen drei junge Rechtsextremisten ist offenbar doch ein politisches Motiv zu erkennen. Der Angeklagte Stephan B. (19) gab am Dienstag vor Gericht zu, er habe nach dem gewaltsamen Tod des überfallenen Enrico S. die Frage eines Freundes bejaht, ob ein „Punker umgeklatscht" worden sei. Außerdem hatten an einem der vorangegangenen Prozesstage zwei Freundinnen der Angeklagten ausgesagt, nach der Tat hätten die drei Männer bemerkt, „es war ja nur ein Punk". Diese Äußerung stritten Stephan B. und die mitangeklagten Brüder Marco (28) und Daniel S. (21) jedoch ab. Die Rechtsextremisten hatten, wie berichtet, in der Nacht zum 29. März in einer Frankfurter Plattenbauwohnung den 25 Jahre alten Enrico S. mit Schlägen, Tritten und Messerstichen gefoltert. Das Opfer verstarb Stunden später im Frankfurter Klinikum." (Tagesspiegel, 24.09.03)

Wie teuer ist verhinderter Nudismus?

„Nach einem Vergleich vor dem Münchener Landgericht müssen vier Neonazis einem von ihnen lebensgefährlich misshandelten Griechen insgesamt 38.250 Euro Schmerzensgeld zahlen. Die Summe verringert sich auf 25.500 Euro, wenn festgelegte Fristen eingehalten werden." (TAZ, 16.10.03)

Die AJF is back

„Genossen/inen
Wir haben mit Unserer letzten Stellung Nahme viel

Fotoserie

Am 27.09.03 fand ein internationaler Protesttag gegen Besatzung statt. Alle Abbildungen des (h)interprovinziell dokumentieren Demonstrationen, die an jenem Tag stattfanden und stammen von diversen Indymedia-Seiten.
Mottos hatten die Proteste auch, so z.B in Bonn (ähnlich auch in den anderen Städten):
Freiheit für Palästina, Irak und Afghanistan!
Besatzer raus!
Gegen deutsche Unterstützung für Besatzung, für aktive Friedenspolitik!
Bundeswehr raus aus Afghanistan und dem Balkan, keine Auslandseinsätze weltweit!
Schluss mit den Waffenlieferungen an Israel, Stopp aller deutschen Rüstungsexporte!
Rückzug Israels aus den palästinensischen Gebieten, Schluss mit Vertreibung und Siedlungsbau!
Frieden und Freiheit für Kurdistan, türkische Armee raus aus Nord- und Südkurdistan!
(http://de.indymedia.org/2003/09/62422.shtml)
Ein Kommentar sollte sich an dieser Stelle erübrigen.

gesagt über unsere Ansichten und Absichten betrefflich der Linken in leipzig und ihren Vermögen auf Ereignisse zu reagieren.
Wie in Indymedia (http://de.indymedia.org/2003/09/62301.shtml/ Anmerkung laatsch) zu lesen war wurde, ein Linke Genosse von einen Anti-Deutschen angegriffen, in einen cafe in Berlin. Wir finden das es wider einmal beweißst wie zerstritten die Linke heuzutage ist und nicht fähig die Internen Auseinandersetzungen allein zu regeln.
Allein dieser Angriff so finden wir sollte nach einer Nachforschung der Umstände und der Nachfrage in Internen kreis schreien. Aber auch den Aufrufe der Antinato Gruppe in Berlin finden wir für richtig und Aktuell geschrieben. Was mann herraus lesen kann, ist es nicht



Berlin

der letzte zwichen fall dieser Art.
Und wir sind auch schon seid unserer Gründung und wie nach unserer Officiellen Auflösung der Meinung das mann den Anti-deutschen keinen Politischen Raum lassen sollte und sie pOLITISCHE BEKÄMPFEN Muß!!! Darum Rufen wir hiermit alle Politischen und Autonomen Jugendlichen auf Nach kreutzberg zukommen.
einige EX-Antifa Jugend Front Aktivisten."
(e-mail an die inciptio-redaktion)

...und welche die so klingen wie die AJF

„Hmm also uns tut es langsam leid was hier so alles abgeht in diesen Forum oder vielmehr in unserer Szene, wir merken es gar nicht mehr inzwischen das wir uns langsam immer mehr spalten und auseinander gehen.
Und das nur weil ein paar Spinner,die sich Anti-Deutsche nennen die jede Linke Aktionen Torpedieren,die nach ihrer Meinung assozial ist und nichts mit Linker Politischer Meinung zu tuhen hat.
Ja ihr lieben Anti-Deutschen ihr seid gemeint,ihr mit eurer Kaderzeitschrieft (Bahamas, Incipito,usw)
Ihr die immer sich überall einmischen wollen und sich einige Linke Treffpunkte einnehmen und jede andere Linke Meinung Torpedieren die nicht eure ist.
Oder sogar andere Linke Angreifen, beispiel (Villa Felix, veranstalltung, von der Gruppe Grab).
Ja aber wir die anderen haben langsam von euch die Nase voll und darumm wollen wir euch bitten geht, haut wieder ab, oder macht sonst was aber geht einfach!!!!!!
Ps:Solidarische Grüße an die Sternburgbrigarde, Bang, Antifa Weißensee, und die anderen nicht Anti-Deutschen Gruppen, aus Berlin!!!!"
(http://germany.indymedia.org/2003/08/59899.shtml)



Edinburgh

Die neue Stadtguerilla

„Selbst die Junge Union in Berlin ist jetzt dem diskreten Charme des Umstürzlers erlegen. Der Kommunismus ist tot, die '68er-Bewegung im Kanzleramt dem Ende nahe, da kommt aus Berlin-Reinickendorf die frohe Kunde: Die Revolte lebt. Seit Tagen zieht in dem bürgerlichen Bezirk die Unions-Jugend durch Schulen und Diskotheken, wirbt Mitglieder und verteilt Postkarten mit dem Konterfei des Guerilleros. „Che wäre heute in der JU" heißt es, er würde mit ihr „gegen verkrustete Strukturen" kämpfen, für mehr Arbeitsplätze und den Umbau der Sozial-



Bonn

systeme. Und dazu steht in roten Lettern auf schwarzen Grund die Parole: „Viva la Revolutión!" Der Arzt und Direktor der kubanischen Notenbank, der als Untergrundkommandant hingerichtet wurde, wäre sozusagen „einer von uns" und ist deshalb jetzt Ehrenmitglied des JU-Kreisverbandes."
(Frankfurter Rundschau, 18.10.03)

Olympia-Fieber

„So leicht sind Dieter Mertins und Mario Holze nicht unterzukriegen. Schon Anfang des Jahres trauten sich der Sänger und der Komponist zur Olympiabewerbung ihren Song „Leipzig ... wo sonst!" beizusteuern. Doch die hiesigen „Herren der Ringe" bissen nicht an: „Die Olympiamacher ignorierten unser Engagement, obwohl der Titel auch seine Berechtigung zur Präsentation auf dem Marktplatz gehabt hätte", bedauert Dieter Mertins.
Weil aber dabei sein nun mal alles ist, steckte das Duo nicht auf und ging auf Tippel-Tappel-Tour. Holze und Mertins präsentierten ihr Stück bei diversen Radio- und Fernsehsendern, rührten auf ihrer Homepage im Internet die Werbetrommel und unterstützen die Aktion durch Liveauftritte, bei denen der Vierminüter mit dem prägnanten „Spiele mit uns"-Refrain durchaus gut ankommt. 1999 lernten sich die beiden Musiker in einer Karaoke-Bar kennen und beschlossen, es auf der Spielwiese zwischen Schlager und Pop künftig gemeinsam zu versuchen. Schon beim Stadtfest im Jahr 2000 fanden sie ihre ersten Fans. Im März 2001 war dann das erste Album im Kasten. Die Medien berichteten über den „singenden Bimmelfahrer", denn eigentlich steuert Dieter Mertins eine Straßenbahn bei den LVB." (LVZ, 17.10.03)



San Francisco



Frankfurt (M)

Na das hätte doch aber gut zu Leipzig gepasst. Ein Straßenbahnen lenkender Olympiasongsinger, der mit seinem Kumpel aus der Karaokebar den olympischen Träumen seiner Stadt zum Erfolg verhilft. Und die Olympia GmbH verschläft diese Chance. Der Skandal um die Stasivergangenheit des Geschäftsführers ist eine Kleinigkeit gegen diese Unglaublichkeit, die Leipzig international weit, weit zurückwirft.

Die lästige NS-Vergangenheit

„Jeder dritte Student will sich nicht länger mit dem Nationalsozialismus befassen und endlich einen Schlussstrich ziehen. Ebenfalls jeder dritte weiß nicht, wann der Zweite Weltkrieg begann. Das haben Essener Forscher ermittelt. Sie attestieren einen erheblichen Teil der Studenten sekundären Antisemitismus." (spiegel-online)
Die Redaktion fragt sich, was die Wissenschaftler derart erregt: Immerhin ist der Zweite Weltkrieg schon über 200 deutsche Jahre her.



Stuttgart

Soziale Symbolikfragen

„Es lag an einem Zahlenspiel, dass die gestrige Demo für Arbeit und Gerechtigkeit überhaupt stattfand. „Ursprünglich wollten wir vor zwei Wochen aufhören", sagte Mitveranstalter Winfried Helbig. „Aber dann wurde für den 20. Oktober ein bundesweiter Aktionstag ausgerufen, weil das Datum 20.10. mit der Agenda 2010 übereinstimmt." (LVZ, 21.10.03)

Prozess gegen eine Terroristische Vereinigung

Heute beginnt im Hochsicherheitstrakt des Justizzentrums Halle der Prozess gegen drei junge Männer aus

Magdeburg, denen die Generalbundesanwaltschaft Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung nach Paragraf 129a StGB vorwirft. (...) Marco H. (24), Daniel W. (22) und Carsten S. (23) sollen seit August 2001 unter Bezeichnungen wie „kommando globaler widerstand" oder „kommando freilassung aller politischen gefangenen" für drei Brandanschläge in Magdeburg verantwortlich sein. Dazu rechnen die Ermittler Brandanschläge auf eine DaimlerChrysler-Niederlassung (Sachschaden: 150.000 Euro) und auf zwei Fahrzeuge der Telekom, außerdem einen erfolglosen Brandflaschenwurf auf das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt und einen gescheiterten Anschlag auf einen Wagen des Bundesgrenzschutzes im März 2002. (taz, 21.10.) Für Infos zum Prozessverlauf und ältere Beiträge zum Thema siehe www.soligruppe.de.



Duisburg

Was der „Gegenstandpunkt" noch zu sagen hätte - Teil II

„Der „Diktator" Saddam Hussein (ebenso wie sein serbischer Kollege Milosevic), ein Regent, der der Aufsicht des UN-Völkerrechtes untersteht und damit der Beurteilungskompetenz der Macht, die die völkerrechtliche Definitionsgewalt am glaubwürdigsten beanspruchen kann, liefert den weltpolitischen Anlass für die Vorführung, wie unter der Herrschaft eines Völkerrechts, das sich „selbst ernst nimmt" (Bush), der größte begehbare politische Fehler aussieht: Er hat den unbedingten und unversöhnlichen Durchsetzungswillen der USA gegen alle Versuche, sich ihrem nunmehr ungehindert weltweit ausgreifenden Kontrollregime mit eigenen Machtberechnungen zu entziehen, falsch kalkuliert. So wurde er zum „Fall", an dem die USA das neue Kombinat ihres Machtanspruchs, seiner völkerrechtlichen Heiligsprechung und deren kriegsdiplomatischen Nutzanwendungen in Aktion durchexerzierten. Der betreffende Machthaber, vor Zeiten noch wohlgelitten und sogar eine Art Subunternehmer der USA im antiislamistischen Irankrieg, war durch seine Hartnäckigkeit gegenüber den Weisungen der USA bei der Verfolgung seines selbstgenehmigten Nationalprojektes in der Kuweit-Frage unwiderruflich und ohne Chance auf Resozialisierung in der politischen Verbrecherkartei aller künftigen US-Regierungen gelandet. An ihm wurde die neue völkerrechtliche Urteilsgewalt des amerikanischen Machtinteresses durchprobiert, ebenso wie der verbliebene Wert von Veto-Rechten im Weltsicherheitsrat, denen entweder, wie im Falle Russlands, die materielle Gewaltgrundlage abhanden gekommen waren oder, wie im Falle Frankreichs und Englands, die alte Sinngebung durch den gemeinsamen sowjetischen Feind. Dabei stellte sich am Ende heraus, dass – was auch sonst – man der mächtigsten Macht das Recht auf Krieg völkerrechtlich einfach nicht verweigern mochte und eine machtvoll erzwungene Konvention oder ein rücksichtslos durchgedrücktes Diktat sich am Ende durch die Anerkennung der davor zurückweichenden „Völkergemeinschaft" auch den moralischen Bonus der internationalen Rechtlichkeit sichern kann." (Analyse des „linken" GegenStandpunkt-Verlags in Radio Lora, dokumentiert unter http://www.gerhardkern.de/voelkerrecht.htm)



Brüssel



London

Zum Unglück einer Konstruktion

Eine Menge Papier wurde in den letzten Wochen und Monaten bedruckt um über Leipziger Verhältnisse zu sprechen und diesen die gelobten Berliner entgegenzustellen. Nachdem Justus Wertmüller in einer AKG- Veranstaltung die Leipziger Gruppenszenerie verbal abgwatscht und BgR, WKL und Incipito als ganz schlimme Vereine beschrieben hatte, die irgendwie Teil des Problems wären und nicht seiner Lösung, versuchte sich Sven (Cee Ieh Nr. 101; „Neu im Angebot: Antideutsche DifferenziererInnen.") in Differenzierungsbemühungen, indem er darlegte, warum er es noch nicht aufgegeben hat mit BgR und WKL um inhaltliche Positionen zu streiten. So weit so gut oder auch schlecht. Doch weiter ging das Bemühen mal wieder ein bisschen was klar zu stellen und die Zustände aufzumischen.
Ausgehend von den angeschnittenen Konzepten 'Bruch mit/ Kritik der Leipziger Politfraktion' versus 'inhaltliche Auseinandersetzung mit der Politfraktion' und unter dem Label Berlin versus Leipzig legten die Herren Möller und Pünjer (Cee Ieh Nr. 102; „Wer nichts zu sagen hat, soll auch nicht sprechen") und einige „Gegner der Leipziger Verhältnisse in der AKG" (so ihre Selbstbezeichnung (Cee Ieh Nr. 103; „Zum Unglück der Leipziger Verhältnisse") nach.

Über Harmoniebedürfnis und rücksichtslose Kritik

Eine neue „Harmoniesucht in Form geistigen Zombietums", welches sich „insbesondere durch gegenseitige Beteuerungen (...) ausweist, wie lieb man doch letztlich einander hat", sei in Leipzig ausgebrochen, behauptet das kritische Gespann Pünjer/ Möller (alle in den folgenden Abschnitten gekennzeichneten Zitate von Möller/ Pünjer, Cee Ieh 102) und stellt dies dann in eine Reihe mit den Dialogen Leipziger Runder Tische der „89er Revolution". Nun muss man schon ganz schön verwegen sein, um den Mythos Leipziger Verhältnisse nicht als solchen zu erkennen, sondern seiner verklärenden Verteidigung auch noch eine Kritik an die Seite zu stellen. Vielleicht sollte sich jemand erst einmal die Mühe machen, zu erläutern wie sich denn diese harmonischen Verhältnisse in Leipzig im Alltag äußern, wo sich doch das Gemeinsame höchstens alle paar Wochen bei Benefizdissen im Conne Island zeigt, wenn die verschiedensten politischen Fraktionen zu den Klängen von „Football is coming home" die Arme in die Luft strecken und lauthals mitsingen. Wo soll sie denn ansonsten sein diese Harmonie zwischen Gruppen, die sich doch nun schon seit geraumer Zeit voneinander abgrenzen und in einen Wettstreit um die angesagteste Position eingetreten sind und diesen Wettstreit auch auf einer Textebene ernsthaft betreiben. Man muss sich einmal verdeutlichen, was hinter dem Konzept der Leipziger Verhältnisse steht, nämlich die absurde Situation, dass eine zahlenmäßig mehr als überschaubare Gruppe von Politprofis sich gegenseitig ihren Ärger über den jeweils anderen an den Kopf werfen, teils aus inhaltlichen Erwägungen, teils aus purem Ressentiment und dabei so tun als drehe sich die Welt nicht auch ohne sie weiter in ihren gewohnten Bahnen und dass obwohl kaum einer außerhalb der kleinen kritischen Welt Notiz von den ganzen Auseinandersetzungen nimmt.
Und doch gibt (oder gab?) es abseits des ritualisierten Alltags natürlich eine Art Leipziger Verhältnisse, die nur dummerweise weder mit Harmonie oder sich lieb haben zu beschreiben ist, sondern einem solidarischen Grundprinzip folgte, welches es möglich machte, dass sich Reste der Linken weiterhin mit antideutschen Positionen beschäftigten und Antideutsche durchaus auf Soliaktionen für das Grenzcamp zu sehen waren. Diese Art und Weise, den inhaltlichen Dissens[1] klar zu machen, aber im Fall der Fälle ein Bewusstsein für angebrachte Solidarität zu zeigen, ein Bewusstsein, welches sich auch dann zeigt, wenn andersherum Menschen auf der Seite der AKG dem friedliebenden, die AKG attackierenden Bürgermob gegenüber stehen, diese Art und Weise als „Harmoniesucht" zu diffamieren, ist schon ziemlich hanebüchen. Noch hanebüchener wird es, wenn diesen basics des Umgangs miteinander Berliner Verhältnisse entgegengestellt werden, die sich dadurch auszeichnen sollen, dass dort bereits alles geklärt ist und die Bahamas-Redaktion keine Rücksicht mehr nehmen muss auf den linken Brei, sonder nach Lust und Laune verbal draufschlagen kann, wenn es denn die Gegebenheiten erfordern. Nun will ich der Bahamas nicht ihr Konzept absprechen, nur beinhalten diese gelobten Berliner Verhältnisse auch, dass eine Auseinandersetzung mit antideutschen Positionen überhaupt

[1] Wie dies beispielsweise die AKG noch unter anderem Namen gegenüber der Leipziger Antirassistischen Gruppe immer getan hat und was bei dieser durchaus zu inhaltlicher Weiterentwicklung geführt hat (vgl. Incipito Nr.8; „Lost in Space")

nicht mehr stattfindet, sondern das Auftreten gegenüber den Antideutschen nur noch auf der Basis von Ressentiments stattfindet, was sich dann in Aufrufen zur Gewalt via Internet[2] oder Angriffen auf Veranstaltungen der Bahamas wiederspiegelt, etwas was einem Sören Pünjer höchstselbst auch in Köln (offenbar eine Stadt mit geklärten Berliner Verhältnissen) bei einer Veranstaltung passiert ist (de.indymedia.org/2003/10/63500.shtml), als selbsternannte AntifaschistInnen ihre Liebe zu Pferdescheiße entdeckten. Um nicht falsch verstanden zu werden: ich gebe natürlich nicht der antideutschen Fraktion die Schuld daran, dass weite Teile der Linken unfähig sind, sich mit gesellschaftskritischen Positionen auseinanderzusetzen, aber diese Verhältnisse auch noch abzufeiern und sie der bisher existierenden Leipziger Minimalsolidarität entgegenzustellen, die wiederum nicht mit Harmonie zu verwechseln ist, erscheint als Anpisse der Anpisse wegen.

Doch weiter geht es bei Möller/ Pünjer. Aus ihrer Erkenntnis, dass in Leipzig alle so lieb zu einander sind, ziehen sie die Schlussfolgerung, darzulegen, was denn jetzt Kritik wirklich ist. Ein richtiger Kritiker nimmt keine Rücksicht auf Verluste und ist - auf Leipziger Verhältnisse bezogen - darum bemüht, „die mutmaßlich kritischen Geister von WKK und BgR usf. zum Schweigen" zu bringen bzw. „dafür Sorge zu tragen, daß wer nichts zu sagen hat, auch nicht sprechen soll". Nun bin ich ja offensichtlich auch schon durch die Kritik-Grundprüfung durchgefallen, da ich mich nicht ganz mit diesem Axiom des öffentlichen Auftretens anfreunden kann, zumal ich nicht so recht dem Glauben verfalle, alles Wissen in meinen Gehirnwindungen beherbergen zu können, was dazu führt, dass ich Erklärungen zu theoretischen Konzepten und die Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Schlüsse, die aus den Konzepten folgen, immer noch für sehr wichtig halte. Und dabei ist es nicht besonders nützlich Satzbausteine a la „Pack schlägt sich, Pack verträgt sich", „Leipziger Nachtschattengewächse aus dem Hause WKK", „linke Bande" usw.[3] immer und immer wieder in die Texte einzubauen. Aber zum Schluss nennt man diese Beschimpfungen einfach „kompromisslose Kritik" und schon passt das ganze wieder. Dieses Auftreten beruht auf der Grundlage, erstens „Werk und Autor konsequent zusammenzudenken" und zweitens wie schon beschrieben den/ die AutorIn zum Schweigen bringen zu wollen. Nun ist mir immer noch nicht ganz klar, warum Pünjer/ Möller immer noch Texte schreiben und die Beschimpfungen nicht einfach gleich per e-mail an den/ die AutorIn senden, geht es doch offensichtlich nicht mehr darum, etwas zu kritisieren um eine Position darzulegen, die in sich so schlüssig wie irgend möglich ist, um eben auch innerhalb der LeserInnenschaft, die ja nicht gleich zu setzen ist mit dem Ziel der Kritik oder wenn dann nur mutmaßlich, vielleicht ein paar Leute zu finden, die das Dargelegte nachvollziehbar finden und sich aufgrund dessen auch mal einen Millimeter bewegen. Natürlich plädiere ich damit nicht für das, was die moderne Wissenschaft macht, nämlich Theoriedebatten so „objektiv" wie möglich zu führen, um letztlich Ted Honderichs Moralphilosophie friedlich zu diskutieren oder neben der Kritischen Theorie stehen zu lassen, weil beides eben irgendwie so Philosophierereien sind. Aber hinter jedem und allem die Regression hervorlugen zu sehen, um dann letztlich jeden und alles in den selben Sack schmeißen zu können (frei nach dem Volksmotto „mit dem Knüppel druff, triffste immer den Richtigen"), ist nicht nur unappetitlich zu lesen, sondern erreicht nichts außer eventuell der Stärkung des eigenen Ego.

Und eins noch zum Thema Propaganda. Wenn Möller/ Pünjer der Incipito Propaganda vorwerfen, weil sich die Redaktion dazu entschlossen hat, einen Text des Leipziger Bündnis gegen Krieg (Incipito Nr.8, „Nach der Schlacht") abzudrucken, wenn sie also der Incipito ein werbendes Verbreiten dieser Position vorwerfen, haben sie erstens den Text nicht in seinem Originalzusammenhang bzw. -layout gesehen, haben zweitens ein verkürztes Verständnis von dem, was Medien und deren Wirkung auf den/ die NutzerIn angeht und besitzen drittens die Ignoranz, weder der Redaktion noch der LeserInnenschaft das zuzutrauen, was sie offensichtlich selbst bestens hingekriegt haben, nämlich den Text zu lesen und zu kritisieren (die Art und Weise der Rezeption liegt - das brauche ich sicherlich nicht zu betonen - nicht im Text begründet, sondern in der Position der Rezipienten), was ich persönlich immer noch für die beste Methode halte, sich in seinem Denken zu entwickeln. Aber auch da war mein Grundkurs Kritik wohl nicht sehr erfolgreich, doch ich bleibe am Ball, versprochen.

Und so webt sich bei Möller/ Pünjer ein Bild von Leipzig zurecht, bei dem alle harmoniebedürftig in Regression, Propaganda und Antikommunismus machen und sich ihrer eigenen Blödheit erfreuen bis ihnen das kommunistische Doppel den kritischen Marsch bläst.

Von dieser Ablehnung des größtenteils unsinnigen Gedisses der zuvor konstruierten Leipziger Verhältnisse und der Erklärung, was Kritk ist, bleiben natürlich inhaltlich-politischen Fragen durchaus ausgenommen. Das Scheitern des BgR mit seiner Anti-Kriegs-Position war ein vorprogrammiertes, schon deshalb, weil es keinen Platz neben der großen Friedensbewegung geben konnte und den Versuch des BgR, mit attac und Co für den Frieden zu demonstrieren, zu kritisieren, ist mehr als

[2] siehe auch den e-mail-Text der AJF im (h)inter-provinziell in diesem Heft

[3] Ein Paradebeispiel für das Verwechseln von Kritik und Beschimpfung liefert der Text „Jargon der Verblödung" von Sören Pünjer aus dem Cee Ieh Nr. 96, in dem er eine zugegebenermaßen Wut auslösende „Debatte" aus der Jungle World verreißt, aber nicht erkennt, dass der Inhalt seiner Kritik durchaus ausreicht, um den Gegenstand seiner Kritik zu treffen und dass das beschimpfende Brimborium den Text einfach nur unlesbar macht.

[4] So z.B. der Satz „Wenn das BgR aber irgendwann feststellt, dass es mit einer Position für Israel keine Bewegung zu Stande bringen wird, dann besinnt es sich vielleicht doch wieder auf traditionellere Themen", der nichts aussagt, weil er etwas vermutet, was gar nicht zur Debatte steht, also von dem Willen getrieben ist, nachzuweisen, dass eine israelsolidarische Gruppe dies eigentlich gar nicht ist, obwohl sich dazu beim BgR selbst kein Beleg finden lässt.

[5] „Den Unternehmerverbänden und der Regierung geht es nur darum, den Banken und Konzernen auf unsere Kosten höhere Gewinne zuzuschieben. Sie sind es, die für Arbeitslosigkeit, leere Staatskassen und Krisen verantwortlich sind. Die Senkung der Gewinnsteuern ab 2001 spülte bisher 30 Mrd. Euro in die Kassen der Unte rnehmen. Der Verzicht auf die Vermögenssteuer belässt den Reichen jährlich 16 Mrd. Euro mehr auf ihren Konten.", heißt es unter anderem im Aufruf. Da sind sie wieder die Volksverräter, die den Banken und Mächtigen die Kohle zuschieben, während das Volk unter der Knute, der von den Verrätern verursachten Krisen leiden muss. Für mich klingt dies sehr nach einem schrecklichen, deutschen Antikapitalismus, der nach Volksmob und Pogrom und absolut nicht nach Emanzipa-

legitim. Doch eins muss deutlich bleiben: Nicht jeder Mensch, der ein Problem mit Krieg hat, ist gleich ein Anti-Antifaschist. Schon der grundsätzliche Unwille selbst mit irgendwelchen Armeeflugzeugen durch die Gegend zu fliegen, kann durchaus ein Grund sein, sich eben nicht in den Chor derer einzureihen, die offensiv für den Krieg eintraten und ihn jetzt noch verteidigen. Was immer noch nicht bedeutet, die Friedensbewegung nicht als deutsches Projekt erkennen zu können. Die von Möller/ Pünjer vertretene Position, dass nur wer für den Krieg gegen den Irak war, auch antifaschistisch sein könne und alle, die gegen den Krieg waren Teil des Problems, nämlich Teil des Mobs sind, erinnert ein wenig an klassische AntiFa-Geschichten, wenn die Mackerfront mal schnell irgendwo ein paar Nazis verkloppte oder im antifaschistischen Geiste irgendetwas anderes radikales machte und alle, die aus welchen Gründen auch immer sich der physischen Auseinandersetzung nicht stellen wollten oder konnten, waren die Weicheier, die dann nicht mehr so richtig AntiFa waren. Weil als AntiFa muss es hart sein und immer richtig druff. Schon klar. Klingt aber auch nicht unbedingt nach klasse Gesellschaftskritik.

Sozialrevolutionäre und Monogames

Nachdem es Pünjer/ Möller mit einer Generalabrechnung versuchten, übernahmen die „Gegner der Leipziger Verhältnisse in der AKG" (in der Folge vereinfachend GLV, alle folgenden gekennzeichneten Zitate von ihnen, Cee Ieh 103, „Zum Unglück der Leipziger Verhältnisse") einen Monat später den etwas analytischeren Part der Abrechnung mit der „linke(n) Gemeinschaft". Neben dem Aufwärmen der These vom „feine(n), gemütliche(n) Leipziger Ambiente" bzw. der selbstverliebten Darstellung, was „unversöhnliche Kritk" ist (nämlich das, was sie selber betreiben) und der etwas verkrampft, polemisch wirkenden Abrechnung mit dem BgR[4] versucht sich der Text immerhin in einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem Konzept der WKL, um genau daran ihren Dissens zu begründen. Daraus ergibt sich dann eine Argumentation, die verdeutlicht, warum die WKL auf der Grundlage ihres Subjektbegriffes (wer will, lese diese Argumentation im Cee Ieh 103 nach) in die soziale Bewegung einsteigt und macht somit für mich nachvollziehbar warum die WKL eine Demonstration (in Berlin am 01.10.03; www.demo-gegen-sozialabbau.de) auf ihren Webseiten verlinkt und dies auf Nachfrage als unterstützenswert bezeichnet, auf der sich von Attac über Linksruck, diversen Friedensinitiativen bis hin zu MLPD und PDS alles die Hand reicht, was noch vor wenigen Monaten zu antiamerikanischen Massenprotesten in deutschen Städten zusammengekommen war und nun mit „Es reicht! Alle zusammen gegen Sozialkahlschlag!"[5] einfach ein neues Motto für ihre friedliche Volksbewegung gefunden hat. Diese Art und Weise politischer Praxis abzulehnen, halte ich für richtig, diese politische Praxis allen Leipziger Gruppen zu unterstellen hingegen für falsch, da bspw. das BgR vielleicht auch aufgrund seiner Erfahrungen mit der Friedensbewegung sich dem Anschluss an die Sozialproteste im Moment verweigert (siehe „Stecker raus statt Gegenstrom" in diesem Heft). In diesem Sinne macht ein wenig Differenzierungsvermögen, welches nach der Grundthese in Leipzig hätten sich alle lieb aber schwierig wird, durchaus Sinn. Durchaus Sinn macht es auch, anzuerkennen, dass auch die WKL in offenem Widerspruch zu einem massenbewegten, möglichen Zielpublikum weiter die Solidarität mit Israel in aller Offenheit propagiert.[6] Dies schließt wiederum ein, dass sie durchaus ein Bewusstsein für die barbarische Form antikapitalistischer Krisenreaktionsbewegungen und deren für Jüdinnen/ Juden mörderische Ergebnisse haben, weswegen sie eben nicht mit dem deutschen Mob auf einer Stufe stehen. Dass sie trotzdem eine Bewegung stützen, die genau diese barbarischen Tendenzen aufweist, ist aber wiederum Grund genug verzweifelt die Hände über dem Kopf zusammenzuschlagen.

Bleibt noch die AKA, die in dem Einheitstopf der GLV gelandet ist,

weil sie sich anmaßte in Incipito Nr.8 ein Papier zu veröffentlichen („The hive mind"), in dem sie begründeten, warum sie eine kommunistische Gesellschaftskritik, ein sinnliches Leben und den Bruch mit der monogamen Zweierbeziehung zusammendenken. Die KritikerInnen der GLV bezeichnen diesen Text in kurzer Form als „Aufruf zur Ich-Auflösung", der die Selbst- „Zurichtung als quasi-kommunistische Beziehung eigentlicher Individuen verkauft". Nun lässt sich der AKA vieles vorwerfen, vor allem, dass sie ihr Papier in einem Duktus verfasste, der eine Option neben dem Bruch mit der Monogamie nicht mehr zuließ und somit letztlich wirklich den Unterschied zwischen kommunistischen Denken und seinem Gegenteil an der Art und Weise privater Lebensbeziehungen festmachte, was auch den faden Beigeschmack der Zurichtung des Ich beinhaltet. Aber und dies lässt sich auch mit der GLV als „dialektische(r) Widerspruch von gesellschaftlicher Konstitution des Subjekts und gleichzeitiger, dem unmittelbaren Zugriff der Objektivität sich widersetzender Reflexionsinstanz" begründen, macht es grundsätzlich Sinn darüber nachzudenken, was an gesellschaftlichen Verhältnissen, wenn sie denn vornehmlich individuell reproduziert werden und somit der „sich widersetzenden Reflexionsinstanz" zugänglich sind, das eigene Leben daran hindert ein sinnliches zu sein. Und sicher, es gibt nichts richtiges im falschen, aber die Kritik der Zurichtung des Ich zu einem monogamie-kompatiblen Ich und alternative Konzepte menschlicher Lebensbeziehungen auch noch als Verrat an der Liebe zu bezeichnen (wie die GLV) oder gleich noch auf die Verantwortung, die positiverweise in der Paarbeziehung von den Partner übernommen wird (wie Jo, Incipito 8,5; „Die Freiheit der Inhumanität") zu verweisen, wo doch selbst Familienministerin Schmidt weiß, dass 80-90% der jungen Leute die Familie für sehr wichtig halten, also jene autoritären Orte, an denen Paarbeziehung, Liebe, Verantwortung und Geborgenheit in ihrer ganzen Pracht zu bestaunen sind, erscheint schon zumindest erstaunlich. Wer nicht zu denken wagt, dass sich der Bruch mit der Monogamie oder auch Dekonstruktion[7] eben nicht nur als Auflösung des Ich, sondern eben auch als Stärkung eben jenes sehen lässt, auch ohne dies zu einer alles beherrschenden, übergeordneten Gesellschaftskritik zu machen, sondern es eben dahin zu befördern wo es hingehört, nämlich zum Individuum und dessen Kampf mit den unsinnlichen Zuständen, der/ die ist noch nicht einmal dazu gekommen seinen eigenen Unfrieden mit den wenig begeisternden Reproduktionen des Alltäglichen zu machen. Oder anders gesagt, wer die Blumfeld-Frage „Sind zwei zu viel um frei zu sein oder brauch ich dich um ich zu sein?" („Von der Unmöglichkeit 'Nein' zu sagen ohne sich umzubringen" von der LP Ich-Maschine) eindeutig zugunsten der kuscheligen Zweisamkeit beantworten kann, ist sich noch nicht einmal seiner eigenen Lebenswidersprüche bewusst.

Es stellt sich doch die Frage, warum die simpelsten Grundlagen des deutschen Zusammenlebens verteidigt werden, wenn es doch zumindest auf einer reflexiven Ebene die Möglichkeit gibt, das klassische Beziehungskonzept und seine unabgeänderte linke Spielart mit all den „Haste schon gehört, wer mit wem?" und „Der/ die kriegt niemanden ab"- Ritualen als Ausdruck von Verteilungskämpfen und eben nicht von Liebe einer Kritik zu unterziehen. Hierbei muss es eben nicht um eine öffentliche Debatte um das Private gehen, welches es in einer Gesellschaft, die alles ans Licht zerren und begaffen muss, was individuell passiert, wovon schon die Nachmittagstalkshows täglich erzählen, geschützt werden sollte, sondern um ein Nachdenken darüber, was das Leben in einem ständigen Wettstreit um einen tollen Partner mit Sinnlichkeit, Bedürfnisbefriedigung und Geborgenheit oder sonst einer gern zitierten Kategorie zu tun hat. In diesem Sinne ist zumindest der Versuch der AKA zu begrüßen ein Thema ins Gespräch zu bringen, welches sich schon aufgrund der gängigen Beziehungspraxis in 'der Szene' einer erheblichen Abwehrhaltung erfreuen darf.

Was bleibt?

Was nach dieser Debatte um/ Kritik der Leipziger Verhältnisse bleibt, ist - neben einem Erkenntniszuwachs in Sachen Subjektbegriff - die Einsicht, dass eben jene Verhältnisse so altbacken sind wie eh und je, sich in den immer gleichen Bahnen weiterbewegen und über sich selbst nie hinausweisen. Wenn irgendetwas als Harmoniesucht, aber dann im Sinne eines ewig gleichen Beziehungsgeflechts, interpretiert werden kann, dann ist es die Tatsache, dass sich Leipziger Gruppen ihrer Plätze in diesem Geflecht bewusst sind und trotzdem ihre damit verbundenen Rollen der gegenseitigen 'Kritik' immer und immer wieder wahrnehmen, sich also aufeinander abgrenzend beziehen (was die AKG bzw. ihre neu entstehenden Einzelteile einschließt). Was bleibt ist aber auch die Erkenntnis, dass sich hinter dem Ablehnen der Kritik der konstruierten, harmonischen Leipziger Verhältnisse niemand verstecken kann, der seine 'Kritik der Antideutschen' sowieso immer nur auf negativ identitären Ressentiments aufbaut, wobei als Schablone dann zuvorderst die Zeitschrift Bahamas gilt, die zu lesen sich die meisten wiederum weigern.

Was bleibt... Ach bleibt doch eh wieder alles so wie es war.

tion oder Kommunismus riecht. Und erzähle mir jetzt niemand etwas von 'konkretem Leiden' oder 'notwendig falschen Bewusstsein'. Reaktionäre Bewegungen werden nicht dadurch weniger reaktionär, dass man sie versucht mit schick klingenden Floskeln zu versehen.

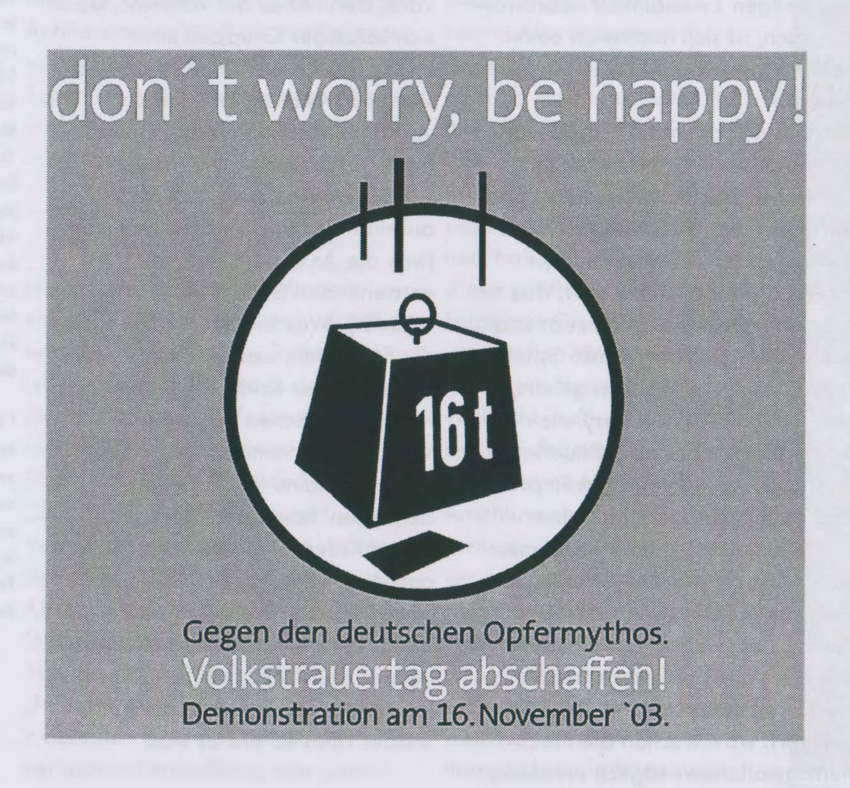
[6] So auf ihrer Website www.left-action.de/wkl/main.html: „Der Friedensprozess wird von den Mörderbanden der Hamas, des Djihad, der Hisbollah und Yassir Arafats Al-Aqsa-Brigaden (der bewaffnete Arm seiner Fatah-Organisation) torpediert. Diese Gruppen haben in der Vergangenheit mit zahlreichen Anschlägen (v.a. an besonders belebten Plätzen wie Straßencafés und Bussen) bewiesen, dass ihr einziges Ziel ist, so viele Juden wie möglich zu töten. Dieser mörderische Antisemitismus, der längst nicht mehr mit Steinen, sondern mit Kassam-Raketen und Nagelbomben agiert, wird wirksam nur durch ein -auch militärisch- starkes Israel bekämpft. In diesem Sinne: Am längsten lebe Israel!"

[7] Zu Dekonstruktion im weiteren Sinne und Identitätskritik versus -politik im engeren Sinne gab es in Incipito Nr.5 den Text „under deconstruction"

Don't worry, be happy!

Gegen den deutschen Opfermythos. Volkstrauertag abschaffen!

Am Volkstrauertag ist das Einvernehmen zwischen den einzelnen politischen Parteien bzw. den Parteien und großen Teilen der Bevölkerung so groß wie sonst nur selten. Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Parteien und Verbände, Angehörige der Bundeswehr und Mitglieder von Bürgerinitiativen legen gemeinsam Kränze zum Gedenken an diejenigen nieder, die Sorge dafür trugen, dass Auschwitz betrieben werden konnte, verurteilen die alliierten Bombenangriffe auf deutsche Städte als Kriegsverbrechen und betrauern die Deutschen als die eigentlichen Opfer des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges. Wer diese Rahmenbedingungen akzeptiert, ist herzlich eingeladen mitzutrauern und seinen Kranz abzulegen. Dementsprechend erschienen in den letzten Jahren immer wieder Neonazis bei den offiziellen Gedenkfeiern zum Volkstrauertag und durften sich – wie z.B. in Halle – als akzeptierter Teil der Trauergemeinschaft begreifen. Aufruf zur Demonstration am 16. November 2003 (»Volkstrauertag«) in Halle:



Deutschland als Opfer – dieses Motiv spielte in den deutschen Geschichts- und Vergangenheitsdebatten der letzten hundert Jahre stets eine zentrale Rolle. Deutschland wurde wahlweise als Opfer des »Erbfeinds Frankreich« und als Leidtragender des Versailler Vertrages dargestellt, als Verfolgter einer »jüdischen Weltverschwörung« halluziniert und nach 1945 schließlich als Opfer des Nationalsozialismus präsentiert.
Das hierbei gepflegte Selbstmitleid korrespondierte stets mit Aggressivität: Aus dem Gefühl der Benachteiligung bei der Vergabe von Kolonien erwuchs die Bereitschaft zum Losschlagen von 1914, die Wahl der NSDAP wurde nicht zuletzt als Reaktion auf die Politik der Sieger des Ersten Weltkrieges

begriffen, und der Zweite Weltkrieg galt als weltanschaulicher Abwehrkampf gegen undeutsche Einflüsse und Angriffe. Selbst der erste deutsche Krieg nach 1945, der Angriff auf Jugoslawien, wurde nicht nur mit dem Argument geführt, man wolle ein »Auschwitz auf dem Balkan« verhindern. Vertreterinnen und Vertreter der politischen Parteien, der Medien und der Zivilgesellschaft verwiesen zugleich darauf, dass man die Menschen im Kosovo hierzulande gut verstehe, immerhin wüssten die Deutschen sehr genau, was es heißt vertrieben zu werden.

Die verfolgende Unschuld. Zur Geschichte des Volkstrauertages

Das zentrale Ritual der kollektiven deutschen Opferpräsentation ist seit 1919 der so genannte Volkstrauertag. Wenn sich Anlass und Formen des Erinnerns seit 1919 auch stetig verändert haben – der zentrale Gedanke des Volkstrauertages ist erhalten geblieben: Die Deutschen haben Europa zwar wiederholt verwüstet, Schuld waren jedoch immer die Anderen.
Der Volkstrauertag wurde erstmals 1919 zum Gedenken an die vermeintlichen Helden des »im Felde unbesiegten« deutschen Heeres – so die weit verbreitete Deutung der deutschen Niederlage 1918 – begangen. Wenn es auch vereinzelte Stimmen gab, die den Tag als Symbol einer Abkehr vom Hass begriffen wissen wollten, wurde Deutschland im Rahmen der entsprechenden Gedenkveranstaltungen doch zumeist als Opfer eines »Verrats der Heimatfront« und des »Versailler Diktats« betrauert, der Hass auf die inneren und äußeren »Volksfeinde« gepflegt und die kriegerische Revision der Ergebnisse des Ersten Weltkrieges angekündigt. Im Jahre 1923 erklärte der Präsident des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge – der Bund ist nach wie vor einer der zentralen Initiatoren des Volkstrauertages – die antifranzösischen Ressentiments in Deutschland zu einem heiligen Hass: »Wir verstehen, was das alte Testament meinte: Du sollst Deinen Freund lieben und Deinen Feind hassen, Auge um Auge, Zahn um Zahn.«
1934 wurde der Volkstrauertag schließlich zum Staatsfeiertag erhoben und in »Heldengedenktag« umbenannt. Die an diesem Tag bis dahin ohnehin nur am Rande zelebrierte Trauer entfiel nun vollständig zu Gunsten der Heroisierung von Krieg, Opfertod und eines Aufgehens des Individuums im Kollektiv. Von nun an ging man daran, den in der Weimarer Republik formulierten Revanchegedanken in die Tat umzusetzen. Bei den jetzt stattfindenden militärischen Aufmärschen zum Volkstrauertag wurden die gefallenen deutschen Soldaten des Ersten Weltkrieges als Vorbilder präsentiert, zum Kampf gegen die vermeintlichen Feinde Deutschlands aufgerufen und die Volksgemeinschaft auf das kollektive Projekt »deutscher Endsieg« eingeschworen. Als der Glauben an diesen Sieg nach 1943 zunehmend schwand, beschränkte man sich fortan auf die gegenseitige Versicherung des gemeinsamen Vernichtungswillens.
Nachdem der Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge 1945 zunächst von den Alliierten verboten wurde, konnte er seine Arbeit bereits nach einem Jahr wieder aufnehmen. Schon 1950 wurde der Volkstrauertag erstmals im Plenarsaal des Bundestages mit einer Feierstunde begangen und damit erneut in den Stand eines offiziellen Gedenktages erhoben. Dieser Rückgriff auf die Traditionen der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem neuen deutschen Selbstbewusstsein nach der Rückübertragung von Hoheitsrechten durch die Alliierten. Er ordnete sich in eine Reihe ähnlicher Maßnahmen und Ereignisse ein: Bereits kurz nach dem Zusammentreten des ersten Bundestages wurde auch dort über die Beseitigung der Folgen der Entnazifizierung beraten, mit den »Richtlinien zum Abschluss der Entnazifizierung« signalisierten die Abgeordneten im Dezember 1950, dass sie die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus als beendet ansahen, und im Mai 1951 wurden Bund, Länder und Gemeinden schließlich verpflichtet, die in Folge der alliierten Reeducation-Politik aus dem öffentlichen Dienst entlassenen Personen wieder einzustellen. Ausgenommen blieben lediglich diejenigen, die per Spruchkammerbescheid als untragbar eingestuft worden waren.

Das zentrale Ritual der kollektiven deutschen Opferpräsentation ist seit 1919 der so genannte Volkstrauertag. Wenn sich Anlass und Formen des Erinnerns seit 1919 auch stetig verändert haben – der zentrale Gedanke des Volkstrauertages ist erhalten geblieben: Die Deutschen haben Europa zwar wiederholt verwüstet, Schuld waren jedoch immer die Anderen.

»Ich hatt' einen Kameraden«

Wie in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus diente der Volkstrauertag auch nach dem Ende des Nationalsozialismus dem Zusammenfinden der Nation als Opfergemeinschaft. Während nach 1918/19 vor allem der Toten des Ersten Weltkrieges gedacht wurde, standen im Zentrum der Erinnerung nun vor allem diejeni-

gen, die entweder selbst an Massenmorden teilgenommen oder zumindest Sorge dafür getragen hatten, dass im Rücken der Front Auschwitz betrieben werden konnte. In den Reden zum Volkstrauertag und mit dem obligatorischen »Lied vom guten Kameraden« (»Ich hatt' einen Kameraden, einen bessern findst du nicht...«) wurde die Legende der »sauberen Wehrmacht« gepflegt und Verbundenheit mit denen gezeigt, die dazu beigetragen hatten, Europa in ein Schlachthaus zu verwandeln. Ganz im Sinn dieser Verlängerung des nationalen »Wir« über das Ende des Nationalsozialismus hinaus erklärte der damalige Bundespräsident Theodor Heuss bei der Einweihung eines Soldatenfriedhofes in den 50er Jahren nicht nur, dass die Soldaten der Wehrmacht »an ihre Pflicht gebunden« gestorben seien. Er führte gleichzeitig aus, dass hiervon »nur in Dankbarkeit und Ehrfurcht« gesprochen werden dürfe. »Ein anderer Ton«, so Heuss, »ist nicht erlaubt.«
Einer der perfidesten Einfälle der Vorbereitungskreise dieses Gedenkens war die Unterordnung des Volkstrauertages unter das Motto der Versöhnung und Völkerverständigung. Die Täterinnen und Täter luden ihre ehemaligen Opfer zur Versöhnung ein und forderten sie damit auf, so zu tun, als wäre nichts geschehen. Da man sich nach der früh erfolgten Bagatellisierung von Auschwitz und der Aufrechnung von Coventry und Dresden selbst nicht als Täterin und Täter, sondern als Opfer begriff, glaubte man auch das Recht zu besitzen, gönnerhafte Versöhnungsangebote unterbreiten zu dürfen. Wenn dem Zweiten Weltkrieg in dieser Zeit überhaupt ein besonderer Charakter zugestanden wurde, dann nur aufgrund des angeblich doppelten Leidens der deutschen Bevölkerung unter der Nazidiktatur und den alliierten Bombenangriffen. Die Opfer der Verfolgungspolitik, der Konzentrations- und Vernichtungslager oder des Vernichtungskrieges der Wehrmacht tauchten in den Reden zum Volkstrauertag allenfalls am Rande bzw. als »Opfer Hitlers« auf. In der Provinz wurde selbst auf diese halbherzigen Verweise oftmals mit Entrüstung reagiert: Als ein Pfarrer im niedersächsischen Moringen 1982 die Opfer des ehemaligen örtlichen Jugend-KZs in seine Predigt zum Volkstrauertag mit einbezog, ging ein Sturm der Empörung durch den Ort. Man wolle mit »Kriminellen« nichts zu tun haben, wenn man der »gefallenen Helden« gedenke, beschwerten sich die Funktionäre von CDU und FDP unter stürmischem Beifall und Bravo-Rufen.

Facts zur Demonstration

Treffpunkt: ab 10.15 Uhr Landrain/ Ecke Otto-von-Guericke-Straße (vor dem Gertraudenfriedhof)
Eröffnungskundgebung: 10.30 Uhr
Beginn der Demonstration: 11.00 Uhr.

Infos, News, Wegbeschreibung usw.:
www.volkstrauertagabschaffen.tk

Gedenken macht frei

Mit dem altersbedingten Ausscheiden ehemaliger Nazis aus höheren Positionen in Wirtschaft, Politik und Kultur und der hiervon beeinflussten Veränderung der Erinnerungskultur in der Bundesrepublik wandelte sich spätestens seit Mitte der 90er Jahre auch die Form des Gedenkens am Volkstrauertag. Wurde zuvor fast ausschließlich auf die Soldaten der Wehrmacht und die Toten der alliierten Bombenangriffe verwiesen, werden seither auch andere tatsächliche oder vermeintliche Opfergruppen in die offizielle Erinnerung integriert. Das Gedenken firmiert nun offiziell als Andacht an die »Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft«, man erinnert an die Leidtragenden des Stalinismus oder die Mauertoten und verweist schließlich auch auf die Ermordeten der Konzentrations- und Vernichtungslager. Diese neue Form des Gedenkens ist jedoch weniger Ausdruck einer offener, toleranter oder kritischer gewordenen Bundesrepublik. Sie ist lediglich die abgewandelte, modernisierte Version des selbstbezogenen deutschen Opferkultes, bei dem die Kategorien der nationalsozialistischen Reichsbürgergesetze auch weiterhin Anwendung finden. So verschwinden hinter der Aufzählung der verschiedenen realen oder eingebildeten Opfergruppen aus den unterschiedlichsten Zeitepochen nicht nur die Taten, die Täterinnen und Täter sowie die jeweiligen Spezifika der Taten. Die gemeinsame Nennung der Opfer des Ersten Weltkrieges, des Stalinismus, der Konzentrations- und Vernichtungslager sowie der gefallenen Wehrmachtssoldaten ist vielmehr die Weiterführung des Versuchs, die deutsche Geschichte zu normalisieren und den Zweiten Weltkrieg zu einem normalen Krieg, in dem es keine Täterinnen und Täter, wohl aber unschuldige Opfer gab, umzulügen. Die wichtigste Aufgabe überhaupt sei die »Arbeit für den Frieden«, so erklärte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse am letzten

Volkstrauertag vor denen, gegen die mit dem größten Recht der Geschichte Krieg geführt wurde: deutschen Stalingradveteranen und anderen ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht.

Die zentrale Funktion des Volkstrauertages besteht damit in der Leugnung einer simplen Tatsache: Die Bekämpfung derjenigen, die Auschwitz betrieben bzw. die Garanten dafür waren, dass Auschwitz betrieben werden konnte, war die Bedingung für die Beendigung der Massenmorde in den Vernichtungslagern. Am Volkstrauertag hingegen werden diejenigen als die eigentlichen Opfer betrauert, die nur durch Gewalt von der Fortführung ihres Amoklaufes abgehalten werden konnten. Insofern ist es nur konsequent, wenn – wie in den vergangenen Jahren u.a. in Halle – auch Neonazis bei diesen Feierlichkeiten erscheinen und Einheiten der Waffen-SS ehren wollen.

Die mittlerweile in Reden zum Volkstrauertag zu findenden Randbemerkungen über ermordete Jüdinnen und Juden, Homosexuelle, Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, Sinti, Roma, Behinderte usw. ziehen zwar zum Teil den Unmut von Angehörigen der rechten Szene auf sich. Als ausreichender Grund für einen Boykott der jeweiligen Veranstaltungen werden sie in diesem Spektrum jedoch auch weiterhin nicht angesehen. Die Schlaueren unter den Neonazis ahnen ohnehin, welche Funktionen diese Verweise erfüllen: Durch ein gemeinsames Gedenken sowohl an die Auschwitz-Schutztruppe Wehrmacht als auch an diejenigen, die in den Konzentrations- und Vernichtungslagern ermordet wurden, werden die Unterschiede zwischen Täterinnen bzw. Tätern und Opfern nivelliert. Die Täterinnen und Täter werden rehabilitiert. Nach einigen Verweisen auf die »dunklen Seiten der Vergangenheit«, auf Zwangsarbeit, Vernichtungskrieg und Konzentrationslager – so lautet dementsprechend das inoffizielle Motto der neuen deutschen Erinnerungspolitik – kann die Präsentation der Deutschen als Opfer nur noch unverblümter und unverschämter betrieben werden.

Das Gedenken firmiert nun offiziell als Andacht an die »Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft«, man erinnert an die Leidtragenden des Stalinismus oder die Mauertoten und verweist schließlich auch auf die Ermordeten der Konzentrations- und Vernichtungslager. Diese neue Form des Gedenkens ist jedoch weniger Ausdruck einer offener, toleranter oder kritischer gewordenen Bundesrepublik. Sie ist lediglich die abgewandelte, modernisierte Version des selbstbezogenen deutschen Opferkultes

Außenpolitische Normalisierung

Die zaghaften Verweise auf die Opfer der deutschen Verfolgungs- und Vernichtungspolitik sind allerdings nicht nur Teil der modernisierten Selbstpräsentation der Deutschen als Opfer. Sie sind gleichzeitig eine der Legitimationsgrundlagen der neuen deutschen Außenpolitik. Da Deutschland besondere Erfahrung im Umgang mit Unrecht habe und die Vergangenheit hierzulande vorbildlich bewältigt worden sei, so wird auf internationaler Ebene neuerdings von deutscher Seite ausgeführt, sei die Bundesrepublik gegenüber weltweitem Unrecht besonders sensibilisiert. Diese Sensibilisierung kann sich mittlerweile sowohl in der Forderung nach Interventionen der Bundeswehr als auch in der Ablehnung von Kriegseinsätzen äußern. Gerade aufgrund der deutschen Vergangenheit, so wurde der deutsche Angriff auf Rest-Jugoslawien 1999 gerechtfertigt, habe die Bundesrepublik die Pflicht, militärisch in den Konflikt einzugreifen. Nur wenige Jahre später wurde mit dem gleichen Argumentationsmuster die – ebenso machtpolitisch motivierte – deutsche Nichtbeteiligung am

Irakkrieg und die damit verbundene offizielle Reaktivierung des »deutschen Weges« begründet. Im Unterschied zu den USA, so wurde angedeutet, habe die Bundesrepublik die Lektionen aus der Geschichte gelernt.
Mit beiden Formen dieser neuen »Vergangenheitsbewältigung« verfügen die Nachkommen der Täterinnen und Täter noch einmal über die Opfer und nutzen das Gedenken an sie als einen Beitrag zur innen- und außenpolitischen Normalisierung.

»Unberechtigte Ansprüche«

Welcher Stellenwert den Opfern der deutschen Ausplünderungs- und Vernichtungspolitik tatsächlich zugeschrieben wird, ist u.a. am offiziellen Umgang der Bundesrepublik mit den wenigen Überlebenden der Konzentrationslager und der Zwangsarbeiterpolitik abzulesen. Während selbst ehemalige Wehrmachts- und SS-Angehörige, die von den Ermittlungsbehörden wegen der direkten Beteiligung an Kriegsverbrechen gesucht wurden, pünktlich ihre Pensionen ausgezahlt bekamen und bekommen, wird den meisten Opfergruppen eine angemessene Entschädigung weiterhin vorenthalten. Dem neuen und scheinbar offeneren Umgang mit der deutschen Vergangenheit entsprechend verwies Gerhard Schröder zu Beginn der Diskussionen um Entschädigungsleistungen an ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zwar auf die Schuld der deutschen Wirtschaft. Gleichzeitig erklärte er allerdings, die deutschen Unternehmen vor »unberechtigten Ansprüchen« schützen zu wollen.

Warum gerade Halle?

Proteste gegen den Volkstrauertag, die Formierung zur Trauer- und Opfergemeinschaft und die Gleichsetzung von Täterinnen bzw. Tätern und Opfern könnten somit im Grunde überall stattfinden. Dennoch ist der Ausgangspunkt der Demonstration, der Gertraudenfriedhof in Halle, nicht willkürlich gewählt. Hier fand die in der Konzeption des Volkstrauertages angelegte Tendenz in den letzten Jahren ihre wohl deutlichste praktische Umsetzung. Gedachte Bundestagspräsident Thierse im vergangenen Jahr noch gemeinsam mit den *ehemaligen* Kämpfern gegen Bolschewismus und Judentum – Stalingradveteranen der deutschen Wehrmacht –, begeht man den Volkstrauertag in Halle bereits seit einigen Jahren in Kooperation mit denen, die die Forderung »Juden raus!« in Deutschland *derzeit* am vehementesten vertreten.
So waren seit etwa 1998 nicht nur Vertreter studentischer Verbindungen regelmäßig bei der offiziellen Gedenkveranstaltung der Stadt auf dem Gertraudenfriedhof erschienen, sondern stets auch bis zu dreißig Angehörige der örtlichen rechten Szene. Im vergangenen Jahr nahmen schließlich etwa 200 Neonazis aus Niedersachsen und verschiedenen Regionen Sachsen-Anhalts an dieser Feierlichkeit teil und nutzten sie als Ersatzveranstaltung für den kurz zuvor verbotenen zentralen Neonaziaufmarsch zum so genannten »Heldengedenktag« im brandenburgischen Halbe. Die hallesche Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler (SPD) hielt eine Rede, Mitglieder der regionalen Parteien und Verbände – CDU, FDP, PDS, SPD usw. – legten Kränze nieder, die Neonazis präsentierten Gebinde zu Ehren von Einheiten der Waffen-SS und entrollten ein Transparent mit der Aufschrift »Wir sind ein Volk des Geistes, aber mit einer eisernen Faust«. Abschließend spielten Angehörige der Bundeswehr das »Lied vom guten Kameraden«, die Neonazis senkten dazu ihre Fahnen.
Da nahezu alle im Stadtrat vertretenen Parteien und Organisationen ihre Kränze gemeinsam mit den Nazis abgelegt hatten, blieben Auseinandersetzungen auf der Ebene des Stadtparlamentes aus. Oberbürgermeisterin Häußler rechtfertigte in einer Stadtratssitzung noch einmal die Kranzniederlegung und behauptete – obwohl sie noch im November 2000 erklärt hatte, die Teilnahme von Neonazis nicht noch einmal dulden zu wollen – dass niemand mit dem Erscheinen von Angehörigen der rechten Szene hätte rechnen können. Auch die Regionalzeitung mochte keine Kritik äußern und berichtete lediglich, dass einige Neonazis versucht hätten, das Gedenken für ihre Zwecke zu »missbrauchen«.
Als Störenfriede wurden vor allem diejenigen betrachtet, die gegen die gemeinsame Manifestation von Neonazis und Vertretern der Stadt protestierten. Angehörige antifa-

UnterstützerInnen

Unterstützerinnen und Unterstützer:
Antifa Dessau, Antifa Merseburg, Antifaschistische Aktion Gera (AAG), Antifaschistischer Arbeitskreis (AfA) Halle, Antifaschistisches Schul-Netz (ASN) Halle, Autonome Antifa Altmark, Autonome Antifa Nordost Berlin [AANO], BgR Leipzig, Jugendantifa Zwille/Dessau, JungdemokratInnen/Junge Linke Halle

schistischer Initiativen verteilten vor der nachfolgenden Stadtratssitzung Flugblätter und der Verein Kellnerstraße e.V. – ein linkes Kulturprojekt – äußerte in einem offenen Brief Kritik am Verhalten der örtlichen Organisatoren des Volkstrauertages und der Oberbürgermeisterin. Als Reaktion auf diesen Protest wurde dem Verein eine Sozialarbeiterstelle gestrichen. Der Grund für diese Streichung, so wurde nach Widerspruch des Vereines auch amtlicherseits erklärt, seien die Methoden seiner Jugendbildungsarbeit, die u.a. anhand der »politischen Stellungnahme zu den Ereignissen des Volkstrauertages 2002« deutlich geworden seien. Ihr Gedenken will sich die Volkstrauerfront eben von niemandem vermiesen lassen.

Welcher Stellenwert den Opfern der deutschen Ausplünderungs- und Vernichtungspolitik tatsächlich zugeschrieben wird, ist u.a. am offiziellen Umgang der Bundesrepublik mit den wenigen Überlebenden der Konzentrationslager und der Zwangsarbeiterpolitik abzulesen. Während selbst ehemalige Wehrmachts- und SS-Angehörige, die von den Ermittlungsbehörden wegen der direkten Beteiligung an Kriegsverbrechen gesucht wurden, pünktlich ihre Pensionen ausgezahlt bekamen und bekommen, wird den meisten Opfergruppen eine angemessene Entschädigung weiterhin vorenthalten.

Warum also: »Don't worry…«?

Um es zusammenzufassen: Der Volkstrauertag dient, wie nicht nur die Ereignisse in Halle zeigen, dem parteiübergreifenden Zusammenfinden als Opfergemeinschaft. Selbst die in Gedenkreden neuerdings zu findenden Randbemerkungen über die Konzentrations- und Vernichtungslager dienen lediglich als Plattform, auf der noch ungenierter und verständnisvoller über die Befindlichkeiten der Täterinnen und Täter geredet und öffentlich um sie getrauert werden kann. Der Volkstrauertag ist damit primär für das Gedenken an diejenigen reserviert, die entweder direkt an den Massenmorden beteiligt waren oder durch ihre Tätigkeiten indirekt dazu beitrugen, dass diese Verbrechen begangen werden konnten. Der Kampf gegen Deutschland – die Offensive der Alliierten in der Normandie, die Niederlage der sechsten Armee in Stalingrad, die darauf folgende Befreiung von Auschwitz, Buchenwald, Belsen usw. – ist jedoch kein Grund zur Trauer, sondern zur Freude. Darum: Weg mit dem Volkstrauertag! Gegen den deutschen Opfermythos!

Antirassistischer Klüngel?

Ein Auswertungspapier zum 6. antirassistischen Grenzcamp der Antirassistischen Gruppe Leipzig

Vom 31.7. bis 10.8 fand das 6. antirassistische Grenzcamp in Köln statt. Auch dieses Jahr waren wir stark in die Vorbereitungen involviert und wollen an dieser Stelle eine Einschätzung des diesjährigen Grenzcamps geben. Nachdem wir uns bereits in der Vorbereitung schwerpunktmäßig dem Auftaktforum zum 6. antirassistischen Grenzcamp gewidmet haben, wollen wir uns auch im Nachhinein vor allem zu diesen ersten drei Tagen des Camps äußern. Darüber hinaus wollen wir noch ein paar Worte über die im voraus erhoffte inhaltliche Klammer zwischen Forum und Camp, sowie über die unterschiedlichen Verständnisse von Antirassismus, die während des Camps zwischen Gruppen und Einzelpersonen aus der Vorbereitung sehr kontrovers diskutiert wurden, verlieren. Und zum Schluss ein paar vorsichtige Überlegungen in Richtung Perspektive für das Jahr 2004 wagen.

Executive Summary

1. Aus unserer Sicht war die Entscheidung, im Vorfeld des diesjährigen Grenzcamps ein Auftaktforum zu veranstalten, eine gute. Mit Verlauf und „Ergebnissen" des Forums sind wir mit kleineren Abstrichen aber eher unzufrieden.
2. Obwohl es den expliziten Wunsch gab, Forum und Camp als Einheit zu betrachten, also Inhalte aus dem Forum auch auf das Camp zu tragen, ist das unserer Ansicht nach nur bedingt bis schlecht gelungen.
3. Der Versuch, die Vorbereitungskreise, die 2002 getrennte Camps organisierten, zusammenzuführen, ein erklärtes Ziel des diesjährigen Grenzcamps, ist an verschiedenen Stellen grandios gescheitert.
4. Wir möchten gern weiterhin im bundesweiten Rahmen, innerhalb einer gemischten Organisierung und in der Form eines (inhaltlich erweiterten) Camps politisch aktiv werden.

A-n-t-i-r-a-s-s-i-s-m-u-s A-u-s-b-u-c-h-s-t-a-b-i-e-r-t?

Intensive Diskussionen zwischen verschiedenen Herangehensweisen an linken Antirassismus und die Zusammenführung von verschiedenen Kämpfen waren zwei der Hauptziele, die mit dem Forum verbunden wurden[1]. Kontroverse Diskussionen zwischen den verschiedenen Herangehensweisen haben in einigen Workshops und vor allem während des Abschlussplenums stattgefunden. Es wurden auf dem Forum aber weder sonderlich neue inhaltliche Debatten geführt noch gab es neue Impulse für bereits laufende Diskussionen. Die auch von uns erhoffte Annäherung zwischen den anwesenden Gruppen blieb ebenfalls aus.

Wir finden, dass in den Diskussionen auf dem Forum Widersprüche zwischen verschiedenen linken antirassistischen Ansätzen zur Sprache gekommen sind, diese aus unserer Sicht eine politische Zusammenarbeit aber nicht verunmöglichen. Beispielsweise die Frage nach Ansatzpunkten für antirassistische Politik wurde kontrovers diskutiert. Die Pole in der Diskussion waren, ob an der „Spitze des Eisbergs", also den schlimmsten Formen rassistischer Ausgrenzung und Entrechtung anzusetzen sei. Oder aber ob verschiedene Formen von Entrechtung im Rahmen einer größeren Klammer, konkret der offensiv vorgetragenen Forderung nach gleichen Rechten, anzugehen sei. Obwohl beide Positionen intensiv, gemeinsam und mit dem Wunsch, die eigenen Vorstellungen transparenter und verstehbarer zu machen, diskutiert wurden, besteht was die praktische Zusammenführung angeht, nach wie vor Diskussionsbedarf[2]. Uns ist nicht klar, ob und in welcher Form die Auseinandersetzung auf dem Camp weitergeführt wurde. Und wir sind uns unsicher, ob es überhaupt im Interesse der jeweiligen Gruppen lag, Möglichkeiten einer engeren politischen Kooperation auszuloten oder ob das vor allem ein Ziel der OrganisatorInnen des Forums war. Hier hoffen wir auf die öffentliche Auswertung der betreffenden Gruppen.

Einen großen Teil der inhaltliche Diskussionen — die es bereits auf allen bisherigen Camps gegeben hat — vor dem Beginn des aktionistischen Teil des Camps zu führen, hat sich u.E. ausgezahlt, da hier in aller Ruhe und ohne Aktions- und Plenastress wichtige Debatten geführt werden konnten. Daran halten wir auch trotz der Vorbehalte gegenüber Ort und Form, die aus unterschiedlichen Richtungen geäußert wurden, fest. Es ist natürlich bedauerlich, dass einige Menschen dem Forum aus diesen Gründen ferngeblieben sind.

[1] Die zentralen Fragestellungen des Forums finden sich in der Einladung zum Forum unter www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp03/web/public_html/main.php?seite=4&projekt=kongress

[2] Für eine ausführlichere Darstellung der zentralen Diskussionsstränge möchten wir auf unseren Beitrag im Webjournal vom 3.8. 2003 verweisen: „Zeit und Raum für Diskussion" www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp03/web/public_html/main.php?text=217&projekt=camp

Allerdings stößt das Ausspielen von Praxis gegen Theorie, wie vereinzelt auf dem inhaltlichen Eröffnungsplenum des Camps und anderswo geschehen, bei uns auf Unverständnis, gerade weil das Forum lediglich in dem Sinne ein Novum war, dass neben den inhaltlichen Diskussionen keine Aktionen stattfanden, das Camp aber schon immer beides war. Politische Praxis und theoretische Diskussion können nicht getrennt gedacht bzw. praktiziert werden. Sie bedürfen sich schon allein der gegenseitigen Überprüfung und Anregung wegen.

Äußerst schade fanden und finden wir die fehlende Beteiligung des Ex-Land in Sicht Tage (LiS)[3] Vorbereitungskreises an dem Forum. Nach der allgemeinen Unzufriedenheit mit dem Camp-Sommer 2002 wurde das Camp in Köln auch damit begründet, dass dieser Kompromißvorschlag die getrennten Vorbereitungskreise wieder zusammenzuführen vermag. Diskussionen, die im letzten Sommer auf den verschiedenen Camps stattfanden, sollten auf einem Camp und Forum(!) gemeinsam geführt werden. Das ist auf dem Forum überhaupt nicht geschehen. Da wir im Moment über die Gründe der Nichtbeteiligung fast nur spekulieren können, hoffen wir auf Nachbereitungspapiere aus dem Ex-LiS Vorbereitungskreis bzw. auf das Nachbereitungstreffen im Oktober.
Ein möglicher Grund - der oft geäußerte Vorwurf des verkürzten Antirassismus - blamiert sich ja inzwischen sowohl am Forum als auch zu einem großen Teil am Camp selbst. Die bereits im Aufruf[4] für das 6. antirassistische Grenzcamp hergestellten Verknüpfungen zwischen Rassismus und Sexismus in einem globalisierten Kapitalismus dürften eben jene KritikerInnen eines Besseren belehren. Das Forum hat darüber hinaus einmal mehr verdeutlicht, dass wir mit unserer Forderung, dass antirassistische Politik nach dem Zusammenspiel von kapitalistischer Verwertungslogik und Rassismus fragen muss, nicht allein sind. Sowohl in einzelnen Workshops als auch auf dem Abschlussplenum des Forums wurde nach Möglichkeiten der Bündelung von verschiedenen linken Kämpfen gesucht bzw. diese für absolut notwendig erachtet (s. auch Camp04?).

Forum goes Grenzcamp

Die Übermittlung von Inhalten aus dem Forum in das Grenzcamp ist aus verschiedenen Gründen nur bedingt gelungen. Dass das Forum und das Camp eine inhaltliche Einheit darstellen, zeigte sich allerdings zumindest an den vielfach bereits im Vorfeld vorbereiteten Aktionen, die sich thematisch zum großen Teil mit den Inhalten des Forum deckten. So setzte sich z.B. die theoretische Diskussion über Migration und Arbeit in konkreten Aktionen im und am Arbeitsamt und im Jobcenter um.
War das Abschlussplenum des Forums, das bereits nicht mehr in der Hochschule sondern im großen Zelt auf dem Campgelände stattfand, noch ein äußerst gelungener Versuch, Inhalte vom Forum auf das Camp zu tragen, offenbarte das inhaltliche Eröffnungsplenum des Grenzcamps die Grenzen dieses Versuches.

Das Abschlussplenum des Forums fanden wir vor allem deswegen gelungen, weil in den Inputreferaten der drei eingeladenen Gruppen kanak attak, elixir-a und Karawane für die Rechte der Flüchlinge und MigrantInnen deutlich wurde, dass während des Forums ein Austausch zwischen ihnen und anderen ForumsteilnehmerInnen stattgefunden hatte. So haben sich vor allem kanak attak und elixir-a der Kritik an ihrem politischen Selbstverständnis und ihrer politischen Praxis gestellt. Im Fall der von elixir-a betriebenen Kampagne gegen Lohnbetrug stellte die Gruppe klar, dass sie sich dem Spannungsfeld zwischen der notwendigen Forderung nach dem Recht auf Zugang zu Arbeit und einer ebenso notwendigen allgemeinen Kritik der Arbeit durchaus bewusst sind. Kanak attak nutzte die Gelegenheit, um Missverständnisse in bezug auf ihre Kampagne für das Recht auf Legalisierung aus dem Weg zu räumen. Es ginge eben nicht darum, „Flüchtlinge und MigrantInnen zu retten", sondern das Thema Legalisierung aufzugreifen, da es sich bereits in einer breiteren Diskussion befände. Diese Kampagne wäre nicht eine bloße Reaktion auf rassistische Verhältnisse sondern es verbände sich mit ihr die Hoffnung, Antirassismus und linke Politik allgemein in die Offensive zu bringen.

In bezug auf das inhaltliche Eröffnungsplenums des Camps müssen wir zum einen selbstkritisch anmerken, dass wir als Moderation nur schlecht in der Lage waren, die zentralen Diskussionsstränge des Forums einer breiteren Campöffentlichkeit, also auch den Menschen, die das Forum nicht besucht hatten, zugänglich zu machen. Zum anderen gab es einige CampteilnehmerInnen, die dem Forum distanziert gegenüberstanden und auch solche, die scheinbar weder auf dem Forum noch auf dem Camp an inhaltlichen Auseinandersetzungen interessiert waren und beidem einfach fernblieben. Gerade während und nach diesem Plenum waren wir erschrocken darüber, welcher Selbstläufer das Grenzcamp inzwischen geworden ist. Uns erschien es, als ob es nur wenige Menschen auf dem Camp für nötig erachtet hatten, sich im Vorfeld mit den Inhalten des Camps auseinanderzusetzen, d.h. sich wenigstens mal für den Aufruf zu interessieren.

[3] Im Sommer 2002 gab es aufgrund von politisch-inhaltlichen Differenzen mehrere „Grenzcamps". Zum einen das antirassistische Grenzcamp in Jena und zum anderen die Land in Sicht Tage in Hamburg. Während das Camp in Jena unter dem Motto For Free Movement stand und eine intensive Zusammenarbeit zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund forcierte, setzte das Camp in Hamburg an, Rechtspopulismus und autoritäre Formierung zu thematisieren.

[4] Aufruf s. www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp03/web/public_html/main.php?text=33&projekt=camp

Mit einer gewissen zeitlichen Distanz haben wir diese Position allerdings relativiert und gehen inzwischen davon aus, dass es sich hierbei weder um ein Spezifikum des Grenzcamps noch um eine furchtbar neue Entwicklung handelt.

Kontroverse(n) auf dem Camp

Die eigentlich fürs Forum vorgesehene Auseinandersetzung zwischen der Ex-LiS und der Ex-Jena Vorbereitung entflammte erst während des Camps. Auf dem Forum sollten in dieser Hinsicht vor allem zwei Fragen diskutiert werden. Zum einen ob antirassistische Politik notwendigerweise eine Kooperation zwischen Flüchtlingen, MigrantInnen und Menschen ohne Flucht- und Migrationshintergrund beinhalten muss. Zum anderen inwieweit das Camp einen antirassistischen Fokus haben soll oder besser wechselnde Themenschwerpunkte, damit mehrere Herrschaftsverhältnisse und deren Verknüpfung in das Blickfeld geraten.
Eine konstruktive Diskussion wurde dann aber dadurch erschwert, dass die Diskussion mit Hilfe von polemischen Vorwürfen und wechselseitigen Anschuldigungen angestoßen wurde. Der teilweise Versuch der Personalisierung der Diskussion und die Forderung nach Rausschmiss des Initiators der Diskussion ließen zeitweilig eine tribunalartige Stimmung entstehen. Die Vielschichtigkeit der Debatten und die darin auftretenden Widersprüche ließen sich im Verlauf der Plena leider nicht immer klar fassen. Scheindebatten wurden ausgetragen, Machtpolitik betrieben (z.B. durch Klatschen, Bejubeln von Redebeiträgen, Ausschlussforderung, Rassismusvorwurf) und alte Animositäten gepflegt.

An dieser Stelle seien noch ein paar Worte zur Plenums- bzw. Diskussionskultur allgemein erlaubt: Bei einigen CampteilnehmerInnen entstand auch deswegen ein gewisser Plenumsfrust, weil Diskussionen oft als langatmig und wenig kooperativ erlebt wurden, gemeinsame Begriffe und Erfahrungen vermisst wurden. Mag sein, dass in diesem Jahr die Art und Weise unbefriedigender war als in den letzten und dadurch ein Verfolgen der Diskussionsstränge für den „nicht eingeweihten Kern" erschwert wurde. Dennoch sind methodische Veränderungsvorschläge kein Allheilmittel zum Beheben inhaltlicher Konflikte. Methoden können unterstützend wirken, sie garantieren aber z.B. keinen Abbau von Hierarchien. Es muss darüber hinaus auch der Wille, auf einander zuzugehen bzw. die andere Position verstehen zu wollen, erkennbar sein. Die Eigenverantwortlichkeit bzgl. des Plenumsablaufs wird durch die Verwendung anderer Methoden nicht aufgehoben.

Doch zurück zu der Kontroverse zwischen der Ex-LiS und der Ex-Jena Vorbereitung. Die Differenzen sollten und wurden im Verlauf des Camps dann auch z.T. auf politischer Ebene bzgl. unterschiedlicher Herangehensweisen an linke (antirassistische) Politik diskutiert.[5] Bei der Frage nach der Notwendigkeit der Zusammenarbeit zwischen Flüchtlingen, MigrantInnen und Menschen ohne Flucht- und Migrationshintergrund zeichneten sich unterschiedliche Standpunkte ab. Aus dem Ex-LiS Vorbereitungskreis verlautete, dass die Frage bereits falsch gestellt wäre: Nicht die Forderung nach Zusammenarbeit sollte ständig wiederholt werden, sondern besser bisher gemachte Erfahrungen kritisch ausgewertet werden. Anstelle einer gleichberechtigten Zusammenarbeit fanden Menschen aus dem Ex-LiS Zuammenhang zumindest bei einer Flüchtlingsselbstorganisation bereits fertige Kampagnen vor, die mensch einfach nur füllen sollte, aber nicht mehr inhaltlich mitbestimmen konnte. Auch vor diesem Hintergrund wurde der Anspruch formuliert, dass die Partizipation in politischen Kämpfen abhängig davon sein sollte, ob mensch sich (mit der eigenen Betroffenheit) in ihnen wieder findet. Es sind vor allem weiß-deutsche antirassistische Gruppen und Einzelpersonen, die aus moralischen Gründen mit Flüchtlingen und MigrantInnen zusammenarbeiten, denen die (berechtigte) Kritik aus dem Ex-LiS Vorbereitungskreis gilt. Der Vorwurf lautet(e), sie ließen sich vor den Karren der Flüchtlingsorganisation spannen und moralische Scheuklappen aufziehen.

Diese Vorwürfe werden jedoch recht haltlos, wenn mensch sich die

[5] Hier sei eine ausführliche Dokumentation des Zwischenplenums im Webjournal, in dem diese unterschiedlichen Herangehensweisen politisch diskutiert werden, empfohlen (www.nadir.org/nadir/kampagnen/camp03/web/public_html/main.php?text=220&projekt=camp).

Überlegungen der „Gegenseite", also eines Teils der Ex-Jenaer Vorbereitung genauer anschaut: Ihrer Analyse nach trennt, entrechtet und hierarchisiert Rassismus und ist ein „komplexes System fein abgestufter, fließend ineinander übergehender Ein- und Ausschlussmechanismen". Einerseits wird deshalb eine gemischte Organisierung notwendig, um diese Trennungslogik aufzubrechen. Da es aufgrund von Rassismus verschiedene Lebensrealitäten und somit zunächst auch unterschiedliche politische Ziele zwischen Menschen mit und ohne Flucht- und Migrationshintergrund gibt, sollten auch weiß-deutsche Linke antirassistisches Engagement im eigenen Interesse betreiben bzw. die Auseinandersetzung jenseits der gesellschaftlich vorgegebenen Trennlinien suchen. Andererseits bedarf es der Erfahrung und des Wissens aller, um die Herrschaftsverhältnisse erschließen zu können. Diese politische Begründung hat nichts mit einem moralisch erpressbaren Antirassismus gemein und sollte deshalb auch nicht Ziel der Anwürfe aus dem Ex-LiS-Zusammenhang sein. Wenn die Ergebnisse der bisherigen sogenannten Extrameetings[6] mit in Betracht gezogen werden, werden die Vorwürfe des Ex-LiS Zusammenhang zumindest in Bezug auf den Ex-Jena Zusammenhang noch weniger zutreffend. Bei diesen Treffen zwischen The Voice, der Brandenburger Flüchtlingsinitiative und weiß- deutschen AntirassistInnen wurde Grundsätzliches wie Sexismus und Differenzen im Bezug auf Perspektiven (z.B. an Hand der Slogans: „No border, no nation" oder „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört.") erörtert. Dass diese Treffen die Unterschiede nicht beseitigen können, liegt auf der Hand. Dennoch hat eine Annäherung und vor allen eine Auseinandersetzung stattgefunden. Solch ein Austausch von Standpunkten ist wichtig für das Kennenlernen verschiedener Wahrnehmungen und damit eine Voraussetzung für eine Weiterentwicklung der eigenen Position. Auch ein Slogan des Camps in Fürth: „Your liberation is bound up with mine" kann in diesem Zusammenhang als Versuch, Gemeinsamkeiten in den Kämpfen verschiedener Gruppen zu finden, gesehen werden. Doch beide Aspekte sind von Leuten aus den Ex-LiS Vorbereitungskreis eher ignoriert worden.

Camp 04?

Generell finden wir ein erneutes Camp wichtig. Schon allein deswegen, weil wir die bestehenden bundesweiten Strukturen, die gemischte Organisierung innerhalb des Grenzcampzusammenhangs und einen bestimmten Diskussionsstand nicht leichtfertig aufgeben wollen. Wir plädieren jedoch für eine inhaltliche Erweiterung des Camps. Allerdings geht es dabei eher darum, bereits stattfindende Entwicklungen aufzugreifen und zu verstärken, denn wie bereits oben ausgeführt, hat das diesjährige Grenzcamp sehr wohl schon das Zusammenspiel verschiedener Herrschaftsverhältnisse thematisiert. Eine mögliche Perspektive hat sich unter anderem auch auf dem Forum ergeben. Besonders in dem Workshop zu Arbeit und Migration wurde deutlich, dass Anschlussstellen zwischen sozialen, antirassistischen und antisexistischen Kämpfen möglich und notwendig sind, da die Prekärisierung von Arbeitsverhältnissen nicht mehr nur auf MigrantInnen beschränkt ist, sondern in zunehmenden Maße auch Menschen mit deutschen Pass betrifft.
Anstelle also ein „antirassistisches Grenzcamp" zu veranstalten, möchten wir Antirassismus nicht nur theoretisch sondern auch praktisch in einen größeren inhaltlichen Rahmen stellen. Anhand der sogenannten sozialen Frage könnten wir uns vorstellen, das Zusammenspiel von Rassismus, Sexismus, etc. im Kapitalismus zu thematisieren und bekämpfen: Die Regelung des Zugangs zu gesellschaftlichen Ressourcen über die Staatsangehörigkeit (Nationalismus, Rassismus), geschlechtsspezifische und rassistische Aspekte bei der Prekärisierung von Arbeitsverhältnissen (Rassismus, Sexismus) sowie die Kritik an einer Gesellschaft, in der mensch arbeiten muss, um essen zu dürfen (Kapitalismuskritik).

Repression — Stand der Dinge

Nachdem das Camp vorzeitig gewaltsam von der Polizei aufgelöst wurde, haben inzwischen CamperInnen aus den verschiedensten Städten Deutschlands Post von der Kölner Polizei erhalten. All diese Briefe enthalten dieselben Vorwürfe: „Landfriedensbruch, Verstoß gg. das Versammlungsgesetz und Gefährliche Körperverletzung am 09.08.2003 ... im Z. m. dem Grenzcamp". Auch CamperInnen, die „freiwillig" vorzeitig den Kessel verlassen haben und Menschen, die gar nicht auf dem Grenzcamp waren, sondern am Samstagmorgen in Poll einen Platzverweis erhielten oder lediglich am Abend auf der Solidemo durch die Kölner Innenstadt festgenommen wurden, haben einen solchen Brief erhalten. Die Tatsache, dass unabhängig vom Ort der Datenerfassung am Samstag die Polizei an alle den gleichen Vernehmungsbogen mit pauschalen Vorwürfen verschickt, zeigt, dass sie nichts Konkretes in der Hand hat und hofft, durch Aussagen erst zu konkreten Vorwürfen zu kommen und somit das Camp nachträglich zu kriminalisieren. All diejenigen in Leipzig, die auch diese Briefe erhalten haben: Bitte meldet euch bei uns, damit wir das weitere Vorgehen gemeinsam mit euch abstimmen können: antira-leipzig@nadir.org!

[6] Die Extra-Meetings sind im Vorfeld des Camps in Jena entstanden und soll(t)en Zeit und Raum für inhaltiche Diskussionen zwischen weiß-deutschen Antiras und selbst-organisierten Flüchtlingen und MigrantInnen geben, als Ergänzung zu den bundesweiten Campvorbereitungs-treffen sozusagen.

Mit der Revolution in Kuba[1]...

...wurde gleichzeitig ein politisches Symbol geboren.

[1] 1959

Ursprünglich ein nationaler, antiimperialistischer Befreiungskampf mit sozialreformerischen Inhalten welcher sich gegen das Terrorregime Batista y Zalvidars wendete und starken Rückhalt in der bürgerlichen Gesellschaft fand. Letzteres vor allem dadurch dass sich die Führung der Bewegung des Julio 26., vorwiegend aus dem bürgerlichen Mittelstand rekrutierte und diese mit ihrer „Verknüpfung romantischen Idealismus, unbestechlicher Jugend, autoritärer Demokratie und gesellschaftlichem Egalitismus", ein klassisch jakobinisches Ideal vertraten. So äußerte sich Castro in einer Rede nach seinem Antritt als Regierungschef, die Revolution wäre weder „ kapitalistisch noch kommunistisch. Denn der Kapitalismus gibt den Menschen preis, der Kommunismus mit seinen totalitären Vorstellungen opfert seine Rechte."
Erst 1961, verkündet der Staat dennoch seinen „sozialistischen Charakter", was auf den Schulterschluss mit der Sowjetunion zurückzuführen ist, denn diese war die einzige Kraft, die Kuba aus ihrer „ Nachrevolutionären „Not helfen konnte. Nicht nur um sich vor der von Amerika propagierten Eskalationspolitik[2] zu schützen, sondern auch um Versorgungslücken schließen und die Abnahme der in Kuba produzierten Güter zu gewährleisten. An diesem Punkt


Immer

zog nun der von Castro abgelehnte Totalitarismus ins Land. Im Zuge der Kubakrise wurde die zentralamerikanische Insel mehr und mehr zum Spielplatz Amerikas und der UdSSR, was eine verstärkte Staatsrepression gegen Oppositionelle, ja fast einer Art Gleichschaltungspolitik führte, die sich über 1990 hinaus erhalten hat. Heute jedoch aufgrund der wirtschaftlichen Annäherungen Kubas an den Westen, tendenziell reduziert wird.
Nichts desto trotz gilt Kuba immer noch als Vorbild für eine ganze Generation Schwarz-Weiß-Denker, die diesem Ereignis weniger historischen als rein idealistischen Wert zusprechen, den sie aus ihrer unkritischen Ablehnung der Widersprüche in diesem System speisen. Vor allem in Lateinamerika reißt diese Tradition nicht ab, lineare Betrachtung der Verhältnisse , führt zwangsläufig zu einem Gut und Böse- Verständnis, was dann, nach eben dieser Einteilung, die Reproduktion von Rassismus, Antisemitismus, Sexismus fördert. Dieses Denken ist jedoch nicht mit europäischen Verhältnissen gleichzusetzen, es ist nicht manifest, weil nicht historisch gewachsen, denn für

[2] Verwiesen sei hier auf das „Containment"- Konzept und darauf folgend das sogenannte „Roll back", letzteres formulieret den Willen der USA, jegliche kommunistischen und damit freiheitsgefährdenden, Bewegungen, mit aller Macht zu bekämpfen. Letztendlich handelte es sich dabei jedoch um ein, salopp gesagt, um ein peinliches" public relation"- Manöver.

die meisten geht es nicht um große emanzipatorische Ansprüche sondern ausschließlich um das Überleben, deshalb verfangen sich die Bewegungen immer wieder in Widersprüchen So wie in Kuba oder China, wo sich die Divergenz zwischen Anspruch und Realität nicht mal mehr duch Zensur schön (rot) färben lassen . Ihm gleich zu tun versuchen es nun Bolivianische „Freiheitskämpfer". Aufgeweckt durch das Vorhaben der Regierung Gas, zu Billigpreisen, über Peru oder Chile, an die USA zu verkaufen, vereinigten sich Trotzkisten, Castristen, Kommunisten, Nationalisten, Indigenas und die Landlosenbewegung hinter einem neuen Idol für die Welt - Evo Morales, ein Aymara-Indio, der für das Präsidentenamt in Bolivien kandidierte, jedoch knapp verlor. Seine durch und durch ungleiche Fangemeinde verbindet eine „antineoliberale" und „antikapitalistische" Haltung, dies und vielmehr auch nicht besagen auch die Hauptforderungen Morales' Partei „Bewegung zum Sozialismus". „Die Armen haben das Recht sich des Reichtums zu bemächtigen" lautet eine Parole, gemeint ist, ganz altbacken, sie mögen sich doch die Produktionsmittel aneignen und dann ihren Arbeitskraftverkauf (an die industriell fortgeschrittenen Länder, an wen denn



diese

sonst) selbst in die Hände nehmen, sie tragen den Wunsch nach Sicherheit durch Arbeit vor sich her. Zur Zeit verdient die Mehrheit der Bolivianer, insbesondere die Indigenas, weniger als einen US-Dollar am Tag, damit ist es nicht möglich ihre Familien zu ernähren, die Konsequenz, sie sehnen sich nach mehr und selbstverwalteter Arbeit. Der Weg auf den sie sich gemacht haben gleicht dem Kubas, das hat schon nicht funktioniert, vielmehr ist es unreflektierter linker Mist.
Bisher hat Morales, nichts innovatives von sich gegeben. Lateinamerika, nicht nur Bolivien, steckt in der Krise, von Emanzipation keine Spur, schnell soll es gehen,(deshalb schmerzhaft?) Die meisten Linken hängen einer Art traditioneller Rebellion an, lesen Gramsci und hoffen eines Tages neben dem Bild Ché Guevaras, der ebenso in Bolivien für Sozialismus kämpfte, im Nationalmuseum zu hängen . So schleppt sich Lateinamerika von einem Helden zum anderen, dreht sich dabei im Kreis, kommt aber wenigstens nicht aus der „ revolutionären" Übung.



Widersprüche.

Antikapitalismus-AG des BgR Leipzig

Stecker raus statt Gegenstrom

Dieser Text diente als Grundlage für das Referat des BgR im Rahmen der bundesweiten jungle world- Veranstaltungsreihe: „work hard - die young" im Oktober 2003

Vor die Aufgabe gestellt, sich zur Linken und deren Verhältnis zur sozialen Frage zu positionieren, sollte eingangs die Begrifflichkeit als solche geklärt werden, damit man auch das Selbe meint, wenn man meint, vom Selben zu sprechen.
Die Problematik dabei erschließt sich schon bei der Betrachtung, wer sich zur sozialen Frage äußert und welche Ziele dabei verfolgt werden. Sofort fällt ins Auge, dass sich sowohl Gewerkschaften wie Regierung, Nazis und Antifas, GlobalisierungskritikerInnen und deren KritikerInnen in irgendeiner Form die Verwendung der Begrifflichkeit „soziale Frage" zueigen gemacht haben. Lässt sich also feststellen, dass es dem Thema ähnlich geht wie z.B. der Globalisierung.

Soziale Frage?

Die radikale Linke hat sich die Überwindung der kapitalistischen hin zu einer emanzipatorischen Gesellschaft auf die Fahnen geschrieben. Die soziale Frage – so man denn an diesem Punkt aus Gründen der Verständlichkeit noch an dieser Begrifflichkeit festhält – kann also nur in derart gestellt werden, dass man darunter die Analyse versteht, welche gesellschaftlichen Prinzipien und Prozesse ursächlich ausgemacht werden, dass es eine soziale Gleichheit nicht gibt und es diese im Kapitalismus - ohne ein Geheimnis zu verraten - nicht geben wird.
Idealisiert betrachtet, ist es durchaus vorstellbar, dass sich etwa eine Chancengleichheit jenseits von Kriterien wie Geschlecht, Hautfarbe, Religion etc. etablieren könnte. Kapitalverwertung hat den Zweck der Mehrwerterzeugung und ist dafür auf die Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft angewiesen. Da die kapitalistische Gesellschaft in ihrem Grundprinzip aber auf Konkurrenz beruht und dadurch notwendigerweise die Konkurrenz der Einzelnen am Markt, um am Verwertungsprozess teilzunehmen zu können, erfordert, schließt dies in jedem Fall gleichzeitig andere MitkonkurrentInnen aus. Im Zeitalter umfassender Technisierung nimmt der Bedarf an menschlicher Arbeitskraft gegenwärtig ab. Das ist grundsätzlich eine feine Sache, doch zieht dies gleichzeitig eine verschärfte Konkurrenz um Teilhabe am Verwertungsprozess nach sich. Eine linke Position kann deshalb nur sein, diesen Zwang, sich um den Preis des Überlebens verwerten zu müssen, zu diskreditieren[1].
Es wäre schön, wenn an dieser Stelle der Erklärungsbedarf gedeckt wäre und man sich der Organisierung des Überwindungsprozesses (Kommunismus) zuwenden könnte.

Die Debatte

Da dem nicht so ist, müssen wir notwendigerweise das Comeback der sozialen Fragen in der Linken hinterfragen. Festzustellen ist, dass die eingangs aufgeworfene Betrachtungsweise, also eine generelle Infragestellung kapitalistischer Prinzipien bei keiner der an der Aushandlung des sozialen Friedens beteiligten Parteien wiederzufinden ist. Das allgemeine Verständnis von sozialer Frage beinhaltet eine Verhandlung, wie viel Verteilungsgerechtigkeit gesellschaftlich als tragbar erachtet wird. Diese wird weniger aus humanitären Motiven gewollt, als vielmehr als Einsicht aus der Erfahrung gewonnen, dass sich darüber eine gesellschaftliche Anerkennung der Institution Staat als Regulator im verrechtlichten (deswegen ja auch z.B. auch Tarif*vertrag*) und damit für alle bindenden Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern herstellen lässt. Wenn Regierung und BDI die soziale Frage aufwerfen, meinen sie in der Regel den Abbau des Sozialstaates zugunsten der Senkung der Lohnnebenkosten durch Erhöhung der Sozialabgaben für Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherung. Die verfolgten Ziele heißen u.a. Sicherung des Standortes Deutschland und konstante Profitraten. Die nach wie vor anerkannten, wenn auch allseits

[1] Siehe dazu die dokumentierte Veranstaltungsreihe „Arbeiten lassen" www.nadir.org/bgr

in Verruf geratenen Verhandlungspartnerinnen sind die Gewerkschaften. Diese und das ist keineswegs neu in der Entwicklung, haben bis dato jede Schweinerei mitgetragen: Nullrunden, also Reallohnsenkungen, unbezahlte Mehrarbeit legitimiert, Feiertage gestrichen, Zwangsarbeit für SozialhilfeempfängerInnen durchgesetzt, Hetzkampagnen gegen Schwarzarbeit und Illegale in letzter Zeit vermehrt gegen Schmarotzer und die Drangsalierung von Arbeitslosen mitgetragen. Die Reihe ließe sich beliebig erweitern. Standortsicherung aus dem Lehrbuch – geht es Deutschland gut geht es den Deutschen gut. Das darüber definierte Gemeinwohl wird auch in Stellung gebracht, um die nur noch auf Haltung des momentanen Standards angelegten Tarifauseinandersetzungen zu rechtfertigen. Kein Wort mehr von Verbesserung und realen Erhöhungen. Das würde zwar an den Grundfesten der Gesellschaft auch nicht rütteln, könnte aber zumindest Ausdruck davon sein, das ausnahmsweise nicht der Staat oder die Gemeinschaft im Vordergrund steht, sondern eventuell das eigene Befinden, das sich nicht um die Stabilität des Ganzen schert. Da es unfair wäre, alle GewerkschafterInnen über einen Kamm zu scheren, sei an dieser Stelle insofern differenziert, dass es durchaus ehrlich gemeinte Engagements gibt, die sich gegen die nationalistische oftmals rassistische Aufladung der Diskussionen um Kürzungen im sozialen Bereich artikulieren. Aber muss denen auch die Portion Naivität vorgehalten werden, die sie an den Tag legen müssen, wenn sie die reale Entwicklung der Diskussionen ins Verhältnis zu ihrer eigenen Wirkungsmächtigkeit setzen. Faktisch geht es, wenn über soziale Leistungen gesprochen wird, immer um die für Deutsche.

Eine Zwischenbilanz offenbart genügend Gründe für eine radikale Linke zu intervenieren, nur keinen positiven Anknüpfungspunkt. Der einzige und auch durchaus plausible Grund für Linke, sich Sozialabbau zu widmen – und etwas anderes beinhaltet auch die aktuelle linken Bezugnahme auf die Debatte um soziale Frage nicht – ist allerorten die Angst um die eigene Existenz. Es heißt Pfründe zu sichern, denn die augenblicklichen Veränderungen deuten doch auf die Ernsthaftigkeit hin, mit der dieses Unterfangen durchexerziert wird. Heißt es nun Hartz XY oder Rürup 007.

Der einzige und auch durchaus plausible Grund für Linke, sich Sozialabbau zu widmen ist allerorten die Angst um die eigene Existenz.

Durchaus der Tatsache bewusst, dass man bei der Forderung an staatlich garantierte Sicherungssysteme einen gewaltigen Spagat zur eigenen Staatskritik hinlegen muss, wird diese Tatsache sehr leicht als unumgänglich akzeptiert oder aber auf das Darüberhinausweisen der eigenen radikaleren Forderungen verwiesen. Sozusagen ein Konzept: Erhalt des Sozialstaats als Etappenziel zum Kommunismus. Klingt irgendwie logisch, ist aber in Anbetracht der gesellschaftlichen Marginalität der radikalen Linken und vor allem auch der völligen Inakzeptanz dieser Positionen innerhalb von Gewerkschaftskreisen schlichtweg Unsinn.

„Sozialhilfe unter Palmen wird es künftig nicht mehr geben."

An niemandem dürfte vorbeigegangen sein, dass nicht nur die Forderungen bezüglich der Intensität des Sozialabbaus, sondern auch der Ton der Debatte schärfer und ungezwungener geworden ist. Landesweit wird zur Hetzjagd auf Sozialbetrüger, die man angeblich ohne historische Assoziationen zum Umgang mit selbigen, als Schmarotzer und Parasiten bezeichnet, geblasen. Kein Tag, an dem nicht medial reißerisch aufbereitet Zahlen präsentiert werden, wie viel der unberechtigte Bezug von Sozialleistungen die Ehrlichen unter uns wieder gekostet hat. Kein Tag, an dem nicht die unbedingte Notwendigkeit der Sanktionierung solchen Betruges an der Gemeinschaft gefordert wird.

Die Antwort darauf - und das ist mehr als haarsträubend - ist nicht etwa eine Zurückweisung des Duktus und den sehr wohl damit verbundenen Appellen an Ressentiments, deren Vorhandensein in deutschen Köpfen keine Seltenheit darstellt. Vielmehr wird als Antwort auf den Vorwurf des Schmarotzens der unbedingte Arbeitswille versichert. Die vorhandene Bereitschaft, unzumutbarste Bedingungen in Kauf zu nehmen, nur um sich durch Teilnahme am Arbeitsalltag der Teilhabe an der und Anerkennung durch die Gesellschaft gewiss zu sein. Es gilt festzustellen, dass die beliebte Formel „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt" genauso breite Zustimmung erfährt, wie Einsicht, die Agenda 2010 ist unabdingbar für die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands also für das halluzinierte Gemeinwohl der Deutschen. Dieses Denken ist, wie Holger Schatz im Bezug auf die Bereitschaft, beim Krisenmanagement 2010 im Stile eines Fahrradfahrers – nach oben buckeln, nach unten treten –mitzutun, feststellte[2], eher ein Fall für die Couch als für aufklärerische Intervention.

Allein diese Unterwürfigkeit und die Überidentifikation über Arbeit mit dem deutschen Kollektiv und gleichzeitig die Angst und der Hass auf die Herausgefallenen, zu denen man um nichts in der Welt zugerechnet werden will, sollten bei aller linken Sozialromantik die Alarmglocken schrillen lassen! Dass das zwar noch in Teilen der radikalen Restlinken und in Theorie-

[2] Jungle World, 18.6.2003

gruppen geschieht, soll hier keineswegs verschwiegen werden. Ebenso wenig aber auch die durchgängig positive Bezugnahme auf Arbeit und die damit einhergehende Affirmation deren Zwangscharakters durch den überwiegenden Teil der GlobalisierungskritikerInnen. Über Gewerkschaften und Parteien braucht man an dieser Stelle kein Wort mehr zu verlieren. Angesichts einer eingestandenen Sockelarbeitslosigkeit von ca. 4 Millionen (in D.), wäre doch das Mindeste an linker Forderung, eine Arbeitsfreistellung für diejenigen einzufordern, für die ein Leben mit einem halbwegs akzeptablen Einkommen auch ohne Arbeit - im herkömmlichen Sinne - die geringere Zumutung gegenüber dem Arbeitsleben darstellt. Dass mit der positiven Bezugnahme auf das Identifikationsmoment Arbeit Ausschlüsse produziert werden, nämlich genau Jener, die nicht arbeiten können oder auch wirklich nicht wollen, ist schlimm genug. Hinzu kommt im öffentlichen Diskurs eine verstärkte Kritik an Abfindungsleistungen für Manager, an Steuerflüchtlingen, Entlohnung sogenannter Fußballmillionäre, also Personen, die überdimensional viel Geld für angeblich verhältnismäßig wenig Leistung in Anspruch nehmen. Die gesellschaftliche Wirkung von tatsächlich stattfindenden Sanktionierungen gegen Schmarotzer besteht darin, dass in gewissem Maße auch tatsächlich eine Reinigung in Sinne von Läuterung stattfindet und bei den Betrügern an den Gemeinschaftsgeist appelliert wird, während über die Wahrnehmung solcher Akte in der Bevölkerung ein Gefühl von Gerechtigkeit und Zusammengehörigkeit bestärkt wird. Ehrlichkeit und Tugendhaftigkeit als eherne Garanten der deutschen Volksgemeinschaft. Dass Neid und Hass sich dabei aus Ideologie speisen, dafür spricht die Tatsache, dass in der Regel die Neider und Hasser, die nicht selten einer weiteren beliebten deutschen Betätigung - der Denunziation nachgehen- in keiner Weise materielle Vorteile davontragen. Einzig und allein die Gewissheit und Schadenfreude, dass andere nicht haben, was man selbst nicht bekommt ist für die Intension ausschlaggebend. (anstatt zum Arzt von Florida-Rolf zu gehen und dessen Attest „ein Aufenthalt in Deutschland sei für den Therapieverlauf nicht zumutbar" zu adaptieren)

„... wäre doch das Mindeste an linker Forderung, eine Arbeitsfreistellung für diejenigen einzufordern, für die ein Leben mit einem halbwegs akzeptablen Einkommen auch ohne Arbeit ... die geringere Zumutung ... darstellt."

Kapitalismus verstehen

Der augenblicklich stattfindende Hype der Thematisierung soziale Frage in der Linken muss insofern verwundern, da es sich tatsächlich um ein Zurückfallen hinter Diskussionen handelt, die sich um vermeintlich klassenkämpferische Antwort auf die Bezugnahme auf die soziale Frage durch die Nazis Ende der 90er drehte. Als Beleg ein Exkurs ins Jahr 98 zum 1.Mai-Aufruf des BgR:

„Gegen die Verräter und Feinde wird die Gemeinschaft, das Volk, die Klasse, die Masse mobilisiert, der Kampf beschworen; es wird rhetorisch „Dampf gemacht" und „Gas gegeben", was darauf hinausläuft, den beim deutschen Publikum abrufbaren latenten oder manifesten gemeinsamen Vernichtungswunsch gegen Volksschädlinge für die eigene Mobilisierungszwecke zu nutzen.

Gleiches gilt allgemein für alle Linken, die ihre Politik in Deutschland auf die „soziale Frage", auf den angeblichen Grundwiderspruch zwischen herrschender Klasse und unterdrückter arbeitender Bevölkerung hin ausrichten, und in irgendeiner Weise an das verbreitete Ressentiment gegen „die da oben, die das Volk verraten", appellieren. Der Kapitalbegriff dieser KlassenkämpferInnen und sozial Bewegten besteht in der Regel aus wenig mehr als der Überzeugung, daß Geld die Welt regiert und die Bevölkerung von Bonzen, Banken und Konzernen ausgebeutet und unterdrückt und – was vielen am allerschlimmsten erscheint – individualisiert und „entwurzelt" wird. Der „Neoliberalismus" und vor allem die „Globalisierung" gelten dabei als besonders gefährliche Bedrohung – vorgeblich, weil sie zur wachsenden

Verarmung führen. In Wirklichkeit dürfte jedoch die Vorstellung einer alle nationalen und sonstigen Identitäten auflösenden Globalisierung für bodenständige deutsche Linke die Horrorvision sein, die sie weit mehr als den reinen materiellen Verlust fürchten. Dieser linke romantische Antikapitalismus, der als Kiezgemeinschaft und als regionales Bündnis „von Unten" gegen „die Herrschenden" antritt und mit selbstbestimmten Projekten und ökologisch vorbildlichen alternativen Lebensformen gegen Profit und Kommerzialisierung kämpft, richtet wie der rechte völkische Antikapitalismus gegen die RepräsentantInnen der kapitalistischen Zirkulationsspäre, gegen die Anhäufung von Reichtum ohne gesellschaftliche Verantwortung, gegen unproduktiven Konsum auf Kosten der Gemeinschaft. Deshalb war es kein Zufall, daß die Kapitalismuskritik verschiedenster linken Gruppen und Parteien immer vom völkischen Ressentiment gegen „abgehobene Intellektuelle" sowie von Antiamerikanismus und Antisemitismus (offen oder verdeckt als „Antizionismus") begleitet wurde. Nicht der Wille zu einer umfassenden Kritik von Kapital und Arbeit, sondern das Bedürfnis nach Volksnähe und Gemeinschaft im Land von Hitlers willigen Vollstreckern war hier das eigentliche Motiv für die Übernahme solcher antikapitalistischen Positionen. (..) Angesichts der (..) beschriebenen Zusammenhänge ist allen von deutschen Linken unternommenen Versuchen, sich am Maifeiertag der Nazis durch einen eigenen klassenkämpferischen Beitrag zu beteiligen, ein möglichst klägliches Scheitern zu wünschen. Wenn es überhaupt eine „soziale Frage" gibt, die am 1. Mai zu thematisieren wäre, dann betrifft sie die Lebensbedingungen jener Menschen, die im deutschen Alltag durch das Handeln der Nazis und anderer Bündnisse für deutsche Arbeit existenziell bedroht sind. Aber das ist natürlich so gut wie nie gemeint, wenn über Sozialabbau oder wachsende soziale Verelendung gejammert wird"[3]

Rassismus als Nebenwiderspruch?

Nun nehmen wir einmal an, die Linke ist sich ja auch sonst für nichts zu blöde, man agitiert mit den richtigen Argumenten, um die ganze Chose in eine halbwegs erträgliche Richtung zu drängen. Da stellte sich doch zuallererst die Frage, an wen sich in diesem Falle gewendet werden sollte?

Der augenblicklich stattfindende Hype der Thematisierung soziale Frage in der Linken muss insofern verwundern, da es sich tatsächlich um ein Zurückfallen hinter Diskusionen handelt

In Deutschland gibt es nach wie vor einen rassistischen Konsens, an der Basis in viel offenerer, antiquierterer Form als in Regierungskreisen und Wirtschaftseliten. Die unter Rot-Grün forcierte Modernisierung des Standortes Deutschland gesteht Nichtdeutschen per Gesetz bei entsprechender Eignung die Teilhabe am deutschen Wohlstand zu. Wohlgemerkt stehen dabei Nützlichkeitserwägungen und eine Kompensierung der demographischen Entwicklung im Vordergrund. Deren Rassismus tritt dann wieder hervor, wenn es darum geht, nicht verwertbare Menschen an der europäischen Außengrenze abzuweisen, weil diese potentiell nur unser Sozialsystem ausnutzen würden.

Die Linke war auch diesbezüglich in ihren Diskussionen schon mal weiter und könnte sich heute im klaren sein, was die Bezugnahme auf (revolutionäre) Subjekte angeht, würde sie nicht immer wieder von vorn beginnen. Vornehmlich antinationale Linke haben angesichts des brandschatzenden Mobs von Rostock und Hoyerswerda gegen die Thesen von „Modernisierungsverlieren" argumentiert und auf Standards insistiert, die bei der Betrachtung gesellschaftlicher Zustände nach wie vor ihre Gültigkeit haben. „Die objektive Notwendigkeit, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse zu revolutionieren, findet gerade auf nationaler Ebene kaum subjektive Entsprechung. Wer also Notwendigkeit und Subjektsuche gleichermaßen aus der sozialen Frage ableitet, steht unweigerlich vor der Tatsache, dass er es mit rassistischen und nationalistischen sozialen Subjekten zu tun hat. Keine nur soziale Klassenorientierung wird dieses Problem überwinden können. Eher ist zu befürchten, dass sie nationale oder gar nationalrevolutionäre Tendenzen in der Linken hervorbringen wird. Antinationale, antideutsche revolutionäre Politik muss daher im Kampf gegen Kapitalismus und Imperialismus die Abgrenzung von Nationalismus und Rassismus in den Mittelpunkt stellen."[4] Konsequenterweise müsste die eigene Argumentation grundlegend antinational und antirassistisch ausgerichtet sein und sich diese Kriterien bei Bündnissen als kleinster gemeinsamer Nenner etablieren. In der gegenwärtige Praxis hingegen finden sich die eigenen Prämissen nur noch als Bereicherung im pluralistischen Gemenge wieder.

Das Gespenst Globalisierung

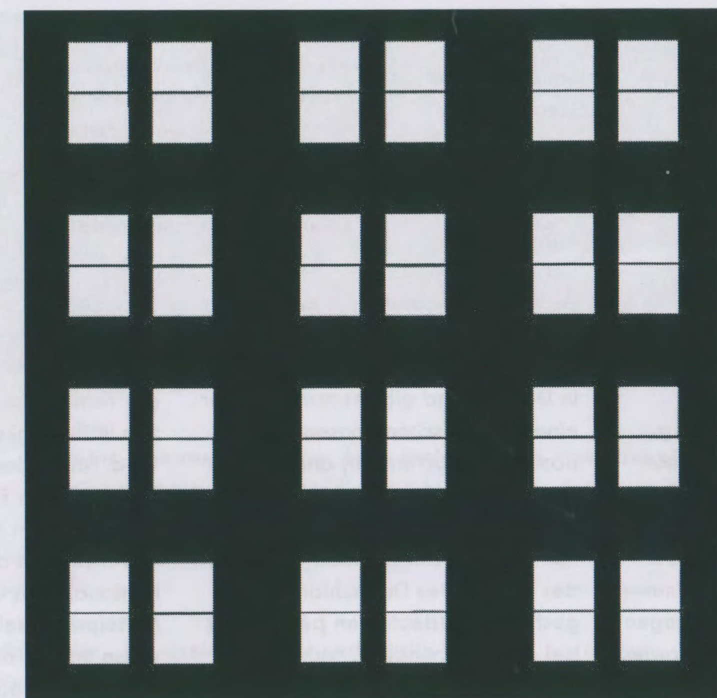
Spätestens die Polarisierungen während des Irak-Krieges haben wieder einmal offenbart, wie abrufbar Ressentiments gegenüber Kosmopolitismus, Globalisierung und insbesondere die USA in allen Bevölkerungsteilen sind. Was beim Irak-Krieg klappte, gelingt beim Thema Sozialabbau allemal. Wer kennt nicht die ExpertInnen, die detailliert über das miese Sozialsystem der Amis Bescheid wissen. Dieses Halbwissen paart sich mit Ressentiments gegen Individualisierung und Entwurzelung, das seit

[3] der vollständige Aufruf steht auf www.nadir.org/bgr

[4] Heiner Möller: Die Linke und die „soziale Frage" in Bahamas 12/93

jeher als Gegenmodell zum solidarischen, gemeinschafts-orientierten Rheinischen (Sozialstaats)Kapitalismus sozusagen als Abschreckung präsentiert wird. Die zur Dispositi-on stehenden Konzepte gelten weithin als Indiz für Amerikanisierung. Sei es die Stärkung der Eigenverantwortung in Bezug auf Lebens-unterhalt, Kürzung der Alimentierung von Unproduktiven, die teilweise Übertra-gung staatlicher Bereiche an Private Versicherungen (Rente) – sprich die stattfindende Libera-lisierung der Vorsor-ge und die Zurück-nahme staatlicher Regulierung.
Da es sich dort, wo alle gegen Antiameri-kanismus sind, nicht ziemt, offen gegen die USA zu wettern, wird dafür synonym von Globalisierung gesprochen.
Das Gegenmodell der Stunde heißt Europa. Der gemeinsame Bezug darauf wird verstärkt durch die Analyse einer als von außen, drohend über einen kommende Globalisierung, die bisweilen auch als unnatürlich beschrieben wird. Die dadurch in die Zwickmühle geratenen Nationen und Nationen-verbände (EU) werden infolgedes-sen als natürlich gewachsene und in ihrer kulturellen Vielfalt erhaltens-werte politische Gemeinschaften wahrgenommen. Da sich dabei von linker Seite mitunter die regressivs-ten bisweilen völkischen Argumen-tationen vernehmen lassen, ist es wenig verwunderlich, dass es bisher wenig Kritik an Europa als modernem Nationenmodell und an der Rolle Deutschlands dabei gibt.[5]

Auch wenn der Zeitpunkt eher Zufall als Konzept ist, schließt die Agenda 2010-Diskussion an die antiamerikanische Stimmung der Manifestationen der Friedensbe-wegung an, die einen nationalen Schulterschluss allererster Güte fabrizierte. Diese nationale Geschlossenheit trägt ihren Teil



dazu bei, dass Deutschland es den USA jetzt erst Recht beweisen wird und die Deutschen gewillt sind, im internationalen Konkurrenzkampf durch Leistung aber auch Verzicht zu bestehen.
Es gibt wohl kaum ein anderes gesellschaftliches Feld, auf dem so offenbar wird, wie nah sich alternativ-kapitalistische Konzepte und zivilgesellschaftliches Engage-ment sind. Wenn man sich im Unterton auch differenziert artikuliert, wenn man Bezug zu Nationen, Rassismus, Sexismus etc. nimmt, so bleibt doch festzustellen, dass es nur in wenigen Ausnahme-fällen um die Überwindung des Kapitalismus geht. Die allerorten entstehenden Sozialforen, geld-freien Tauschbörsen und Initiativen zur aktiven lokalpolitischen Mit-gestaltung wie bspw. gegen Cross-Border-Leasing-Abkommen oder gegen GATS verstehen sich bewusst parteiübergreifend und gipfeln in europäischen Events. Wenn sich im Herbst Hundert-tausende in Paris zum „Europäi-schen Sozialforum" einfinden werden, werden sie dem Aufruf gefolgt sein, sich „gegen einen kapitalistischen, von den größten multinationalen Konzernen und den Regierungen und internationalen Institutionen, die deren Interessen dienen, befohlenen Globalisierungsprozess (zu) wehren[6]".
Globalisierungskritische Friedensfreunde und Amerikahasser werden sich an die Konzeption von „Alternativen zum heutigen Zustand der Welt" ebenso machen, wie sie die „Angriffe, unter denen das palästinensische, tschetschenische und kurdische Volk leiden, verurteilen" werden[7]. Der Appell „an alle progressiven und sozialen Kräfte...der ganzen Welt, ihre Solidarität mit den Völkern Palästinas, Venezuelas, Boliviens und all denen, die zur Zeit gegen die Hegemonie kämpfen, zu entfalten"[8], ist von einer Linken nicht als Ausrutscher, sondern als manifeste Kampfansage an Israel und die USA zu verstehen. Diese wird nicht nur von ATTAC und Antiglobalisierungsbewegung geteilt, sondern ebenso von der Gewerkschaft verdi als Mitglied bei ATTAC toleriert und wohl in weiten Teilen auf ebenso große Zustimmung stoßen, wie in der deutschen Bevölkerung. Die Kritik an den NoGlobals ist von Bahamas über konkret bis Phase 2 in den letzten Jahren in allen Schattierun-gen und Sprecharten bis zum

[5] ausführlicher: Aufruf des BgR „Kein Frieden mit Deutschland" zum 1.9.2003 www.nadir.org/bgr

[6] Aus der Erklärung des französischen Initiativausschusses om 19.3.03 www.fse-esf.org

[7] aus dem Aufruf der sozialen Bewegungen, Porto Alegre Januar 2003

[8] ebda.

Erbrechen ausgeführt worden, dass man getrost davon ausgehen kann, dass bei all jenen, die sich nach wie vor positiv darauf beziehen, von einer Resistenz gegen Argumente ausgegangen werden muss.

Radikale Linke

Es sollte 45 Jahre dauern, bis mittels Sammelklage vor einem amerikanischen Gericht die deutsche Wirtschaft und der deutsche Staat so in die Nähe eines Imageschadens gebracht wurden, dass sie sich gezwungen sahen, eine Stiftung zur Entschädigung osteuropäischer ZwangsarbeiterInnen zu gründen. Diese wurden unter unmenschlichsten Bedingungen gezwungen, während des Nationalsozialismus den Volkswohlstand der Reichsdeutschen aufrechtzuerhalten und für deren Träume vom Tausendjährigen Reich Sklavenarbeit zu verrichten. Diese Situation und - weil wir beim Thema sind - deren soziale Situation, hat über all die Jahre niemanden wirklich interessiert. Am schäbigsten ist das zweifelsohne für eine sich als radikale Linke verstehende politische Strömung. Für den Rest der Deutschen ist es zwar nicht weniger schäbig, aber auch nicht anders zu erwarten gewesen. Die jährlichen Proteste gegen die Aktionärsversammlung der IG Farben, der Herstellerfirma von Zyklon B, waren bestenfalls Beiwerk im sich radikal gerierenden Linkssein. Eigentlich, sollte man meinen, hätte in Deutschland die soziale Frage zumindest für eine Linke die Frage nach dem Zusammenhang zwischen Wirtschaftswunder und Nichtentschädigung (z.B. der ZwangsarbeiterInnen), Volkswohlstand und Arisierung, zwischen dem gescheuten Blick ins Grundbuch und dem (materiellen) Erbe der Nazi-Verwandtschaft sein sollen. Sein sollen?
Im Text wurde schon die momentane Bedeutungslosigkeit linksradikaler Positionen benannt und auf die Gefahr hingewiesen, die eine - wie auch immer geartete - soziale Klassenorientierung mit sich bringt. Wenigstens diese Fakten sprechen dafür, die eigenen Positionen nicht durch Anbiederung an gesellschaftliche Mitgestaltung preiszugeben, sondern diese zumindest als Orientierungshilfe und Grundlage für eine Reorganisierung der Radikalen Linken parat zu haben.
Die bewegungsorientierte Zeitschrift Phase 2 gestand sich in ihrer Schwerpunktausgabe (Juni 2003) zum Thema ein, dass sie die Linke eher vor der sozialen Frage stehend verortet als bei einer sinnigen Auseinandersetzung damit. Die Beiträge bebilderten dann auch eher verschiedene Ideen, als dass sich Ansätze tatsächlich aufeinander bezogen. Als Begründung diente da schon mal, sich zum Thema äußern zu wollen, weil „Kapitalismuskritik wieder en Vogue“ sei, wie die Berliner Gruppe *f.e.l.s.* in ihrem Klassenkampfplädoyer ausführte[9]. Leider stellt f.e.l.s. damit eher die Regel als die Ausnahme dar, die jungle-world-disko im Juni steht dafür so exemplarisch wie der Aufruf von *Kritik und Praxis Berlin* zur Demo am 3.Oktober. Der Markt der Möglichkeiten bietet einiges: Aufrufe zum Generalstreik, zu Klassenkampf, zur Besetzung von Zeitarbeitsfirmen, zum Sozialkonvent, den Forderungungen „Raus aus dem Standortwettbewerb“ oder „Reden wir mit den KollegInnen am Arbeitsplatz“ bis hin zur Wiederbelebung der Rätebewegung...[10] Außer acht blieben dabei der Zustand der Aktionsfelder und der potentiellen MitstreiterInnen, über die Thomas Ebermann in konkret resümierte: „Die vernünftelnde, gegenkonzeptelnde, Reformbedarf-akzeptierende-aber-die-Reform-anders-gestaltenwollende Welt des schlaubergerischen Keynesianismus und der Gegenkonzepte ist von uns getrennt, sie will uns nicht mehr, weil sie weiß, dass es dort, wo man einige der Argumente plausibel machen könnte, eine Rebellion gegen die vorgegebene institutionelle Linie geben müsste.(...) Wir könnten also, selbst wenn wir das wollten, im Moment keinen Anschluss an gesellschaftliche Kräfte finden, die sich mit einiger Vehemenz in nicht konstruktiver, sondern egoistischer, besitzstandwahrender Absicht gegen Verschlechterungen wehren. Denn diese Kräfte gibt es nicht mehr.“[11]

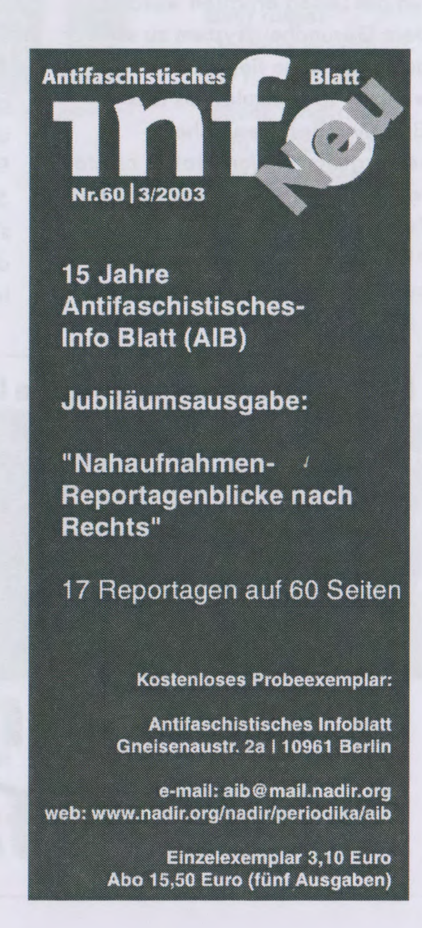
Auch wenn der Zeitpunkt eher Zufall als Konzept ist, schließt die Agenda 2010-Diskussion an die antiamerikanische Stimmung der Manifestationen der Friedensbewegung an, die einen nationalen Schulterschluss allererster Güte fabrizierte.

Oktober 2003

[9] Phase 2.08 S. 23ff.

[10] alle Bsp. Aus jungle world-Disko 18.6.-9.7.2003

[11] Konkret 7/2003, S. 39



Sozialabbau und Bildungsklau die Antwort darauf...

Agenda 2010, Hartz, Rürup die Schlagwörter stehen für die neue deutsche Härte. Die Diskussion um den Abbau des Sozialstaates schlägt zunehmend zynische Kapriolen. Ob sich die medizinische Behandlung alter Leute volkswirtschaftlich lohne, fragen die Gesundheitsreformer, während andere der Meinung sind, dass nicht die Alten, sondern die Todkranken, die mit teuren Geräten am Leben erhalten werden, dem Gesundheitssystem zu schwer auf der Tasche liegen. Weit weniger spektakulär als das Einstellen der Gesundheitsversorgung für Unrentable zerstören die anderen Bestandteile der Reformpläne – wie z.B. die Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau, zunehmender Arbeitszwang für Sozialhilfeempfänger oder 15 Euro Eintrittspreis für den Arztbesuch – nichtsdestoweniger die Existenz von Millionen von Menschen.

Die Regierungs- und Arbeitgebervertreter, die den Sozialabbau vorantreiben, tun das allerdings gar nicht aus Böswilligkeit, sondern folgen der zynischen Logik von kapitalistischen „Sachzwängen", in denen sie sich bewegen. Die Kassen sind leer und da wo die Kohle sitzt –nämlich bei den großen und mittleren Unternehmen und ihren Eigentümern (10% der BewohnerInnen der BRD besitzen 50% des Vermögens), kann mensch sie nicht holen, weil Belastungen der Kapitalbesitzer die Investitionsbedingungen verschlechtern und das Kapital zum Abwandern zwingen.

Allerdings wird diese Leier in allen Ländern der Erde gesungen und ist darauf angelegt, dass sie sich in punkto Sozialstandards und Lohnniveau gegenseitig unterbieten. Andererseits planen die wirtschaftlichen und politischen Eliten der angeblich konkurrierenden Standorte im Rahmen großer Handelsabkommen wie GATS und Strukturanpassungsprogrammen gemeinsam Angriffe auf die Lebensbedingungen der Leute, die keine Kapitalbesitzer sind (nämlich wir). Hinter der Sachzwanglogik steckt nicht mehr, als dass die Kapitalisten mit der Profitrate unzufrieden sind und deswegen versuchen, die Profitmasse zu steigern.
Dies geschieht mit zwei Methoden: erstens werden neue Bereiche (z.B. der Bildungs- oder Rentensektor) durch Privatisierungen marktförmig organisiert und so für die Kapitalverwaltung erschlossen. Zweitens scheißt mensch auf die befriedende Funktion des Sozialstaats und nimmt dem Proletariat wieder weg, was es sich über hundert Jahre erkämpft hatte.

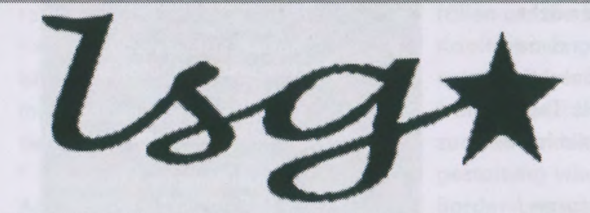
Sinnvollerweise bleibt den Angegriffenen eigentlich nur übrig, sich ebenso gemeinsam zu wehren und viele tun das auch. In Frankreich und Österreich gab es vor kurzem große politische Streiks gegen die Rentenreformpläne der Regierungen, die Ost-Metaller hatten die Arbeit niedergelegt, um auch mal Freitag nachmittags die Füße hochlegen zu können und nach wie vor wird jeder größere Gipfel von

Linke StudentInnengruppe Leipzig

Email: lsg.le@web.de

Homepage: http://lsg.fateback.com

Anschrift: lsg c/o StuRa Uni Leipzig, Augustusplatz 10-11, 04109 Leipzig



Staatschefs und Wirtschaftsbossen von mehr oder weniger heftigen Protesten gegen Sozialabbau, Privatisierungen, Ausbeutung der „Dritte-Welt-Länder", rassistische Flüchtlingspolitik, kurz gegen neoliberalen Kapitalismus, begleitet.

Auf lokaler Ebene haben in Leipzig am 19. Juni immerhin ein paar Tausend StudentInnen gegen die sächsische Hochschulpolitik protestiert, sind doch Studierende in gleicher Weise wie andere von der neoliberalen Umstrukturierung betroffen. Der Leere-Kassen-Sachzwang kürzt Stellen bzw. ganze Fakultäten, Studienbeschränkungen aller Art erhöhen Stress und Konkurrenzdenken. Die drohenden Studiengebühren würden viele aus ihrem Studium kicken, die universitäre Bildung vom sozialen Recht zur Ware machen und die/den StudentIn somit zum Kunden degradieren, dessen Zugriffsmöglichkeit auf Bildung von Preis und Wohlwollen des Ladenbesitzers abhängt.

Soll dieser Hochschulumbau gestoppt werden, müssen wir noch ein bisschen nachlegen!



Der Protest der Studierenden der letzten Jahre krankt daran, dass jeder „Reform"schritt des Hochschulabbaus isoliert betrachtet wird; dass studentische Interessen ständisch wahrgenommen, d.h. in Abgrenzung von anderen sozialen Bewegungen definiert werden, und dass sich viele auf Standort-Sachzwang- Argumente einlassen.

Wirksam kann unser Widerstand aber nur sein, wenn er die neoliberale Umstrukturierung, nicht nur der Unis, als Ganzes be- und angreift. Diese entspringt nicht der Laune von kleinen Fischen wie Milbradt oder Rößler, sondern ist Ausdruck einer Tendenz des Kapitalismus. Dieser ist u.a. bestrebt, immer neue gesellschaftliche Bereiche marktförmig zu organisieren und zu verwerten. Der politischen Umsetzung dieses Strebens können wir nur mit solidarischem, langfristigem und organisiertem Widerstand etwas entgegensetzen.

Nur Solidarität lohnt sich.
Organisieren wir uns!
Den Klassenkampf von oben von unten stoppen!

Wieder Nazis jagen?

Wer gewinnt den Volkstrauertag – Volksgemeinschaft oder Zivilgesellschaft?

Am 16.11.2003 wird in Halle der „Volkstrauertag" begangen. Antreten wird dort – analog zum letzten Jahr – ein breites Bündnis von Nazis bis zur PDS um vor allem „deutscher Opfer" zu gedenken. Mit der Infoveranstaltung am 11.11.03 will das BgR zur Gegendemonstration am 16.11.03 in Halle aufrufen.

Gegenstand der Demo ist also eine Trauerfeierlichkeit, die der deutschen Schuldabwehr, der deutschen Selbstviktimisierung und der deutschen Identitätsstiftung und Mobilisierung in der üblich üblen Tradition dient.
Verständigt werden soll sich aber auf der Veranstaltung über die Frage, in wie weit die Allianz, die sich da präsentiert, also zwischen allen – inklusive Nazis –, tatsächlich noch als typisch für den deutschen Umgang mit Nationalsozialismus und vor allem der Shoah gesehen werden kann. Wir, das BgR gehen davon aus, dass für die gegenwärtigen Verarbeitung und Verwertung deutscher Vergangenheit Nazis dysfunktional geworden sind und dass die deutsche öffentliche Auseinandersetzung vielmehr geprägt ist von zivilgesellschaftlich überformten Deutungsmustern. Die Frage, wie deutsche Mobilmachung aktuell funktioniert kann, wird am Beispiel der Erinnerungspolitik paradigmatisch zu diskutiert sein.
Dazu wird sich einE VertreterIn der Antifaschistischen Gruppe Halle die Entwicklung des ‚Volkstrauertages', die Kontinuität deutscher Schuldabwehr und die Formierung der Opfergesellschaft, die Funktionalisierung dieses Opfertums beschreiben und ein Bild machen von den Verhältnissen in Halle.
In Anschluss an eine Debatte in Phase 2 werden dann die zwei Positionen, Kritik Deutschlands als Volksgemeinschaft und Kritik Deutschlands als Zivilgesellschaft, konfrontiert werden. Der Beitrag eines antideutschen Kommunisten aus Leipzig zeigt auf, warum Kontinuität und Gemeinsamkeiten es erfordern, die deutsche Gesellschaft weiterhin als Volksgemeinschaft zu fassen, zu analysieren und zu kritisieren. Der Volkstrauertag in Halle stünde dabei exemplarisch für den deutschen Umgang mit der Vergangenheit.
Ein Vertreter des BgR (Leipzig) zeigt, warum mit dem Begriff Volksgemeinschaft der aktuelle Modus der deutschnationalen gesellschaftlichen Mobilisierung, Modernisierung und Vergesellschaftung nicht mehr zu erfassen ist, sondern deutsche Öffentlichkeit im Kontext einer deutschen Zivilgesellschaft zu deuten ist. Gerade am Beispiel der Erinnerungspolitik wird dies aufzuzeigen sein. Den Kern des deutschen Gedächtnisses bildet in dieser Perspektive ein volksgemeinschaftlicher Modus des Erinnerns, der aber überformt und, was sein Sichtbarwerden betrifft, geschützt ist durch einen zivilgesellschaftlichen Erinnerungsdiskurs, in dem Nazis und Schlussstrich-Apologeten nur noch schwer Fuß fassen können. Der Volkstrauertag in Halle würde damit ein Auslaufmodell repräsentieren.
Die Diskussion wird moderiert von Phase 2.

Facts

Demo am 16. 11. in Halle/ Saale:
„Don't worry, be happy."
Gegen den deutschen Opfermythos, Volkstrauertag abschaffen!

Diskussions-Veranstaltung am 11. 11. im Conne Island Leipzig
mit VertreterInnen
der Antifaschistischen Gruppe Halle,
der Antideutschen Kommunisten Leipzig
und des BgR Leipzig

»INDETERMINATE!« KOMMUNISMUS

INTERNATIONALER KULTURKONGRESS FRANKFURT/MAIN | 7.–9. NOV 2003

Vom 7. bis 9. November findet in Frankfurt/M. der „Kommunismuskongress" statt. Inciptio dokumentiert den Aufruftext von Basisgruppe Berlin + Kritik&Praxis Berlin. Weitere Aufruftexte finden sich auf www.kommunismuskongress.de.

> „Zwischentöne sind nur Krampf - im Klassenkampf." (Franz Joseph Degenhardt)

Das kapitalistische Gesellschaftssystem der Gegenwart hat zum Zweck nicht den Menschen, sondern die Produktion von akkumulierbarem Mehrwert. Um dies zu korrigieren, wäre Kommunismus der Endzweck politischer Praxis zu nennen, der Zweck über den Zwecken, die Überwindung der Gegenwart. Da diese zwar notwendige Einsicht aber erst der Beginn emanzipatorischer politischer wie künstlerischer Praxis ist, bleibt zu fragen: Was ist progressiv? Beim folgenlosen Glück über die kritische Distanz zur eigenen gesellschaftlichen Funktion kann die Einsicht nicht stehen bleiben, will sie mehr als Weltanschauung sein. Nur praktisch ist die Kritik der Welt wahr. Der Kommunismus will diese praktische Einsicht sein. Der Antimaterialismus der demokratisch selbstgewissen Gegenwart legt in pluralistischer Auswahl die Möglichkeit größerer Identität des Einzelnen mit den 'lifestyles' nahe - um den Preis der Einflussnahme. Auch der lifestyle der Radikalität, als Geste en vogue, verliert sich in der gestalterischen Folgenlosigkeit. Die Diskussionen der Konferenz greifen so mit dem Begriff des Kommunismus nicht nach dem Bild konkretionsloser Verschiedenheit, sondern konkreter Dogmatik des bei Marx ausgerufenen verlorenen Projekts:
„Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt. Die Bedingungen dieser Bewegung ergeben sich aus der jetzt bestehenden Voraussetzung." (Marx, Dt Ideologie, MEW 3, 35).
Real-existierend entwickelte sich die Institution der wirklichen Bewegung nicht zur Aufhebung des Mehrwerts, sondern zu der der Bewegung selbst. Die Verpflichtung auf den Kommunismus zum Trotz des jetzigen Zustandes will die Bewegung wieder aufnehmen, der Kongress hierfür Orte bestimmen. Die gebotene Dogmatik muss sich fragen, ob die Rechte eines Menschen einforderbar sind, oder



ihre Abwesenheit zum Urteil zureicht. Wo die Politik der Differenz diese fordert von der falschen Einheit selbst, bleibt sie additiv statt die Rechnung anzuzweifeln. Die Dogmatik die mit der Debatte um Kommunismus gefordert ist, bestreitet die falsche Alternative von Einheit und Differenz in einer einheitlich nach Differenz organisierten Gegenwart. Das kapitalistische Interesse am „Das“ statt am „Was“ des Funktionierens wurde mit dem Verschwinden der Interessensstandpunktes der europäischen Sozialdemokratie begradigt auf eine neue Gemeinschaft der Ordnung. Auch nicht-regierende Politik fordert gegenwärtig meist mehr von den angebotenen Werten, statt „mit der Notdurft auch den Streit um das Notwendige wieder [zu] beginnen und die ganze alte Scheiße“ (Ibid.) zu verwünschen. Kommunismus ist Herausforderung an eine politische Praxis, die im Bestehenden ansetzt, um sich beständig zu fragen, welche Momente der Verneinung ihre Praxis von dessen konstruktiv hilfreicher Kritik trennen. Eine Politik der wirklichen Bewegung müsste ihren Materialismus nicht zerstreuen, sondern die Produktion als wesentlichen Ort der Politik konzentrieren. In Politik wie Kunst gilt es nicht, Subversion aufzufinden und festzumachen. Subjektivität ist nicht lediglich eine Frage der subjektiven Einstellung, sondern eher der objektiven Position. Die bourgeoise Rebellion in Pop(und)Politik ist nicht zu kritisieren, weil ihr Material beliebig ist. Ihre Beliebigkeit ist wahr, richtiges Verhalten in der falschen Auswahl. Einzig, subversiv ist es nicht, sondern Lifestylegewinn der statt der ironischen Distanz den politischen Zugriff aufgibt.

Der Kongress ist Debatte um die „Wirkliche Bewegung“ (Marx), darum Kommunismus in der ökonomischen, politischen und künstlerischen Praxis hervortreten zu lassen. Diskussionen und Darstellungen werden sowohl in inhaltlich-theoretischen Auseinandersetzungen stattfinden, in Foren, Panels und Arbeitsgruppen wie auch in Ausstellungen und Auseinandersetzungen künstlerischer Praxis wieder aufgenommen, in Film-, Theater-, Performance-, Lesungs-, Konzert- und Installationsform wie in bildender Kunst. Dabei ist die Trennung von „Politik/Theorie“ und „Kunst/Kultur“ in ihrer Institutionalisierung zu kritisieren und in ihrem Material zu korrigieren.

Kommunismus ist Herausforderung an eine politische Praxis, die im Bestehenden ansetzt, um sich beständig zu fragen, welche Momente der Verneinung ihre Praxis von dessen konstruktiv hilfreicher Kritik trennen.

Durch die Vervielfältigung der Angriffsflächen und seine gegendisziplinäre Ausrichtung versucht der Kongress, Ausstrahlungskraft über die strikt akademisch, künstlerische Sphäre hinaus zu erhalten. Seine Streitigkeiten sollen politisch als ein Projekt im internationalen Kontext geführt werden und nicht als Gegenüberstellung seiner Verbrechen mit der scheinbar offenen kapitalistischen Struktur der Gegenwart.

Leitgedanke des Programms ist die Vorstellung des Kapitalismus wie seiner Negation als einem nicht auf die Ökonomie zu beschränkenden, allumfassenden Konflikt um das gesellschaftliche Verhältnis. Die Ökonomie ist nicht dem Politischen vorgelagert, die Produktion muss vielmehr als materialer Teil politischer Praxis dargestellt werden. Ökonomie und Politik werden auf den Foren und in den AG'en als Kritik (aus) der Idee des Kommunismus, nicht als verbesserungswürdige administrative Struktur behandelt. Nicht die Möglichkeiten ihrer reformierten Funktion sind Gegenstand, sondern

Programm Auszüge

Stand **26. Oktober 2003**
Aktualisierungen: www.kommunismuskongress.de

Freitag 7.11.

19.30 Uhr
zentrale Auftaktveranstaltung „Die Aktualität des Kommunismus“ mit Micha Brumlik, Isabelle Graw, Jacques Rancière, Slavoj Zizek
22 Uhr **Konzert** Komeit
23 Uhr **Lesung** Kommunismus für Kinder

Sonnabend 8.11.

10 - 13.30 Uhr **Forum I:**
Ökonomie der politischen Kritik. Kommunismus und radikale Demokratie mit Alain Badiou, Simon Critchley, Axel Honneth, Chantal Mouffe

14.30 - 17.30 Uhr **Arbeitsgruppen I**, u.a.
- Can the revolution be televised? Kommunismus, Medien und Vermittlung (u.a. mit LIGNA)
- Geschlechterverhältnisse, sexuelle Politiken und queer/feministische Kritik
- Linke Politik(vorstellungen): Bio- oder Bewegungspolitik?
- How to learn to die? Psychoanalyse und Subjektkonstitution
- Zur Sache Leute. Liebe als stabilisierendes, destabilisierendes und transzendierendes Konzept (u.a. mit Françoise Cactus - angefr.)

19 - 22 Uhr **Forum II**
Kritik der politischen Ökonomie: Quantität und Qualität des gegenwärtigen Kapitalismus (Katja Diefenbach, Joachim Hirsch, Marion von Osten , Moishe Postone, Nadja Rakowitz)

24 Uhr **Lounge:** DJ Terre Thaemlitz (Dancemusic)

die Frage nach den Spuren, die die Vergangenheit des Kommunismus hinterlassen hat, und denjenigen, die seine Vergegenwärtigung herstellen kann. Die Kritik in den Foren und Panels beginnt an Grundbegriffen der Praxis einen Streit, der in den AG'en an konkreter bestimmten Debatten Wege in die politische Arbeit der Gegenwart fortgeführt wird. Die Praxis des Kommunismus soll in jeder Regung gesucht werden. Will künstlerische Produktion Anderes als Wandschmuck politischer Arbeit sein, kann sie nicht als Rückzugsort einer besseren Welt diskutiert werden, sondern nur als Teil der Produktion des Bestehenden. Sollen in der Computerwissenschaft neue Möglichkeiten der Produktion aufgebaut werden, muss diese neben den Differenzen auch ihre Identität mit der Sphäre mehrwertschaffender Arbeit zu Grunde legen. Kann Repräsentation mehr sein als die Bezeichnung der Abwesenheit des Repräsentierten, sind die Neuen Medien dem Kommunismus der Gegenwart egal oder seine Operationsbasis, ist der Zweck der Multitude bestimmbar oder nur ihre Zerstreuung? Was, wann und wo ist der Kommunismus der Gegenwart, wo die wirkliche Bewegung?
„Indeterminate!" ist der Aufruf Determinismen zu zerlegen, Unmögliches zu fordern, zu entscheiden, Geschichte zu gefährden.

Eine Politik der wirklichen Bewegung müsste ihren Materialismus nicht zerstreuen, sondern die Produktion als wesentlichen Ort der Politik konzentrieren.

Sonntag 9.11.

11 -14 Uhr **Arbeitsgruppen II,** u.a.
- Deine Mauern sind immerdar vor mir. Freiheit und Entfremdung (u.a. mit Stephan Moebius, Christian Schmidt)
- „when you pirate mp3's, you download communism". Eigentum und Elektronik (u.a. mit Mercedes Bunz, Christoph Spehr)
- Globalisierungsbewegung und kommunistische Praxis
- Kapitalismus, Migration und soziale Kämpfe (u.a. mit kanak attak)
- the revolutionary subject you are calling is temporarily not available. Multitudes und Proletariat
- **Panel:** Represent! Represent! Politische, philosophische und künstlerische Kritik der Repräsentation (u.a. mit Roger Behrens, Mark Terkessidis)

15 - 17 Uhr: **Forum:**
Anfang und Ende: Praktizierte Philosophie der Praxis mit Ulrich Brand, Wolfgang-Fritz Haug, Jelica Sumic-Riha, Dora Dela Vega, Mathias Wiards, Corinna Genschel

Praktisches

Veranstaltungsorte:
J.W.Goethe-Universität, Hörsaalgebäude und Studierendenhaus, Mertonstr. 26-28
Anfahrplan: http://www.uni-frankfurt.de/zsb/uni-plan.htm
außerdem **Künstlerhaus Mousonturm** und **Städelschule,** Staatliche Hochschule für bildende Künste
Kohle:
gesamtes Wochenende 35 Euro, ermäßigt 20
Übernachtungen
In einer Turnhalle, über eine Übernachtungsbörse oder für 20 EUR/Nacht Aufpreis in der örtlichen Jugendherberge (beschränktes Kontingent!)

Weitere Infos

Ausführliches Programm, detailierte Infos zu den ReferentInnen und weitere Texte:
www.kommunismuskongress.de
e-mail:

do.di (INCIPITO)/ FJODOR

Castor-Action VII – alter Hut, langweilig?

Für die Zeit vom 10. bis 13. November wird erneut ein Transport von hochradioaktivem Müll vom französischen La Hague nach Gorleben erwartet. Vor einigen Jahren noch Brennpunkt sozialer Kämpfe scheinen die Castor-Transporte im Moment kein Ansatzpunkt linksradikaler Kritik und Politik zu sein. Im Incipito-Interview widerspricht Fjodor dieser verbreiteten Ansicht.

Bald soll wohl wieder ein Castortransport nach Gorleben rollen. Interessiert das überhaupt noch jemanden? Gibt es jetzt nicht wichtigere Themen?

Wenn jetzt Leute den Arsch hochkriegen und eine linksradikale Kritik an Olympia entwickeln und in die Öffentlichkeit tragen, wenn es – wie bescheiden auch immer – Widerstand gegen den scheinbar alternativlosen „Sozialabbau“ gibt, wenn Leute neue libertäre Projekte aufbauen oder ihren Schwerpunkt auf das Grenzcamp legen, dann finde ich das klasse. Ich halte nichts davon, Themen gegeneinander auszuspielen.
Klar erlebt die Anti-Atom-Bewegung grad nicht ihre stärkste Phase. In den letzten 20 Jahren gab es viele Auf und Ab. Für mich bleibt das ein Bereich, in dem sich der menschenverachtende Charakter des kapitalistischen Systems besonders gut zeigen lässt. Die größten Polizeieinsätze in der Geschichte der brd (Gorleben 1997, 2001) machen die hierarchische Gewaltförmigkeit des demokratischen Staates ebenso sichtbar wie angreifbar.

Was ist konkret für diesen Transport geplant?

Unter dem Namen „Widersetzen“ soll es wieder eine (für EinsteigerInnen und Unvorbereitete geeignete) Straßenblockade geben.

X1000malquer hat die angekündigte Aktion „Festgesetzt“, bei der nicht nur die Schienenstrecke zwischen Lüneburg und Dannenberg blockiert werden sollte, sondern sich auch Menschen aus der Sitzblockade heraus anketten wollten, abgeblasen. Eine solche Aktion bedürfe intensiverer Vorbereitung. Gewaltfreie Aktionen an der Schienenstrecke werden vorbereitet. Treffpunkt nach der Auftaktdemo am 8. November ist Hitzacker.

Weitere Treffpunkte und Aktionsorte sind noch in Vorbereitung. Im vergangenen Jahr gab es erfrischende Aktionen in der Lüneburger Innenstadt, z. B. ein Zirkeltraining auf diversen Kreuzungen oder ein Stadtspiel.

Politisch korrekter wäre es natürlich, zuerst in den Süden zu fahren, um dort am besten an französisch-deutschen Gemeinschaftsaktionen

Anti-Castor-Facts

> Wahrscheinlicher Transporttermin: 10.-13. November
> Auftaktdemo Dannenberg: 8. November, 13 Uhr

Telefon Info-Hotline: 01805 – 2 5 2 7 6 9 (BI Lüchow-Dannenberg)
Gedächtnisstütze: 01805 – A L A R M X (für die Handytastatur) 12 cent/Min

Bettenbörse Lüneburg: Mailbox und ab 8.11. mit live-Betreuung 0160/2580268 oder anticastorbettenboerse@gmx.de; **www.bettenboerse.de**

„WiderSetzen“, Landstr. 6, 29462 Güstritz, Tel. 05843-1448, WiderSetzen@freenet.de

X-Infotelefon Südwest: 0175 - 711 28 94

X-Infotelefon Neckarwestheim 07141 - 90 33 63

teilzunehmen.

In der Leipziger Szene hat Anti-Atom nie mehr als eine marginale Bedeutung gehabt. Die Bewegung hat einen schlechten Ruf: Ich denke an naive Öko-Wollpulloverträger, die sich an den Händen fassen und singend im Kreis gehen. Oder an Bündnisse mit nationalistischen HeimatschollenschützerInnen. Kann es da überhaupt Bezugspunkte für linksradikale (Anti-)Politik geben?

Diese Klischees können die geringe Bedeutung von Anti-Atom in Leipzig nicht befriedigend erklären. Natürlich gibt es unterschiedliche Ansätze. Manchmal stehen sie an verschiedenen Orten nebeneinander, manchmal werden sie auch kontrovers diskutiert. (Beispiele: „Sandsackdebatte" um das Heraufbeschwören einer „bösen Gefahr von außen, die den Landkreis bedroht"; wiederholte Debatten mit TeilnehmerInnen aus Österreich, die sich nicht oder nicht klar genug von der FPÖ distanzierten und die Aktionsform „Grenzblockade" verteidigten.) Autonome Konzepte haben ihren Platz sowohl in den Positionen als auch in den Aktionsformen.

Ich habe den Verdacht, die Anti-Atom-Bewegung wurde in Leipzig von der radikalen Linken aus tiefergehenden Gründen (weitgehend) ignoriert. Kapitalismuskritik wird gerne an Mehrwert und Lohnarbeit festgemacht, die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen gilt offenbar als zweitrangig. Wer sich darauf konzentriert, ist leicht suspekt; Stichworte: Technikfeindlichkeit, Zurück-zur-Steinzeit, Rechte Ökologie, Esoterik, Heimatschutz. (Siehe hierzu auch den ausführlicheren Text „Kapitalismus, Profit, Leipziger Szene und Atomenergie" in der LeserInnenrubrik dieses Heftes auf Seite 49).

laatsch (INCIPITO)

„Was Deutschland so groß-artig macht...

...ist eben, daß es kein normales Land ist“, sprach Susan Sontag nachdem sie auf der Frankfurter Buchmesse erschienen war, fiel dann noch schnell der Bundestagsvizepräsidentin Antje „ich übe den kritischen Dialog mit den Vertriebenen“ Vollmer in die Arme, um plötzlich auf einer großen Bühne zu stehen und als „scharfsinnige Intellektuelle“ (Süddeutsche Zeitung, 13.10.03), „kritische Essayistin“ (nzz, 13.10.03) und hauptsächlich „scharfe Kritikerin der Bush-Regierung“ (Spiegel, 12.10.03) den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels zu empfangen. Um zu zeigen, dass sie verstanden hatte, wofür sie die mit dem Preis verbundenen 15000 □ erhielt, legte sie sich auch gleich in's Zeug und warf der US-Regierung Imperialismus und George W. Bush ein „imperiales Programm“ vor, rügte die Entscheidung für den Irak-Krieg und lobte den Friedenswillen der Deutschen, den diese, nachdem sie zwei Weltkriege angezettelt hatten, entwickelt haben sollen. Susan Sontag ist mit ihrem politischen Programm, welches Frieden nur als ideologisches Schlagwort kennt, die Inkarnation deutscher Politik und empfiehlt sich damit wie von selbst für den bald frei werdenden Posten der BundespräsidentIn aller friedliebenden Deutschen. Susan Sontag spricht mit ihrem Gerede vom „schrecklichen Mann aus Texas“, mit ihrer Geißelung des amerikanischen Imperialismus, was dann meist das Streben nach der Beherrschung der Welt meinen soll, mit ihrem Kampf gegen die amerikanische Besatzungsmacht im Irak und gegen die israelische Besatzungsmacht in Palästina genau das aus, was sowohl das anwesende bürgerlich-intellektuelle Publikum, als auch der abendliche Fernsehzuschauer hören will und was vor einem Jahr die Wiederwahl des Kanzlers sicherte. In der unvermeidlichen Laudatio für Susan Sontag wurde diese dann auch von Ivan Nagel als „Vorbild für denkende Intellektuelle“ bezeichnet. Susan Sontag, die mit ihrem Hoch auf das friedliebende, deutsche Volk nichts anderes vollbracht hat, als das, was die rot-grüne Regierung mit ihrem „Wegen Auschwitz bombardieren wir die Reste Jugoslawiens“ bereits 1999 vorgemacht hatte (einen Krieg den übrigens auch Susan Sontag unterstützte), ist ein Beispiel für diesen Wahnwitz der sich immer als kritisch wahrnimmt, obwohl er schon längst ohne zu zögern den irrsten, reaktionärsten Scheiß unterstützt, der sich im Deutschland dieser Tage Antiamerikanismus und Antisemitismus nennt. Und so steht sie da auf ihrer Bühne, spricht den Deutschen aus der Seele und mimt die intellektuelle Begleitung zu Michael Moores filmischen Ergüssen über das wahre Amerika.

Susan Sontag ist damit angekommen in der Mitte jenes Deutschlands, welches die antiamerikanische und antisemitische Ideologie bereits als Alltagsfloskel auf den Lippen trägt, so wie Friedrich Schorlemmer, der - auch auf der Buchmesse anwesend - über einen Film redet und diesen als „zwar amerikanisch, aber *trotzdem* gut“ bezeichnet und mit Verweis auf den Wunsch „God bless America“ schwadroniert, dass Gott „weder ein deutscher, noch ein israelischer, noch ein amerikanischer“, sondern gar kein „Nationalgott“ (zdf.de) sei, womit er ganz nebenbei, das altlinke „Wir sind gegen alle Nationen und somit auch gegen Israel“ um eine neue Facette erweitert.

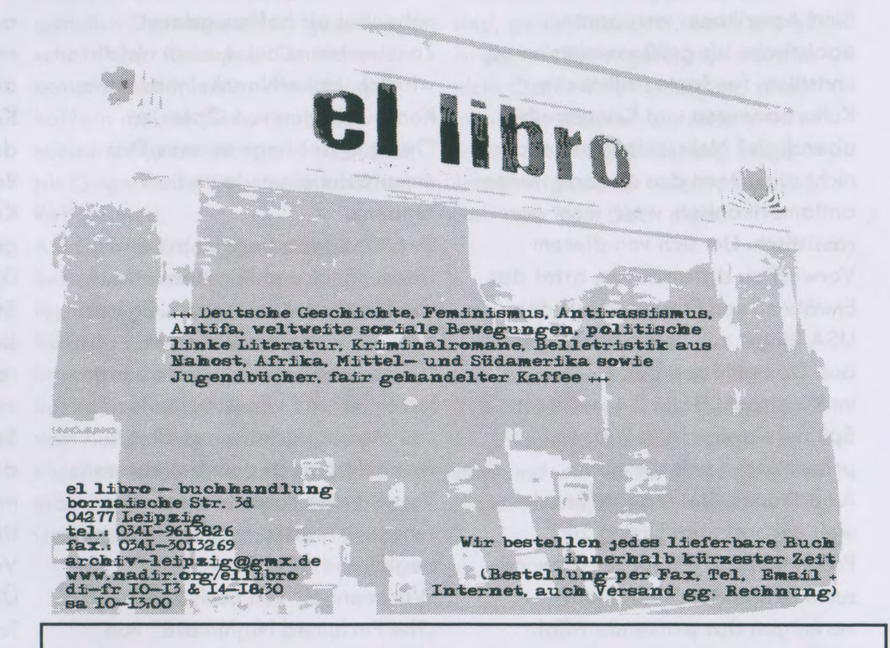
Susan Sontag ist angekommen in der Mitte Deutschlands, zu dem jener Moderator des Morgenmagazins des öffentlich-rechtlichen Fernsehens gehört, der den neuen Vizepräsidenten des Zentralrats der Juden nicht etwa ausführlich nach dessen Plänen für sein neues Amt oder nach der Situation der jüdischen Gemeinde in Deutschland oder nach der Angst vor dem neuen Antisemitismus in Deutschland, sondern nach seiner Position im Israel-Palästina-Konflikt und zur Person Sharon befragt, immer frei nach dem Motto „Der Jude, der doch hier in Deutschland irgendwie fremd ist, muss irgendetwas zu seiner richtigen Heimat zu sagen haben“ und zu dem auch jener

Moderator des heute-journals gehört, der die Ausstrahlung eines Beitrages über einen neuen Hollywood-Film nicht etwa mit dem Inhalt eben jenes begründete (da Hollywood ja eigentlich auch eh nur Ramsch produziert, wie mensch in Deutschland weiß), sondern damit dass die beiden Hauptdarsteller zu jenem Zeitpunkt Gegner des Irakkrieges waren.

Susan Sontag ist angekommen in der Mitte Deutschlands, bestehend aus den immer wiederkehrenden Stimmen, die Israels Bau eines Schutzzaunes an der Grenze zum Westjordanland als neue Berliner Mauer charakterisieren, die nicht dazu beiträgt, dass endlich Frieden in die Region einzieht, ein Weg zum Frieden, den mensch in Deutschland sich so vorstellt, dass Israel und die dort lebenden Menschen immer und immer wieder möglichst verständnisvoll auf die Spur der Verwüstung blicken sollen, die SelbstmordattentäterInnen quer durch das Land Woche für Woche ziehen und die endlich einsehen sollen, dass es „inakzeptabel“ (Gerhard Schröder) ist, wenn die israelische Armee nach Syrien fliegt und dort ein Ausbildungscamp für antisemitische Mörder bombardiert, kurz nachdem in Haifa, jener israelischer Stadt, die für die Verständigung zwischen jüdischen und arabischen Israelis steht, ein Lokal in die Luft geflogen ist in dem ein eher liberales Publikum verkehrte; Menschen mithin, die in den vergangenen Jahren mehrmals bereit waren Friedensverträgen zuzustimmen, um einfach endlich Ruhe zu haben, eine Bereitschaft, die letztlich immer wieder mit Terror beantwortet wurde.

Susan Sontag ist angekommen in der Mitte Deutschlands, eine Mitte, die sich über ihr Ressentiment gegenüber Jüdinnen/ Juden und AmerikanerInnen konstituiert, eine Mitte, die es geschafft hat aus Frieden, aus Gesellschaftskritik als Programm gegen Finanzmärkte und amerikanischen Casino-Kapitalismus und aus Geschichtsklitterung einen Brei zu kochen, der den Nerv einer Welt trifft, der es nicht um Emanzipation, sondern um die Bekämpfung der einzigen Weltmacht und deren kleinen Bruder im Nahen Osten geht.

Für diese in der Mitte Deutschlands direkt neben Grass, Friedrich, Schorlemmer, Schröder usw. angekommene Susan Sontag, ist nichts treffender als jener Slogan, den die AKG den Massen an friedensbewegten LeipzigerInnen entgegenhielt: „Hinter dem Ruf nach Frieden, verschanzen sich die Mörder.“



500 Jahre einer schlechten Idee

Sind Amerikaner arrogante, egoistische bis größenwahnsinnige, christlich- fundamentalistische Kulturbanausen und Kriegstreiber obendrein? Nein, selbstverständlich nicht alle. Denn das zu sagen wäre antiamerikanisch, wenn nicht gar rassistisch. Um sich von diesem Vorwurf zu distanzieren, artet das Erwähnen von Freunden aus den USA längst zur Phrasendrescherei aus. Das geht subtiler.
Im Kunstraum Halle 14 auf dem Spinnereigelände in Plagwitz präsentieren sich die guten Amerikaner. Sie verschaffen dem weit verbreiteten Drang zur Projektion und einem zur Schwindsucht neigendem Reflexionsvermögen das passende Alibi.
„Zehn aktivistische Künstlerkooperativen, unabhängige Kunstzeitschriften, fiktive Künstlerunternehmen, selbstorganisierte Leseplattformen und netzwerkende Konzeptkünstler/innen" aus diversen amerikanischen Großstädten geht es um eine Auseinandersetzung mit einer „von polizeistaatlichen und hegemonialen Absicherungsbestrebungen gekennzeichneten USA".
Wie gehen diese Gruppen um mit einem hierzulande mindestens ebenso aktuellem Thema, lautet die gutwillige Frage vornweg. Dass ein deutscher Kurator auf die Idee kommt, sich damit eher einseitig zu Lasten der Vereinigten Staaten zu befassen, scheint nicht weiter überraschend. Dass er darin unverfroren Parallelen zu seiner DDR-Vergangenheit sieht und sich nebenbei als hoffnungslose Zonenexistenz outet, auch nicht wirklich. Immerhin scheint er nur zur Kommunikation von Opfer zu Opfer in der Lage zu sein. Das entspräche einer deutschen Tendenz.
Der Rundgang beginnt mit einem Leseseminar und Künstlerworkshop von Matthew Buckingham. Er fragt nach den Zusammenhängen zwischen einem womöglich konstruierten Begriff von universeller Zeit und Macht. (Richtig, das klingt verdächtig nach dem beliebten Vorwurf der Postmoderne) Aber sehen wir weiter. Buckingham zeigt begleitend zwei Filme. „Der Würgeengel" von Louis Bunuel und „The Perfumed Nightmare" von Kidlat Tahimik. Der Text zu den unsynchronisierten Filmen sagt allerdings schon genug aus. „The Perfumed Nightmare" (Der Parfümierte Albtraum) handelt von einem in der Peripherie der kapitalistischen Vergesellschaftung dahinvegetierenden Phillipiner, der den amerikanischen Traum träumt. Er erhält mit Hilfe eines amerikanischen Freundes die Möglichkeit, in Paris einen Tante-Emma-Laden zu eröffnen. Nach kurzer Zeit jedoch wird dieser von einem Supermarktkonzern vom Markt gedrängt. An dieser Stelle entpuppt sich der amerikanische Traum als „das, was er schon immer war: 500 Jahre einer schlechten Idee". Mit schlafwandlerischer Sicherheit tappt der Künstler in die Falle seines eigenen falschen Bewusstseins. Anschließend werden anthropologische und psychologische Texte durchgearbeitet und alles zusammen hinsichtlich der Konstruktion von Zeit kritisiert. Ob daraus etwas werden kann, wenn Buckingham noch nichts von der Kritik der politischen Ökonomie gehört hat oder nichts hören will? Daraufhin folgen die Gäste den Stufen der verwinkelten Ausstellungsarchitektur. Sie konfrontieren sich mit von Gefängnisinsassen selbst gebastelten Feuer- und Sexspielzeugen. Das verleiht wohl dem unterdrückten Schrei nach mehr Menschlichkeit innerhalb der finsteren Mauern amerikanischer Verließe Ausdruck. Da ist schon die Überleitung zum 360degrees Team. Diese Gruppe versucht, die Tatsache, dass in den USA im Gegensatz zur abnehmenden Zahl an Straftaten die Zahl an Häftlingen steigt, zu durchleuchten. Natürlich könnten manche auf die Idee kommen, die indirekte Proportionalität sei nahe liegend. Denn wenn Straftat, dann Haft, dann eine Straftat weniger, aber ein Sträfling mehr usw. Die Künstler dachten jedoch eher an wirtschaftliche Zusammenhänge und entdeckten interessante Tendenzen: Die Anzahl an sicheren Arbeitsplätzen sei nicht zu unterschätzen. Ländliche Gemeinden in den USA streiten sich geradezu um die Errichtung einer neuen Strafvollzugsanstalt auf ihrem Land. Dazu kommt die davon abhängende Sicherheitsindustrie. Vermittels eines abgedunkelten Raumes, an dessen Wände Videoaufnahmen

projiziert werden, wird das Publikum sehr nah an die Thematik herangebracht. Zu sehen sind private Räume von Menschen, die mit Gefängnissen in Verbindung stehen, wie Häftlinge, deren Angehörige und Beamte. Aus dem Off sind deren Stimmen zu vernehmen. Sie erzählen über ihr Leben mit dem Gefängnis. Bisher im Internet veröffentlicht, verliert diese Installation ihren dokumentarischen Charakter dennoch nicht. Unausgereift scheint der Ansatz, die ökonomischen Zusammenhänge auf eine Globalisierung des Kapitals zu beziehen, anstatt zu erkennen, dass die Verwertung bzw. Kommerzialisierung von Strafmaßnahmen und Sicherheitsbedürfnis einen konstituierenden Bestandteil der warenproduzierenden Gesellschaft darstellt.
Als sozial engagiert erweisen sich die New York City Surveillance Camera Players. Sie boten in Manhattan und Brooklyn Führungen für Überwachungskameras an, so auch in Leipzig. Überdies wiesen sie im Rahmen von Theateraktionen mit beschrifteten Schildchen („Ich gehe nur zur Arbeit" oder „Ich habe Amnesie") darauf hin, dass sie Überwachung vielleicht nicht grundsätzlich ablehnen, solange es keine unbescholtenen Bürger betrifft. Nichts desto trotz berühren die Camera Players damit ein nicht zu unterschätzendes Problem. Überwachung und polizeistaatliche Restriktion erfreuen sich gerade in Deutschland großer Beliebtheit. Dass das kritische Potential der Arbeiten beinahe ausschließlich in Bezug auf die USA ausgelegt wird, belastet auch die Arbeit von Michael Rackowitz auf dem Dach der Kunsthalle. Der dortige Blick und der Schnittlauchrasen sind übrigens recht beeindruckend. Als Antwort auf soziale Missstände fertigte er aus Mülltüten und Klebeband Behausungen für Obdachlose, die, um aufgeblasen und beheizt zu werden, an Entlüftungsrohre hinter Gebäuden angeschlossen werden können.
Andere Künstler zelebrieren gänzlich Desinteresse an gesellschaftlicher Relevanz. Sie basteln aus umfunktionierten Werkzeugkoffern mobile Galerien oder nutzen - wie bezeichnend - Wüsten als Gegenstand ihrer künstlerischen Reflexionen.
Am Ende werden die Besucher und Besucherinnen den Eindruck nicht los, eine gewisse Ausbeutung von Künstlern unterstützt zu haben. Interessante und hinterfragende Intentionen und Ansätze werden vom Kurator zur Rechtfertigung eigener Ressentiments bemüht oder man fragt sich, wo die ästhetische Umsetzung bleibt, die Transformation vom Konzept zur Kunst. Um sich auf alles Ausgestellte richtig einzulassen, muss zu viel gelesen werden, auch wenn ausreichend Englisch verstanden wird.
Resümierend bleibt zu konstatieren, dass die Ziele der Ausstellung dennoch erreicht werden: Wege, *innerhalb* kapitalistischer Zurichtung zu agieren, werden aufgezeigt und die guten Amerikaner präsentiert. Die Beweisführung jedoch, dass die USA auf dem Weg zur Diktatur sind, gelingt schlecht, wenn die als Argument herangeführten Künstler nicht Opfer von Verfolgung sind. Immerhin schienen sie nicht in ihrer freien Meinungsäußerung eingeschränkt gewesen zu sein. Verpasst den Blick vom Dach nicht.

Die Ausstellung GET RID OF YOURSELF fand in der Kunsthalle 14 (Plagwitz/Baumwollspinnerei) statt und war leider vor Erscheinen dieses Heftes abgeschlossen.

MARK SCHNEIDER (Bündnis gegen Rechts Leipzig)

Auferstanden von den Toten

Der beste linke Verlag der BRD, der *ID Verlag*[1], ist 1999 eingegangen. Mit ihm die angesehene Zeitschrift *„Die Beute"*. Ein Teil der Nachlassverwalter hat sich die Beute unter den Nagel gerissen und bringt seit 2001 die *Jungle World*-Beilage *Subtropen* heraus. Schon die Subtropen fielen mit ihrem Empire- & Multitude-Hype auf. Nun, vier Jahre nach dem schmerzlichen Verlust, ist der *ID Verlag* auferstanden. Und es erscheint ein Buch über – was wohl? – das *Empire*[2]. In der „Kritik der Weltordnung" behalten die linken Theorie-Zombies die überhand.

Die beiden Herausgeber des Bandes mit Aufsätzen von Giovanni Arrighi, Joachim Hirsch, Michael Hardt, Judith Revel, Toni Negri, Anne Querrien sowie sich selbst, Thomas Atzert und Jost Müller, sind einschlägig vorbelastet: der eine als Übersetzer von *Empire* ins Deutsche, der andere als Promoter des Buches.[1] Das Buch gliedert sich in zwei Teile: „Empire, Weltsystem und Internationalisierung des Kapitals" und „Klassenkampf und Multitude im Empire". Im ersten kommen mit Arrighi und Hirsch zum Glück noch zwei Gegner des Empire-Konzepts zu Wort. Im zweite Teil hingegen findet keine kritische Auseinandersetzung mit *Empire* statt, vielmehr sollen dort die theoretischen Ansätze in einem affirmativen Sinne weiter entwickelt werden.

Schon beim Original, dem *Empire* von Hardt/Negri, fällt es schwer, zu begreifen, was darin ausgesagt werden soll. Der eigentliche Inhalt versteckt sich hinter eine pathetischen Sprache, angereichert mit philosophischen Versatzstücken, bar jeder Empirie, oszillierend zwischen historischen Betrachtungen, prophetischen Weissagungen und „Beschreibungen der Gegenwart", wobei selbst bei letzteren nie klar wird, ob es sich um den realen Zustand handelt oder lediglich um einen Konjunktiv: so könnte oder sollte es sein. Ein Blick in die „Kritik der Weltordnung" gibt Auskunft darüber, wo das Übel seinen Ausgang nahm: bei Negri. Während Hardt diskutierbar ist, weil er argumentieren und historisch herleiten kann, fällt es bei Negri schwer, zu verstehen, was er eigentlich sagen will. Weil bei Negri die Sprache den Blick auf den Inhalt derart verstellt, liegt die Vermutung nahe, dass dies ist keine zu behebende Stilfrage oder die angemessene und notwendige Ausdrucksweise für einen schwierigen Sachverhalt ist, sondern Negri damit bewusst seine Inhaltslosigkeit verdecken und die Widersprüchlichkeiten in der Argumentation vertuschen will.

Vielleicht ist mit Negri in Zukunft so zu verfahren, wie es Hermann L. Gremliza in seiner *konkret*-Rubrik *Gremlizas express* seit Monaten unbeirrbar mit Katja Diefenbach, übrigens auch eine *Empire*-Anhängerin, vormacht: Pure Sprachkritik, die nur darauf abzielt, die Autorin der Lächerlichkeit Preis zu geben.. Bei Negri



Thomas Atzert/Jost Müller (Hg.): Kritik der Weltordnung. Globalisierung, Imperialismus, Empire. Toni Negri, Giovanni Arrighi, Joachim Hirsch u.a., ID Verlag: 2003, ISBN: 3-89408-089-2

[1] Etliche Bücher sind online bei *nadir* verfügbar (http://www.nadir.org/nadir/archiv). Der *ID Verlag* hieß bis 1997 *Edition ID-Archiv*. Die Verlags-Homepage ist noch einzusehen unter: http://www.txt.de/id-verlag.

[2] Michael Hardt, Toni Negri: Empire. Die neue Weltordnung, Campus: 2002. Eine Übersicht über (fast) alle Besprechungen findet sich unter: http://www.rosa-luxemburg-stiftung.de/Einzel/empire/deutsch.htm

klingt das so (und es folgt ein beliebiges, nicht besonders gemeines Zitat): „Doch tatsächlich haben wie das Empire niemals anders gedacht ... denn als Prozess, als Nicht-Ort, als polybianische Synthese der Regierungsformen. Unter imperialem Prozess verstehen wir die Tatsache, dass sich die Verschiebung und Verlagerung der Souveränität und des Kommandos weg von den Nationalstaaten kontinuierlich unter antagonistischen Bedingungen innerhalb der historischen Entwicklung vollzieht. Dieser Prozess zeigt eine Tendenz, auch wenn der Paradigmenwechsel als definitiv angesehen werden kann; sowohl diese Tendenz als auch der Paradigmenwechsel verbinden Ereignisse, Konflikte, Spannungen und Zufälle innerhalb der Entwicklung." (S. 54-55). Auch wer die Mühe scheut, „polybianische Synthese" zu übersetzen und „Nicht-Orte" zu finden, kann begreifen, dass mit einer solch schwammigen Beschreibung, die bezüglich der Genauigkeit einer Bauernregel oder einem Horoskop in nichts nachsteht, alles im eigenen Sinne interpretiert werden kann.

Die Autorinnen im zweiten Teil, Revel und Querrien, stehen ihrem Guru Negri stilistisch kaum nach. Judtih Revel begibt sich in ihrem Aufsatz „Die Gesellschaft gegen den Staat" auf eine literarische Spurensuche nach dem Verhältnis von Krieg, Gesellschaft und Staat. Fündig wird sie bei dem Anthropologen Clastres, der staatenlose Gesellschaften ethnologisch untersucht hat, sowie bei den Philosophen Deleuze, Guattari und Foucault, bei denen sie Abhandlungen zur „Kriegsmaschine" und Kriegskunst findet, die die Autorin für „unglaublich aktuell" hält „angesichts der heute ... stattfindenden weltweiten Ausweitung des Kriegs als Form der Weltherrschaft über die Bevölkerungen und den Raum" (S. 104) – die sich aber in Wirklichkeit als für die Linke gefährlicher herausstellen könnten, als die weitverbreitete „Kein Blut für Öl"-Parole, die zwar auch eine Analyse des Krieges für sich beansprucht, jedoch leicht zu widerlegen und als nazistisch zu denunzieren ist.
Anne Querrien schreibt in „Fluchtlinien der Multitudes": „Die Fluchtlinien folgen lokalen und nicht globalen Bedingungen. Die Multitudes wissen nicht, wohin sie gehen, aber sie wissen, was sie tun. Wenn jeder Teil der Multitude etwas anderes tut, so hoffen alle auf eine Neuzusammensetzung, eine gemeinsame Bewegung: woher, wie? Die Multitude besteht aus einer Unendlichkeit von Mikromultitudes, die alle ‚Welt werden' wollen. Keine autozentrischen und terroristischen kleinen Welten, sondern ausufernde Welten, in denen die Nacktheit weniger ‚nackt' ist als vielmehr funkelnd von all den Wünschen, die sie berührt. Die Multitudes kämpfen, um lokales Handeln Welt werden zu lassen." (S. 132) Wenn sie mit dem Stückchen Prosa vom 23. Oktober 2001 überhaupt etwas aussagen will, dann wohl zweierlei: Es können alle so besinnungslos weitermachen, wie bisher – es wird gut werden. Und: Menschliche Gesellschaft ist wie ein Atommodell zu begreifen, die Teilchen bewegen sich chaotisch und werden von geheimnisvollen Kräften zusammengehalten. Weil das aber zu naturwissenschaftlich trocken klingt, wird das Modell mit Begriffen aus der Esoterik aufgepeppt. Solcherlei Unsinn erscheint normalerweise in nur in Verlagen wie *Frauenoffensive* (Rubrik: Sachbuch) oder *Edition Ananael* („Verlag für Magie, Okkultismus und Naturreligion").

Das Nachwort der Herausgeber ist auch ein ödes Kleinod linker Theoriebildung. Am Anfang bastelt man sich zwei linke Hauptströmungen der Kriegsanalyse (Zivilisations-Bellizismus, Es-geht-um-das-Erdöl-oder-Pipeline-Friedensbewegung) zurecht, die miteinander im Streit liegen würden, um selbst als der lachende, aber vor allem klügere Dritte dazustehen – als ob nicht die meisten sich noch als linksradikal verstehenden Menschen genau jene „dritte Position" irgendwo dazwischen einnehmen würden.
In der Mitte wird, was nicht passt, passend gemacht. Die aktuelle Politik der Bush-Administration ist dann nicht etwa Beleg für die *Empire*-Thesen, was nicht so schwer hinzubekommen wäre, sondern die Ausnahme, die die Regel bestätigt: Die angeblich imperialistische Politik der USA (denn wenn die Mehrheit der Deutschen das denkt, muss da schon was Wahres dran sein) wäre Folge der „permanenten Versuchung", die der Imperialismus für die USA darstellen würde (S. 138). Oder auf den Punkt gebracht: Der Irak ist ein Magnum-Eis und eine Milka-Tafel in einem.
Am Ende wird die Friedensbewegung gelobt – und zwar nicht irgendein weniger hassenswertes Spaltprodukt, sondern ihre abscheulichste Form, die Demonstrationen am 15. Februar 2003, weil „sie für die soziale Opposition eine Möglichkeit andeuteten, die Orientierung auf den nationalen Staat hinter sich zu lassen" (S. 140) – und zwar Hand in Hand mit den VertreterInnen des Nationalstaates und im Mund die nationalistischsten Parolen seit 1945 (von diversen Naziaufmärschen mal abgesehen).

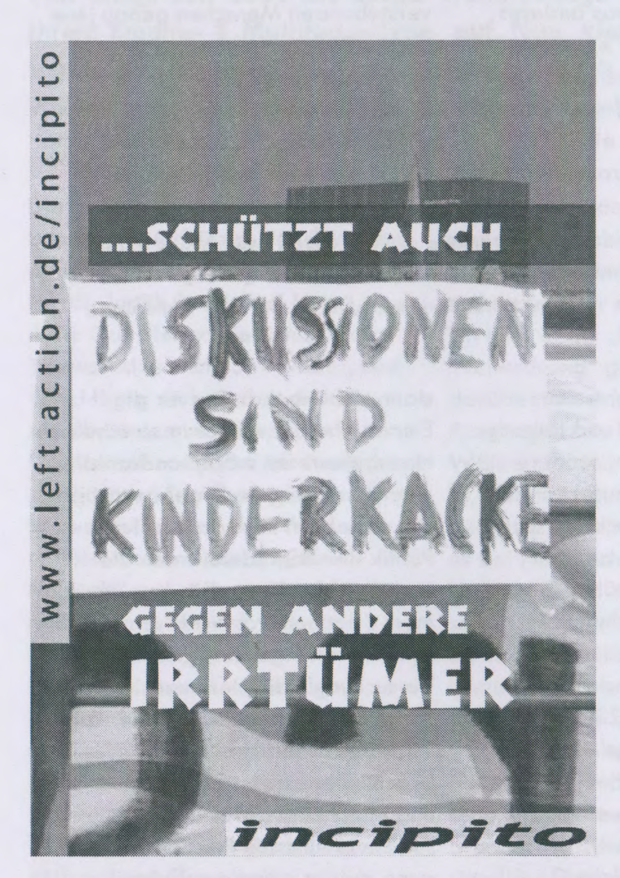
» Doch tatsächlich haben wie das Empire niemals anders gedacht ... denn als Prozess, als Nicht-Ort, als polybianische Synthese der Regierungsformen. «
Michael Hardt, Toni Negri: Empire. Die neue Weltordnung

[3] Wer die *Subtropen* liest, kann sich die Lektüre des Buches getrost sparen. Denn es steht nix neues drin. Wer nicht die *Subtropen* liest, kann sich die Lektüre allerdings auch sparen.

Die Enttäuschung hält sich an dieser Stelle (kommt überhaupt jemand bei so einem Buch bis zum Nachwort?) allerdings in Grenzen. Denn immerhin kennt man ja schon das Vorwort der Herausgeber. Da wird *Empire* als Buch gelobt, dass in die theoretische und praktische Krise der Linken interveniere, es wird vor zu hohen Erwartungen in Schutz genommen, es sei nämlich kein Lehrbuch über den Kapitalismus oder gar eine Gebrauchsanweisung für die Linke, sondern vielmehr eine Aufforderung an diese, sich von alten Theorien zu trennen und sich den neuen Aufgaben gewachsen zu zeigen. (S. 6). Die Gesellschaft, so erfahren wir, befinde sich in einer Passage, einem Übergang. Wohin und warum bzw. ob nicht immer was übergeht oder sich jemand übergibt, erfahren wir leider nicht. Die Fixierung auf die Multitude bei der Beschreibung der Gesellschaft sei einerseits lediglich eine mögliche Betrachtungsweise, anderseits ist es dann eben doch so, dass die Multitude das Empire hervorbringt und nicht andersherum oder gar irgendwie dialektisch. (S. 7)

» **Die Multitude besteht aus einer Unendlichkeit von Mikromultitudes, die alle „Welt" werden wollen.** «

Anne Querrien: Fluchtlinien der Multitudes



Arrighi bekundet in seinem Beitrag erst seine Zustimmung zu einigen Grundannahmen von Hardt/Negri, um im folgenden die fehlende Empirie an zwei Beispielen, die zentrale Punkte der *Empire*-Theorie darstellen, zu belegen. Zum einen schreiben Hardt/Negri davon, dass der Raum im Empire „glatt" wäre, d.h. es keine Grenzen und regionalen Unterschiede mehr gäbe. Die erste Welt finde sich in der dritten wieder und umgekehrt, die zweite verschwinde hingegen von der Bildfläche. Arrighi belegt nun mit Statistiken der Weltbank, dass es sich umgekehrt verhält: Die Schere zwischen erste und dritte Welt hat seit den 60er Jahren zugestatt abgenommen. Andererseits ist die grenzenlose Mobilität der Nomaden (MigrantInnen) bei Hardt/Negri eines der wichtigsten Definitionskriterien für das Empire. Die MigrantInnen seien die widerständigste Kraft im Empire und würden durch ihr unstillbares Begehren die Globalisierung vor sich her treiben. An dieser Stelle belegt Arrighi, dass die Migration im 19. Jahrhundert viel größere Ausmaße angenommen hatte als im 20. Jahrhundert. Hardt/Negri spekulieren auf den Nord-Süd-Ausgleich im Empire, der sich quasi automatisch durch Kapitaltransfer und Migration herstelle. Beides ist aber nicht der Fall.

Drittens weist Arrighi auf die Bedeutung der Ideologien hin. Zwar habe das Kapital eine vereinheitlichende und identitätszerstörende Tendenz in sich; Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus und Patriarchat unterliegen keinem eindeutigen Ableitungsverhältnis aus den Kapitalgesetzen heraus. Und selbst wenn so wäre, dann sind solche Separierungen für das Kapital funktional und lösen sich somit nicht von alleine auf. Wenn man das berücksichtigt, verbietet sich die „idealisierende und idealistische Sicht (auf die) Multitude" (S. 22) von selbst. Weitere Einwände gegen Hardt/Negri lauten, dass historische Prozesse, wie die Auflösung der Stadt- oder jetzt der Nationalstaaten, mehrere Jahrhunderte dauern würden und ein Ende dieser Entwicklung noch lange nicht abzusehen sei; dass der Niedergang der Nationalstaaten im Empire die Welt zerstören könne; dass das Proletariat im Westen durch den Klassenkompromiß in das „Empire" eingebunden ist, und eher sich gegen die dritte Welt mobilisieren lässt als für die emanzipatorische Ziele, und dass *Empire* eurozentristisch argumentiert.

Joachim Hirsch versucht im Gegensatz zu Arrighi nicht, Hardt/Negri zu widerlegen, sondern entwickelt in seinem Aufsatz „Die neue Weltordnung: Internationalisierung des Staates" eine eigene Staatstheorie. Er konstatiert zwar auch eine „Neukonfiguration des

staatlichen Systems" (S. 36), die jedoch nicht zur Auflösung der Staaten führen werde. Das liegt schon daran, dass die Staaten nicht Opfer sondern Protagonisten der Globalisierung sind. Die Globalisierung ist für Hirsch kein ökonomischer Sachzwang, sondern ein politisches Projekt der führenden Staaten. Entgegen Hardt/ Negri, für die die Multitude die per se gute Kraft ist, warnt Hirsch vor populistischen Situationen im Zuge der Transformation, bei denen die Integrationskraft der etablierten politischen Institutionen abnimmt und rechte wie auch globalisierungskritische Bewegungen mit ihrer verkürzten Kapitalismusanalyse an Zulauf gewinnen.

In einem Interview mit Negri („Empire und die konstituierende Macht der Multitude") wird dieser zur Kritik am *Empire* befragt. Und beweist darin eigentlich nur, dass sich jede Kritik an dem Buch erübrigt, weil es ihm mehr Bedeutung beimessen würde als ihm gebührt. Die Arbeit ist für Negri als immaterielle Arbeit zur „Frau geworden" (S. 51). Die USA ist totalitär, während Europa die Demokratie verkörpere (S. 55). Der Staat sei dem Klassenverhältnis untergeordnet – erwidert Negri auf Hirsch (S. 57). Die Welt wird „vom Zynismus regiert" (S. 58) – und nicht etwa vom Wertprinzip. Die Zivilgesellschaft ist eine Agentin des Kapitals und die Multitude mehr ein Konzept als ein feststehender Begriff (S. 60). Das sind so die Bruchstücke, die unter größten Anstrengungen geborgen werden konnten.

Hardt versucht in seinem Beitrag „Im Zwielicht der bäuerlichen Welt. Zur Klassenanalyse im Empire" am Beispiel der Rolle und Wahrnehmung der Bauern in verschiedenen gesellschaftlichen Epochen aufzuzeigen, wie Hardt/Negri die Multitude verstanden wissen wollen: Nicht als empirische Behauptung, sondern als Strategie; das wäre übrigens schon bei Marx so gewesen. Allerdings liefert Hardt dann zwei Seiten weiter doch eine empirische Beschreibung für die Multitude, „indem es all jene bezeichnet, die unter der Herrschaft des Kapitals arbeiten." (S. 68) – also eigentlich fast alle Menschen. Obwohl Hardt/Negri das sicherlich, auch wenn sie das an keiner Stelle deutlich aussprechen, anders verstehen: Für sie arbeiten die ManagerInnen nicht unter der Herrschaft des Kapitals sondern sind das Kapital. Die weitere Abhandlung über die Bauern bei Marx, Stalin und Mao liest sich recht interessant. Aber selbst Hardt, der versucht, empirisch, wissenschaftlich und marxistisch zu argumentieren, unterläuft der Fehler, seine Theorie der Wirklichkeit überzustülpen. So zieht er die Gentechnik in der Landwirtschaft als Beweis dafür heran, dass auch in diesem Gebiet das postfordistische Paradigma Einzug gehalten habe, was darin bestünde „schnell und differenziert auf Anforderungen des Marktes antworten (zu) können" (S. 84). Die Gentechnik steht jedoch gerade nicht – wie Hardt es Glauben machen will – für „small is beautifull", Hierarchiefreiheit und ungehemmter Fluss der Informationen; ganz im Gegenteil hält gerade mit der Gentechnik in der Landwirtschaft eine Monopolisierung von Wissen und Produktionsmitteln Einzug.
Am Ende hat Hardt sogar noch ein paar nichtssagende Floskeln für seinen Freund Negri einfließen lassen: „Die lokale Vielfalt und die globale Gemeinsamkeit der Lebensweisen stehen nicht im Gegensatz zueinander, sondern sie zusammen bestimmen vielmehr die plurale und kollektive planetarische Verfassung der Gegenwart. ... Die Anthropologie der Multitude ist eine von Singularität und Gemeinsamkeit." (S. 86 f.) – Amen!

Eine Linke, die ernst genommen werden will, sollte umgehend den *Empire*-Schmöker und alle Abfallprodukte aus den Händen legen und sich z.B. mit Hirsch und Arrighi befassen!

Schrebergarten-kommunismus oder wie die Utopie zur Faschings-veranstaltung gerät

» Krise ist eine Konstellation, worin die Identität des Ganzen sich gewaltsam geltend macht. Insofern ist die kapitalisierte Gesellschaft ein Zusammenhang von Menschen, der die Krise systematisch hervorbringt. Die Krise ist damit keine Sachlage, die einem selbst äußerlich sein könnte. Sie existiert nicht unabhängig vom Bewußtsein, das die Menschen von ihr haben. Denn dieses Bewußtsein ist seinerseits ein Moment jener Identität, die sich in der Krise unnachgiebig durchsetzt – und nicht etwa deren Widerspiegelung, wie der vulgärökonomische Verstand meint.«

Gerhard Scheit, Die Meister der Krise

„Kommunismus ist machbar!" Ein solch pathetischer Titel eines Flugblattes, das die Wertkritischen Kommunisten (folgend WKK) in der Form von 10 Thesen jüngst unter die Leute brachten, riecht förmlich nach Zuversicht. Und genau mit dieser wird nicht zu knapp umgegangen in besagtem Flugblatt. Der Kommunismus, so wird dort verkündet, müsse nun begriffen werden als „emanzipatorische Transformation", als „schrittweises Ausbrechen aus fetischistischen und patriarchalen Verhältnissen" oder als „Herauswinden und –wühlen aus der bestehenden Gesellschaft" (These 3 u. 4).
Keineswegs soll es bei der vorliegenden Erwiderung so klingen, als ob die scheußliche Realität in der uns bekannten Form nicht abgeschafft und stattdessen ein befreiter Zustand herrschen solle. Vielmehr verdienen derartig programmatisch verfasste Thesen, wie sie die WKKs aufstellen, eine Kritik.
Dass die WKKs mit Psychoanalyse und Subjekttheorie nichts am Hut haben wissen wir, aber dass sie die „Kritische Theorie" (gemeint ist die von Adorno, Horkheimer und Marcuse) derart verabscheuen, zumal sie sich doch des öfteren – soweit nützlich – auf sie berufen, durften wir bisher bloß vereinzelt durch die vorgehaltene Hand erfahren. Aber so ist das eben, wenn es ernst wird mit der emanzipatorischen Praxis – da werden große Denker allenfalls zu Steinbrüchen für die eigene Theorie. Die Begriffe Utopie und Bilderverbot hat man gleich in diesem Sinne verhunzt, denn man hält ja nichts von Dingen, die die eigene Praxis als falsch entlarven könnten. Da heißt es: „Gar nichts halten wir von einem so genannten Bilderverbot" (These 5). Wenn dann richtig: Utopie weg, Bilderverbot weg und gleich mal richtig aufgeräumt mit diesen pessimistischen Frankfurtern. Dass eventuell ein Zusammenhang zwischen beidem (Utopie und Bilderverbot) bestehen könnte, davon wollen die WKKs nichts wissen. Utopien sind für sie generell „anti-emanzipatorisch" und „patriarchal". Deshalb gibt man sich „explizit anti-utopisch", nicht ohne Utopien vorher definiert

zu haben, als Gesellschaft, die sich ein „unabhängig wähnender Geist (...) am Reißbrett entwirft" (alles These 4) und die es sogleich auch umzusetzen gilt. Solches Verständnis von Utopie sollten die WKKs eher in den eigenen Thesen suchen, anstatt sie den Denkern der „Kritischen Theorie", gegen die es hier offensichtlich auch geht, unterzujubeln. Adorno und Co. malen die Utopie gerade nicht positiv aus, sondern bestimmen sie negativ. Was glauben die WKKs denn, wo sie ihr Theorem der negativen Bestimmung herhaben? „Emanzipation ist nur negativ aus den bestehenden Verhältnissen zu bestimmen..." (These 4). Wenn ich hier recht sehe, argumentieren sie widersprüchlich. Einerseits rechnet man mit Utopie und Bilderverbot ab – hat beides bei den Frankfurtern zudem nicht verstanden – und argumentiert in großen Teilen der Thesen negativ bestimmend. So etwa in den Aussagen darüber, was nicht sein soll in der emanzipierten Gesellschaft – Wert, Ware, Geld, Staat usw. Verdrängt wird dabei , dass Utopien sich im Sinne der „Kritischen Theorie" fast ausschließlich negativ bestimmen und man selbst in gleicher Weise argumentiert. Ohne dies zu reflektieren, werden die WKKs stattdessen selbst zu positiven Utopisten, die die bessere Gesellschaft auszupinseln vermögen. Deshalb halluzinieren sie sich selbst notwendigerweise zum „Transformationsinitiierungssubjekt", dem Surrogat für das so schmerzlich vermisste revolutionäre Subjekt. Das Lukács'sche Klassenbewusstsein lässt grüßen.
Apropos Subjekt – mit diesem können die WKKs auch nicht allzu viel anfangen. Sie schreiben: „Kommunismus heißt: Überwindung von Subjekt und Objekt als Bruch mit der fetischistischen Herrschaft (...) Das Ende des Subjekts bedeutet genau das Gegenteil vom Ende der Individualität" (These 2). Mal ganz abgesehen vom Verwursteln von Erkenntnisformen (Subjekt-Objekt Verhältnis) mit objektiver Zwangsherrschaft des Kapitals und Subjektkonstitution – was ist denn mit zwangskollektivierten Subjekten, deren Individualität gänzlich untergehen dürfte? Wie wird denn die Lage bezüglich antisemitischer Volks- und Ethnogemeinschaften oder rebellierenden Rackets eingeschätzt, denen ein funktionierendes „Ich" wohl gänzlich abgehen dürfte? Aber die WKKs enthalten sich in ihren Ausführungen bedeckt und kommen in ihrer Krisentheorie des Subjekts scheinbar ganz gut ohne Analyse der Triebstruktur aus. Das Subjekt gerät zur tabula rasa, welche nur mit richtigem Wissen über die falsche bzw. später richtige Gesellschaft ausgestattet werden muss. Einmal mehr beweisen die WKKs ganz ähnlich wie ihre geistigen Vorbilder der Gruppe „Krisis" Blindheit in Sachen Ideologiekritik.
Gewohnt geht es beim Herbeten der Krisentheorie zu. Und da man nicht gewillt ist noch mal alles mit den Marxschen Formeln zu erklären, weil man weiß, dass sich das Hauptargument mit der gesamtgesellschaftlich sinkenden Profitmasse nur empirisch nicht aber eindeutig theoretisch begründen lässt, greifen die WKKs wieder einmal tief in die Faktenkiste. Meines Erachtens müssten die Krisentheoretiker endlich mal zugeben, dass sich nach Lage der Dinge ein ökonomischer Zusammenbruch nicht theoretisch begründen lässt, sondern höchstens bei Einzelkapitalien beobachten. Aber statt dessen zaubert man beim erwähnten Griff in die Empiriekiste Viviane Forrester heraus und bezieht sich positiv auf ihr zweifelsohne antisemitisches und ganz und gar dämliches Buch „Der Terror der Ökonomie". Was die Autorin meint, wenn sie moralisierende und personifizierende Kapitalismuskritik betreibt, wissen die Spinner und Spinnerinnen der Globalisierungsbewegung sehr wohl, wenn sie ein ums andere Mal gegen die Reichen dieser Welt hetzen – so als würden sie die erbärmlichen Texte ihrer Ikone in direkte Taten umsetzen wollen.
Ich will hoffen, dass die WKKs ihren zwar schwammigen aber scheinbar positiven Anschluss an die Globalisierungsbewegung in These 10 nicht ernst meinen, denn sonst verwechseln sie Emanzipation mit Antiemanzipation und machen sich als Dompteur einer Herde von Idioten unsensibel für die Realität. Ich persönlich gebe mich lieber mit an Marx und Adorno geschulten Studenten und Studentinnen ab, statt mit antisemitischem Stimmvieh, das hierzulande auch noch deutschnational gestimmt ist. Aber das ist meine Sache. Der Kommunismus, den die WKKs unter die Leute bringen wollen, ist jedenfalls nicht der meine und wird es auch nicht werden. Dann lieber halte ich es mit der „Kritischen Theorie", die in der postfaschistischen Gesellschaft ihre Negativität bewahrt und zugleich als „Flaschenpost" (Adorno) verstanden werden will. Und natürlich halte ich es auch mit Marx und Engels, die den Kommunismus benennen als „die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt". Die Frage ist nur, wie man das „jetzig" interpretiert – als sofortige Handlungsanweisung oder als allgemeine Zustandsbeschreibung für die bürgerlich kapitalistische Gesellschaft.

Kapitalismus, Profit, Leipziger Szene und Atomenergie

» Wie entsteht Profit im Kapitalismus? Ich habe den Verdacht, dass diese grundlegende Frage noch nicht so ganz klar ist. In dem Text „Antisemitismus ohne Antisemitismus" von A. Mow im Incipito 12/2002 heißt es (S. 38):

„... Einfach leugnen, dass im Kapitalismus Profit nur auf der Basis von Lohnarbeit entsteht, deren Produkt mehr wert ist, als für sie bezahlt wird (nichts anderes heißt schließlich der Ausdruck Ausbeutung)? ... «

Im Kapitalismus wird Lohnarbeit betrieben. Der Lohn, den die ArbeiterIn enthält, entspricht nicht dem vollen Wert der von ihr geleisteten Arbeit. Dieser Mehrwert gehört der UnternehmerIn. Wenn nach Abzug aller Kosten noch was übrig bleibt, so ist das der Profit. Vermutlich dürfte soweit Einigkeit bestehen. (Wobei die Kosten im obigen Zitat vernachlässigt sind.) Fraglich erscheint mir hingegen die Überzeugung, Profit sei *ausschließlich auf diese Weise* zu erzielen. Ist mit Lohnarbeit gemeint, dass nur menschliche Arbeit die Grundlage für Profite sein kann? Diese Annahme ist nicht plausibel, wie ein kleines Gedankenexperiment verdeutlichen mag. Nehmen wir an, ein Arbeiter steht am Fließband und trägt zum Autobau bei, wobei er Mehrwert erzeugt. Nun wird er durch eine Maschine ersetzt. Der Wert der von der Maschine geleisteten Arbeit übersteigt, ähnlich wie beim Arbeiter, nur vielleicht in noch höherem Ausmaß, die von ihr verursachten Kosten. Diese Kosten heißen nun nicht Lohn (inklusive aller Lohnnebenkosten), sondern es sind Anschaffungs-, Wartungs- und ähnliche Kosten. Zweifellos wird auch von dieser Maschine Mehrwert erzeugt. Diese Erweiterung des obigen Profitbegriffs mag noch trivial erscheinen. Sie würde auch kaum die Mühe lohnen, extra einen Text zu schreiben. Also weiter. Ich behaupte, dass Profite auch dadurch zu „erwirtschaften" sind, dass nicht die Arbeitskraft von Menschen oder Maschinen ausgebeutet wird, sondern dass, laienhaft ausgedrückt, eine Aneignung von Zeit erfolgt. Dies kann dadurch geschehen, dass Erträge in der Gegenwart realisiert werden, während damit verbundene Kosten auf die Zukunft bzw. zukünftige Generationen abgewälzt werden. Das Zustandekommen dieser Erträge beruht zweifellos wiederum auf der Arbeit von Menschen und/oder Maschinen. Die Höhe des Profits ist jedoch unzureichend erklärt, wenn die Kosten-Zeit-verschiebung ausgeblendet wird. Kleiner theoretischer Exkurs: das leider zu wenig diskutierte Hauptwerk Karl Polanyis, *The Great Transformation* (deutschsprachige Ausgabe mit englischem Titel) liefert ein paar nützliche Begriffe. Zwar glaubte Polanyi 1944, mit dem Ende des Krieges sei auch das Ende der Marktwirtschaft gekommen. Ansonsten sind seine Argumente leider erschreckend aktuell (was er widerlegte, wird heute von Marktfetischisten immer noch

behauptet). In seiner Hauptthese beschreibt der Autor, wie sich die „Einbettung" umkehrte: Das ursprüngliche Verhältnis von Markt und Gesellschaft wurde umgedreht, die Gesellschaft verkam, mit fatalen Folgen, zum Anhängsel des Marktes. Im Gegensatz zu vorkapitalistischen Zeiten werden nicht nur „echte" Waren auf dem Markt gehandelt, sondern auch die fiktiven Waren Arbeit, Boden, Geld. Da das nicht funktioniert, gab es von Anfang an eine antiwirtschaftsliberale Gegenbewegung, die ebenso systemimmanent notwendig war, wie sie von Marktideologen mit falschen Argumenten bekämpft wurde. (Den Faschismus erklärt Polanyi auch aus dem unausweichlichen Versagen des „selbstregulierenden Marktes", speziell des internationalen Währungssystems.) Das heißt für unseren Kontext: Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen (fiktive Ware Boden) ist ebenso charakteristisch für den Kapitalismus wie die Ausbeutung der Arbeitskraft (fiktive Ware Arbeit) und die oft verheerenden Währungsschwankungen (fiktive Ware Geld).

Ich habe keine weiteren Belege für einen auf diese Weise verkürzten Profitbegriff in der Leipziger Szene gesammelt; die These steht also auf sehr wackligen Beinen, entspringt einem subjektiven Eindruck. Wenn sie stimmt, könnte sie einen Anhaltspunkt dafür bieten, warum bestimmte Themen in Leipzig auf große Resonanz stoßen, andere hingegen auf sehr geringe.

Die Grundsatzfrage, ob konkrete Ausgangspunkte für Kapitalismuskritik überhaupt sinnvoll sind, möchte ich hier nicht diskutieren. Wichtig erscheint mir das Bemühen, Zusammenhänge zu erkennen, die über den konkreten Ansatzpunkt hinausweisen.

Sehr großen Anklang fand (und findet?) das Thema „Arbeit". Das Lohnarbeitsverhältnis wird dabei als wesentliches Merkmal einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung begriffen und fungiert als Bezugspunkt für Gesellschaftskritik.

Sehr geringe Relevanz für die Szene haben dagegen alle Aktivitäten rund um Ökologie, Umweltschutz etc. Das hat sicher vielfältige Gründe. Der zweifelhafte emanzipatorische Anspruch vieler Ansätze in diesem Bereich mag dabei eine Rolle spielen - Stichworte sind Heimatschutz, Blut- und Boden-Ideologie, Rechte Ökologie usw. Nun gab es bis vor einiger Zeit auch eine sehr aktive Anti-Atom-Gruppe, die sich zwar nicht durch tiefschürfende Kapitalismuskritik auszeichnete, der aber auch keine Nähe zu rechtem Gedankengut nachgesagt werden kann. Bei einigen handlungsorientierten Gruppen (um den umstrittenen Praxis-Begriff zu vermeiden) wurde die Kapitalismuskritik nicht unwesentlich von außen angestoßen durch Kritik seitens stärker theorieorientierter Gruppen. Ich denke hier z. B. an BGR und AntiRa. Anti-Atom-Aufrufe, die es durchaus gab, wurden gar nicht erst zum Gegenstand solcher Kritik.

Über die Gründe kann ich nur spekulieren. Sicherlich spielen Ost-West-Unterschiede eine Rolle. Im Osten waren und sind Rassismus und faschistisches Gedankengut weitaus präsenter als im Westen (mit den Gründen dafür möchte ich mich an dieser Stelle nicht auseinandersetzen); für Westgruppen waren Umweltthemen traditionell wichtiger. Im Osten „fehlen" seit der Wende AKW-Standorte und bekannte Transportrouten, die im Westen als Mobilisierungsfaktoren wirken. Ein anderer Grund mag auch die bereits angedeutete fehlende Sensibilität für die kapitalistische Ausbeutung der Zukunft sein.

Diese lässt sich meines Wissens nirgends so deutlich aufzeigen wie am atomaren Brennstoffpfad. Die hohen Profite sind einerseits nur möglich, weil Atomenergie massiv staatlich subventioniert wird (woran sich exemplarisch die Verflechtung von Staat und Markt zeigen lässt, die nur bei oberflächlicher Betrachtung als antagonistisch erscheint). Andererseits sind die hohen Profite auch nur möglich, weil eine massive Kostenverschiebung in die Zukunft erfolgt, während Erträge in der Gegenwart realisiert werden und u. a. zum Ausbau der Machtposition, zur Reinvestition etc. verwendet werden können. Diese Kostenverschiebung gilt nicht nur für das Ende des Brennstoffpfades, den Müll, der in Castoren durchs Land gefahren wird, um eine „Entsorgung" zu suggerieren, die es nicht gibt. Schon beim Uranabbau ist das so, der unter Bedingungen des „Umweltrassismus" vollzogen wird. (Nur ein Beispiel: In Indien wurde 1996 ein Dorf einer indigenen Gruppe ohne Vorwarnung plattgemacht, um Platz für einen Abraumteich zu schaffen. Oft wissen die Menschen gar nicht, dass das Wasser radioaktiv verseucht ist. Motto: in den Industriestaaten den billigen Strom und die dicken Profite, den armen Regionen der Erde den Abfall, die Urangeschosse, die Krankheiten ...) Müll, der für Jahrtausende Kosten verursachen wird (ganz abgesehen davon, dass die Handhabung gar nicht auf die Kostenfrage reduzierbar ist), fällt auch in allen Verarbeitungsstufen an - wobei sich auch noch mehrfache Verflechtungen zu militärischen Anwendungen nachweisen lassen.

Was spricht dagegen, diese Zusammenhänge zum Ausgangspunkt einer umfassenden Kapitalismuskritik zu machen? Theoretisch erscheint mir das ebenso schlüssig, wie Arbeit, Rassismus, Migrationskontrolle, Faschismus als Aufhänger zu nehmen.


01.11.: Gothic-Pogo-
03.11.: Human Kaos in der Reilstraße 78 in Halle
07.11.:Benefizdisse im Conne Islan
31.10.: Baukosten-Benefizparty in der Gieszer 16
07. - 09.11. Kommunismuskongress
im Conne Island
Volkstrauertag in Hall
in der Tangofabri
INCIPITO
sucht
stresserprobte/n
RedakteurIn
mit tastaturgewöhntem,
rechtem Zeigefinger, und
linker Hand zum
Schweiss abwischen,
zwecks gelegentlicher
Erstellung eines
Terminkalenders.
"Bewerbungen" an:
incipito-kontakt@left-action.de

[1]Entspannungsseite für genervte LayouterInnen und gestresste LeserInnenaugen. Alternativ auch als Probeseite für Kalender-bastlerInnen zu nutzen (siehe rechte Seite).



Folgende Verkaufsstellen gefährden Ihren Wunsch, arbeiten zu gehen, bereits im Entstehen:

AJZ Döbeln, B 12, Conne Island, Connstanze, Culton, el libro, Giesserstr.16, Infoladen, Kif Kif, libelle, LiWi, Mellory, Mrs. Hippie, Plaque, Reilstr. 77 (Halle), RSL-Fischladen, Shahia, Similde, Uni-Imbiss, Weltladen Stockartstrasse, Zeitungsladen am Augustusplatz

Post:
incipito
Bornaische Strasse. 3d
04277 Leipzig

Internet
http://left-action.de/incipito
e-mail
incipito-kontakt@left-action.de